

Rainer Land

Entwicklung des Arbeitsmarkts und Möglichkeiten zur Aufhebung seiner Segregation in (Ost-)Deutschland

Überlegungen zur Weiterentwicklung politischer Strategien unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses von Metropolen und ländlichem Raum

1. Arbeitsmarkt und soziale Segregation: der sekundäre Integrationsmodus

Zur Vorgeschichte der heutigen Verfassung des Arbeitsmarkts

Paradigmenwechsel in den 90er Jahren

2. Perspektiven der Entwicklung der Arbeitsmarktsituation in den kommenden Jahren

Chancen für eine neue Phase dynamischer Wirtschaftsentwicklung?

Folgen der zu erwartenden demographische Entwicklung

Demographische Probleme in Ostdeutschland

Regionale Disparitäten: Metropolen und ländliche Räume

Dysfunktionalitäten und Umbruch in Berufsbildung und Qualifizierung

3. Ansatzpunkte einer strategischen Neuorientierung

Das wichtigste Ziel ist die Überwindung der sozialen Segregation

Recht auf Erwerbsarbeit und Recht auf dispoible Zeit

Sicherung eines ausgeglichenen Arbeitsmarkts

Anlage:

Denkbare Spielregeln für ein bedingtes Grundeinkommen zur Diskussion

Literaturnachweis

Im Zentrum der folgenden Überlegungen stehen Strategien, die die in den vergangenen 25 Jahren entstandene Arbeitslosigkeit als soziales Problem überwinden könnten. Die besondere soziale Gestalt der Arbeitslosigkeit heute entsteht durch die Art und Weise ihrer gesellschaftlichen Bearbeitung: die *Segregation des Arbeitsmarkts in Gestalt eines sekundären Integrationsmodus, der Überflüssige produziert*. Damit ist eine Form neuer *qualitativer* sozialer Ungleichheit entstanden, die man auch als Ausgrenzung durch Inklusion bezeichnen könnte. Dieser Modus der Bearbeitung sozialer Probleme aber ist ein grundlegender Rückfall hinter das erreichte emanzipatorische Niveau der modernen kapitalistischen Nachkriegsgesellschaften, ohne dessen Aufhebung sozialer Fortschritt in der Zukunft nicht vorstellbar ist.

Für Ostdeutschland ist die soziale Segregation von besonderer Bedeutung, weil dieser Modus der gesellschaftliche Bearbeitung von Arbeitslosigkeit im Zuge der deutschen Einheit zur dominanten Entwicklungstendenz in Deutschland geworden ist, in Ostdeutschland ein sehr viel höheres Ausmaß hat und eine zentrale Entwicklungsblockade darstellt.

1. Arbeitsmarkt und soziale Segregation: der sekundäre Integrationsmodus

Die mit hohen Arbeitslosenquoten verbundene soziale Exklusion, die etwa 20 Prozent der Bevölkerung in Deutschland betrifft, in Ostdeutschland sind es 30-40 Prozent, hat im Wesentlichen folgende Ursachen.

- Übergang von einer Phase langfristiger Prosperität in einer lange Phase mit überwiegend rezessiver Wirtschaftsentwicklung¹ in der Mitte der 70er Jahre, die einen noch offenen Umbruch der sozioökonomischen Entwicklung darstellt (SOEB);
- Verstärkung der Umbruchsszenarien durch die Art und Weise der Integration Ostdeutschland in das westdeutsche Wirtschaftssystem und die damit verbundene Deindustrialisierung in Ostdeutschland mit den bekannten wirtschaftlichen und sozialen Folgen (Land, Busch 2006);
- Inkompatibilität der in den 1950er und 1960er Jahren entstandenen bzw. ausgebauten Sozialsysteme der Bundesrepublik mit den in der Rezession zu bewältigenden sozialen Problemen;
- Ein Paradigmenwechsel in der Art und Weise der gesellschaftlichen Bearbeitung von Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen sozialen Probleme. Der nach dem 2. Weltkrieg entstandene Typ sozialökonomischer Entwicklung beruhte auf dem Modus der Teilhabe durch *universelle* Integration in Erwerbsarbeit. In den 1990er Jahren entstand dagegen der

¹ Unter *Rezession* (Abschwung) wird die Phase eines Konjunkturzyklus verstanden, in der die Wachstumsraten von Produktivität und Bruttoinlandsprodukt zurückgehen und deutlich unter dem Durchschnitt des Zyklus liegen. In der offiziellen Statistik spricht man von *Rezession*, wenn die Wirtschaft drei Quartale nacheinander real nicht wächst. Wenn in diesem Text von langen, mehrere Zyklen umfassenden rezessiven Wirtschaftslagen die Rede ist, so sind damit Zeiten gemeint, in denen Abschwünge länger und tiefer als Aufschwünge sind. Sie liegen in den Tälern einer „langen Welle“. Vgl. Schumpeter 1939.

Davon unterscheidet ich *Depressionen* im Sinne einer Bemerkung von Schumpeter (1939: 164) als *Rezessionen* mit „pathologischem“ Verlauf. Sie kommen zustande, wenn der normale Prozess der Wiederherstellung wirtschaftlicher Gleichgewichte durch äußere Umstände oder falsche Reaktionen der Akteure (z.B. der Zentralbank, der Kapitalmärkte oder auch der Politik) gestört, die Erholung verzögert und die *Rezession* verlängert werden.

*sekundäre Integrationsmodus*², ein Entwicklungstypus, der auf sozialer Segregation beruht und überflüssige Bevölkerung erzeugt. Dies ist ein Paradigmenwechsel in der sozialgeschichtlichen Entwicklung moderner Gesellschaften und revidiert die nach dem 2. Weltkrieg entstandene Entwicklungslinie. Das Bemerkenswerte dieser Exklusionsform besteht darin, dass sie durch „sekundäre“ Integration der Arbeitslosen erfolgt und auch als Integration kommuniziert wird.

Der entscheidende Bruch in der sozioökonomischen Entwicklung, der sich zwischen den 1970er und den 1990er Jahren vollzog, war der Wechsel des Modus der gesellschaftlichen Bearbeitung von Arbeitslosigkeit. Ein System, das für die Erhaltung der Integration in das Erwerbssystem und damit auch die Erhaltung grundsätzlicher Teilhabedimensionen konzipiert war (Lebensstandard sichernde Transfereinkommen, Erhaltung oder sogar Erweiterung der Qualifikation, Erhaltung der Beschäftigungsfähigkeit) vollzog den Funktionswechsel zu einem Modus sozialer Exklusion durch sekundäre Integration. Damit verbunden war die Segregation der Arbeitsmärkte und der Erwerbsbevölkerung bezogen auf ihre Teilhabeformen und -chancen. Diese Entwicklung deutete sich bereits in den 1980er Jahren an, der entscheidende Katalysator aber waren die 1990er Jahre und die speziellen Probleme der Ost-Westdeutschen Entwicklungsdivergenzen. Man könnte sagen, dass im Zuge der deutschen Einheit der Dammbbruch erfolgte, mit dem Exklusion zur dominanten Strategie der Bearbeitung sozialer Probleme wurde.

Zur Vorgeschichte der heutigen Verfassung des Arbeitsmarkts

Um dies zu veranschaulichen, ein kurzer Blick auf die Prosperitätsphase der 1950er und 1960er Jahre, die mit einer weltwirtschaftlichen Dynamik der kapitalistischen Industrieländer zusammenhing. Nach Abbau der Nachkriegsarbeitslosigkeit in den 1950er Jahren sank die Arbeitslosenquote unter die Vollbeschäftigungsmarke von ca. 3 Prozent. In den drei Konjunkturzyklen von 1950 bis 1975 blieb sie dann vergleichsweise niedrig, vor allem aber war sie von qualitativ anderer Art: es handelte sich fast ausschließlich um kurze Sucharbeitslosigkeit, der Anteil von Personen mit anhaltender Arbeitslosigkeit war gering (vgl. Abb. 2). Ursachen erwerbsbezogener sozialer Exklusion bestimmter Gruppen waren in den 1960er Jahren überwiegend Modernisierungsrückstände (z.B. in der ländlichen Gesellschaft), während die heute entstehende Segregation ein Ergebnis beschleunigter Modernisierung ist.

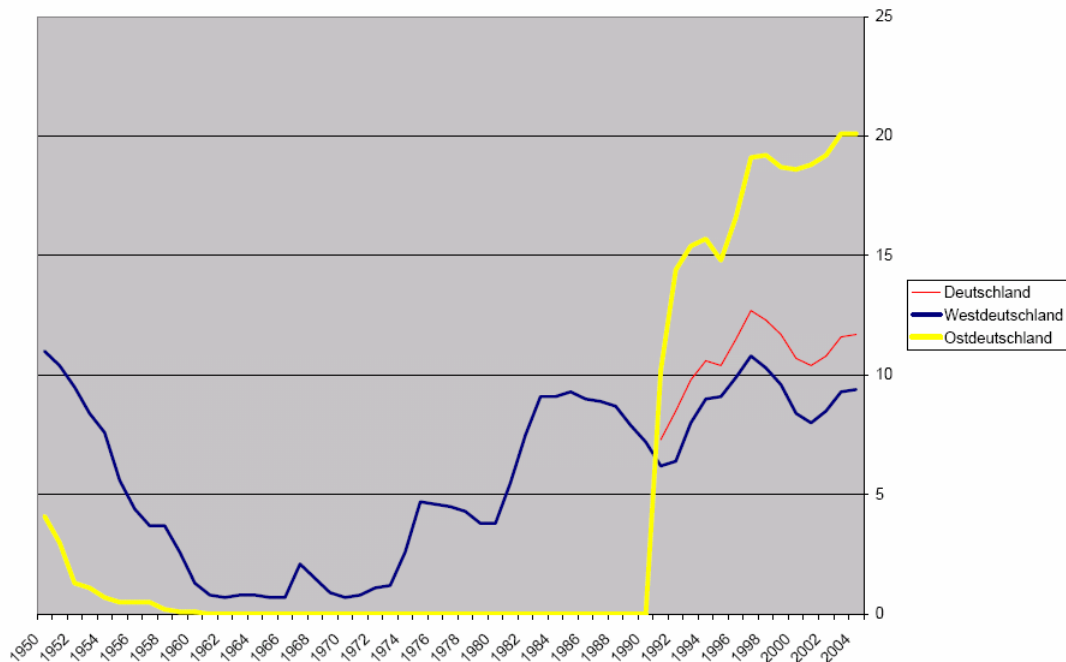
Die Entwicklung in den 1950er und 1960er Jahren hatte zunächst eine hohe Dynamik der „fordistischen“ Sozialökonomik³ zur Voraussetzung. Hohe Wachstumsraten der Produktivität, des Bruttoinlandsprodukts und des Welthandels (vor allem zwischen den entwickelten kapitalistischen Industrieländern) gingen mit ebenso hohen Wachstumsraten der Einkommen der Arbeitnehmer und der Investitionen einher, tendenziell herrschte ein wachsender Arbeitskräf-

² Vgl. Alda, Hauss, Land Willisch (2004), Busch, Land (2006). Aus unserer Sicht können moderne Gesellschaften keine „reine“ Ausgrenzung praktizieren, sondern nur sozial selektive Integration. Daher ist der sekundäre Integrationsmodus der einzige endogen entstandene Weg, auf dem Exklusion entstanden ist. Land (2004).

³ Unter fordistischer Sozialökonomik verstehe ich einen Entwicklungstyp des Kapitalismus, bei der Massenproduktion und Massenkonsum über steigende Arbeitnehmereinkommen gekoppelt sind. Die Steigerungsraten der Produktivität, der Einkommen und des Bruttoinlandsprodukts sind mittelfristig etwa gleich, d.h. Arbeit und Kapital partizipieren bezogen auf die Einkommen etwa gleichgewichtig an der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Produktivitätsgrundlage dieses Entwicklungstyps ist die economy of scale.

tebedarf. Unter solchen Voraussetzungen war die Arbeitslosenquote niedrig, Langzeitarbeitslosigkeit die Ausnahme.

Abb. 1: Arbeitslosenquote in Deutschland 1950-2004 (eigene Graphik, Datenquellen: Statistisches Bundesamt, IAB und Statistische Jahrbücher der DDR 1955-1960/61)



Arbeitslosigkeit hatte in der Prosperitätsphase bis 1975 im Wesentlichen zwei Gründe: Erstens sind es konjunkturelle Schwankungen (z.B. 1966/67), die in einer Phase von Sucharbeitslosigkeit durch Arbeitslosengeld und Unterstützung bei der Suche (Vermittlung) überbrückt werden müssen und können. Zweitens führt der Strukturwandel zur Freisetzung von Arbeitskräften in schrumpfenden Branchen und Berufen und zum Entstehen neuer Arbeitsplätze in anderen wachsenden Branchen und Berufen. Solche Szenarien entwickeln sich typischerweise regional differenziert, also strukturbestimmende Wirtschaftspotenziale gehen in einer Region verloren, neue entstehen meist in anderen Regionen (Beispiele: Werftenkrise, Ruhrgebietskrise). Die Bewältigung dieser Krisen ist mit den einfachen Mitteln von Sucharbeitslosigkeit und Überbrückung nicht möglich. Dafür entstand in der BRD der 1960er und 1970er Jahre ein vielschichtiges System der aktiven Arbeitsmarktpolitik und der regionalen Wirtschaftsförderung. Ersteres war darauf ausgerichtet, mit Umschulungen, Qualifizierungen, Frühverrentung und ggf. auch Mobilitätshilfen für die jüngeren Arbeitnehmer eine Brücke in neue Beschäftigung in Wachstumsbranchen bzw. wachsend nachgefragten Berufen zu bauen, ggf. auch verbunden mit Ortswechsel. Später kamen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen als Brücken hinzu, die die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer erhalten oder auch die Brücke in den Ruhestand verlängern sollten. Die regionale Wirtschaftsförderung andererseits sollte dazu beitragen, dass in Regionen, die im Zuge des Strukturwandels wichtige Potenziale verloren, zugleich auch neue entstanden. Dies ist ein langwieriger Prozess, der in einigen Fällen funktionierte, in anderen weniger.

Aus heutiger Sicht muss man sagen, dass dieses System für die Bewältigung von Krisen in der *Prosperitätsphase* im Wesentlichen funktionierte. Das in dieser Zeit entstandene sozio-ökonomische Entwicklungsmodell verband wirtschaftliche Dynamik mit wachsender Teilhabe in einer historisch bestimmten Form: Teilhabe über steigende Arbeitnehmereinkommen, wachsende Konsumtion, Verkürzung der Arbeitszeit und standardisierte Mitbestimmungsformen: Mit gewissen Einschränkungen gehörte auch eine wachsende Teilhabe an Bildung und Kultur dazu, die vor allem in der sozialen Aufwärtsmobilität der nachwachsenden Generation Ausdruck fand. Damit wurden soziale Unterschiede zwar nicht aufgehoben, aber in diesem Entwicklungsmodus war soziale Differenzierung mit sozialer Integration vereinbar. Der Grundmodus der Bearbeitung dabei entstehender sozialer Probleme war die Integration in dieses Entwicklungs- und Teilhabemodell, vermittelt über Erwerbsarbeit.⁴

Diese Situation änderte sich mit dem Umbruch der 1970er Jahre, der weltwirtschaftlich dadurch gekennzeichnet ist, dass die lange Phase der Prosperität in eine lange Phase überwiegend rezessiver Wirtschaftsentwicklung überging, die bislang drei Konjunkturzyklen andauert. Zunächst gingen die Wachstumsraten zurück, die Freisetzung von Arbeit durch steigende Produktivität wurde größer als die Bindung neuer Arbeitskräfte durch Erweiterungsinvestitionen; es entstand ein Defizit an Arbeitsplätzen (oder ein Überschuss an Arbeitspotenzial), das in jeder zyklischen Krise (1982, 1993 und 2003) zu einem wachsenden Sockel an Arbeitslosen führte. Die Dauer der Arbeitslosigkeit und der Anteil an Langzeitarbeitslosen (Dauer über 12 Monaten) nahmen zu (Abb. 2). Zunächst waren die entsprechenden Sozialsysteme — die Arbeitslosenversicherung und die aktive Arbeitsmarktpolitik — noch in der Lage, die mit der wachsenden Arbeitslosigkeit verbundenen sozialen Probleme mit einem „Modus der Integration“ zu bearbeiten. Die Zahl der Fälle stieg, die öffentlich geförderte Beschäftigung z.B. in Form von ABM nahm zu, natürlich stiegen auch die damit verbundenen Kosten. Schon in den 1980er Jahren wurde aber erkennbar, dass regional und in bestimmten sozialen Gruppen Problemlagen entstanden, die sich durch die eingeübten Integrationsverfahren nicht auflösten. Es entstand Langzeitarbeitslosigkeit⁵ und auch die Zahl der Sozialhilfeempfänger stieg deutlich an.

⁴ Die Kehrseite dazu war allerdings, dass Personen, die andere Lebensmodelle, zur Erwerbsarbeit- und Konsumgesellschaft nicht passende Lebensmodelle verfolgten, unter Konformitätsdruck standen und durchaus von ideologischer und politischer Ausgrenzung bedroht waren. Es soll auch nicht unerwähnt bleiben, dass es bei der Ausdifferenzierung dieses Entwicklungsmodells auch eine Reihe von Modernisierungsrückständen gab, die ebenfalls soziale Benachteiligung bis zur Ausgrenzung zur Folge hatten. Die Diskriminierung von Frauen, vor allem im Erwerbssystem, Probleme in der Landbevölkerung und die Integrationsdefizite von Menschen mit anderer ethnischer Herkunft wären hier zu nennen. Auch sie sind aber nicht unmittelbar dem ökonomischen Entwicklungs- und Erwerbsmodell zuzurechnen. Hier wäre auch der Modernisierungsrückstand im System der Sozialhilfe anzuführen, das immer noch als Fürsorgesystem konzipiert war und ist und das zumindest für Personen, die langjährig auf Sozialhilfe angewiesen waren, nur eingeschränkte Partizipation an der wirtschaftlichen Entwicklung des Lands ermöglichte. Diese Formen der Benachteiligung oder Ausgrenzung sind aber nicht notwendige Elemente des weltwirtschaftlichen Entwicklungsmodells der 1960er Jahre, wie man z.B. an Industrieländern sieht, in denen Frauen viel weniger diskriminiert wurden. Sie haben ihre Ursache nicht in den ökonomischen Entwicklungsbedingungen, sondern in kulturellen Modernisierungsdefiziten Deutschlands.

⁵ Zur Messung von Langzeitarbeitslosigkeit ist zu sagen, dass die Statistik mit einer ununterbrochenen Arbeitslosigkeit von 12 Monaten und mehr operiert. Diese Kennziffer brachte schon früher nur unzureichend die Problemlage der sozialen Segregation zum Ausdruck, weil die Zeit nach jeder kurzen Unterbrechung der Arbeitslosigkeit wieder von Null gemessen wird. Personen, die einen für den sekundären Integrationsmodus typischen unterbrochenen Erwerbsverlauf aufweisen, also zwischen Arbeitslosigkeit, Maßnahmen wie ABM, SAM, Umschulungen oder derzeit Ein-Euro-Jobs und zum Teil auch kurzfristigen meist atypischen Beschäftigungen wechseln, erscheinen nicht als langzeitarbeitslos, weil jede dieser Maßnahmen die Arbeitslosigkeit unterbricht. Seit den Arbeitsmarktreformen 2005 wird ein Regime der Fallbearbeitung praktiziert, das vorsieht, dass Arbeitslose unter 25 Jahren nicht länger als drei Monate hintereinander arbeitslos sein sollen. Das bedeutet, dass sie spätestens nach Ablauf dieser Frist in eine Trainingsmaßnahme, einen Ein-Euro-Job o.ä.

Abb. 2:

■ **Arbeitslosigkeit: Quote, durchschnittliche Dauer, Betroffenheit, Langzeitarbeitslose 1980 - 2003**

Jahr	Alte Bundesländer					Neue Bundesländer				
	Arbeitslose (Jahres- durchschnitt)	Arbeitslosen- quote (abhän- gige EP)	Durchschnittliche Dauer der Ar- beitslosigkeit	Betroffenheit in % der ab- hängigen EP	Anteil Lang- zeitarbeitslo- se	Arbeitslose (Jahres- durchschnitt)	Arbeitslosen- quote (abhän- gige EP)	Durchschnittliche Dauer der Ar- beitslosigkeit	Betroffenheit in % der ab- hängigen EP	Anteil Lang- zeit- arbeitslose
	in 1000	in %	in Wochen	in %	in %	in 1000	in %	in Wochen	in %	in %
1980	889	3,8	15,5	12,8	12,9					
1981	1.272	5,5	16,2	18,0	12,8					
1982	1.833	7,5	20,3	20,0	17,8					
1983	2.258	9,1	25,9	18,9	23,5					
1984	2.266	9,1	28,6	16,5	27,3					
1985	2.304	9,3	28,9	14,7	28,9					
1986	2.228	9,0	30,5	15,3	29,4					
1987	2.229	8,9	29,7	15,4	30,1					
1988	2.242	8,7	30,0	15,1	30,5					
1989	2.038	7,9	31,5	13,0	29,0					
1990	1.883	7,2	27,5	13,6	27,3					
1991	1.689	6,3	25,4	12,8	26,9	913	10,3	38,1	14,1	x
1992	1.808	6,6	25,3	13,6	26,2	1.170	14,8	39,5	19,7	24,4
1993	2.270	8,2	23,0	18,5	26,0	1.148	15,8	40,9	20,0	30,7
1994	2.556	9,2	25,8	18,5	30,2	1.142	16,0	36,2	23,0	31,4
1995	2.565	9,3	27,4	17,6	32,7	1.047	14,9	29,9	25,9	29,1
1996	2.796	10,1	29,3	17,9	31,8	1.169	16,7	28,4	30,6	25,7
1997	3.021	11,0	33,6	17,0	34,0	1.364	19,5	33,4	30,4	27,9
1998	2.904	10,5	35,4	15,4	36,8	1.375	19,5	37,6	27,0	33,0
1999	2.756	9,9	33,1	15,6	35,9	1.344	19,0	33,6	29,4	31,8
2000	2.530	8,7	36,2	12,5	36,3	1.359	18,8	38,8	25,2	33,5
2001	2.478	8,3	34,7	12,4	32,7	1.374	18,9	39,1	25,1	34,5
2002 ¹	2.649	8,7	27,3	n.v.	30,3	1.411	19,5	32,5	n.v.	38,5
2003	2.753	8,4			28,3	1.623	18,5			37,5

Quelle: IAB-Zahlenfibel

Sozialpolitik-
aktuell.de
tabIV27tabIV27

Tendenziell aber konnte das System der Bearbeitung von Arbeitslosigkeit durch Integration in das Erwerbssystem die in den 1980er und 1990er Jahren entstehenden Probleme nicht mehr bewältigen. Grundvoraussetzung für sein Funktionieren war nämlich, dass zumindest mittelfristig die Zahl der Arbeitskräfte und die der Arbeitsplätze im Gleichgewicht sind. In dem Maße, in dem sich die Lage am Arbeitsmarkt davon entfernte, um so mehr verkehrte sich der Sinn der Arbeitsmarktpolitik, die eigentlich Integration sicherstellen sollte, indem sie Brücken aus der Arbeitslosigkeit in neue Erwerbstätigkeit baute. Für einen noch kleinen, aber eben wachsenden Teil der Arbeitslosen gab es diese Brücken nicht mehr, Arbeitslosigkeit wurde in Form von Langzeitarbeitslosigkeit ein Endzustand – mit den entsprechenden Folgen sozialer Desintegration. Gleichzeitig wuchsen die Kosten, während die Einnahmen sanken. Fast alle Sozialsysteme waren und sind noch an die Erwerbsarbeit gebunden und finanzierten sich als Sozialversicherung durch Umlagen aus den Arbeitnehmereinkommen (zu denen ökonomisch auch die Arbeitgeberbeiträge gehören). Steigende Ausgaben bei sinkenden Einnahmen waren daher auch der ideologische Pfad, auf dem sich Forderungen nach einem Strategiewechsel, nach einer Begrenzung und einem Abbau des Sozialstaats politisch ausbreiteten.

gesteckt werden. Faktisch können sie also als Langzeitarbeitslose in der Statistik gar nicht mehr vorkommen, obwohl sie sich vielleicht über Jahre schon in einer Schleife aus Arbeitslosigkeit und Maßnahmen befinden. Bei Arbeitslosen über 25 ist das grundsätzlich ähnlich, nur sind die Abstände zwischen den Maßnahmen länger. Daher lässt sich soziale Ausgrenzung im sekundären Integrationsmodus mit den Zahlen der Arbeitsmarktstatistik nicht messen, dazu sind eigene Analysen von Erwerbsverläufen im Längsschnitt erforderlich. Die Quote der im sekundären Integrationsmodus sozial ausgegrenzten Erwerbstätigen liegt jedenfalls deutlich höher als die Quote der Langzeitarbeitslosen, sie liegt nach unseren Erhebungen für den Zeitraum 1996 bis 2002 auch deutlich über der Arbeitslosenquote, nämlich zwischen 27 und 35 Prozent in Ostdeutschland. Rechnet man prekäre Beschäftigung hinzu handelt es sich um fast die Hälfte der Erwerbstätigen. Vgl. Alda u.a., Land, Willisch, SOEB.

Die Institutionen der Arbeitsmarktregulierung entsprachen den Bedingungen einer dynamischen Prosperität, aber sie waren inkompatibel zu den Problemen einer Phase mit überwiegend rezessiver Wirtschaftsentwicklung. Analoges gilt im Prinzip auch für die anderen an die Erwerbsarbeit gekoppelten Sozialsysteme. Seit die Arbeitslosigkeit wächst und die Arbeitnehmerinkommen stagnieren sind alle Sozialsysteme in einer anhaltenden Finanzkrise. Unter diesen Bedingungen gab es gegensätzliche Strategien zur Bewältigung dieser Inkompatibilität. Ein möglicher Weg wäre gewesen, den Modus sozialer Integration durch Erwerbsarbeit im Grundsatz beizubehalten, aber durch eine „gerechte“ Verteilung der tendenziell sinkenden Erwerbsarbeit zu ergänzen. Arbeitszeitverkürzung schien das Gebot der Stunde und Akteure, die diese politische Linie verfolgten, haben in den 1980er und noch den 1990er Jahren intensiv darum gekämpft. Nun hätten deutlich sinkende Arbeitszeiten bei mehr oder weniger vollem Lohnausgleich in einer Phase anhaltender Prosperität wahrscheinlich durchgesetzt werden können, nicht aber in einer anhaltend rezessiven Wirtschaftslage, in der die Spielräume für wachsende Realeinkommen nicht gegeben waren.

Allerdings war die Position der Gewerkschaften bei der Arbeitszeitverkürzung selbst widersprüchlich. Soweit es um eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit geht, vertraten sie durchaus das allgemeine Interesse aller Arbeitnehmer, sofern sie eine Umverteilung der Erwerbseinkommen zugunsten der Arbeitslosen dabei aber zugleich grundsätzlich ausschlossen (voller Lohnausgleich), verteidigten sie Interessen der Arbeitsplatzinhaber gegen die der Arbeitslosen. Und indem sie auch noch Schritte forderten oder unterstützten, die die Exklusion bestimmte Arbeitnehmergruppen zu Gunsten anderer vorsahen, betrieben sie selbst eine auf Segregation orientierte Strategie, z.B. bei den Vorruhestandsregelungen, die auf eine selektive Aussonderung bestimmter Arbeitnehmer hinauslaufen. Auch wenn dies sozialverträglich aussieht handelt es sich um eine Segregationsstrategie.

In den späten 1970er und den 1980er Jahren organisierte sich der Widerstand der Unternehmer und Vermögensinhaber gegen steigende Lohnkosten und Sozialausgaben. Deren Position gewann zwar erst in den 1990er Jahren die Oberhand, aber sie war schon in den 1980er Jahren stark genug, den Status quo im Hinblick auf die Arbeitszeit weitgehend zu erhalten und ein Konzept der Sicherung von Vollbeschäftigung durch gerechte Umverteilung der Arbeitszeit auf alle Arbeitnehmer zu verhindern.

Der andere Weg war, die steigende Arbeitslosigkeit und die damit verbundene selektive Wirkung von Marktallokationen zu benutzen, um durch Lohndruck und Kostensenkungen eine Umverteilung der Lasten der Rezession auf die unteren Einkommensgruppen und die Arbeitslosen durchzusetzen. Dieser zunächst ideologische Bruch mit der Entwicklungslinie der Nachkriegszeit wurde mit Globalisierungszwängen und einer Ideologie des Standortwettbewerbs kommuniziert. Mit einer solchen Strategie war der bisherige sozioökonomische Entwicklungsmodus, Integration durch Teilhabe, nicht vereinbar.

Die achtziger Jahre brachten ein „Patt“ zwischen beiden Lagern – was wohl einer der Gründe für die vielerorts beklagten Reformblockaden der Regierungszeit von Kanzler Kohl darstellte. Gerade die „Erfolge“ der Regierung Kohl erklären sich aus dem geschickten Manövrieren in Pattsituationen, die eine Reorganisation der sozioökonomischen Institutionen der Bundesrepublik in der einen wie in der anderen Richtung nicht durchsetzbar machte (vgl. Land 1999:

Reformpolitik in Zeiten der Depression) und daher diejenigen zum Zuge kommen ließ, die die laufende kleinteilige Reparatur einem Umbau vorzogen.

Paradigmenwechsel in den 1990er Jahren

Der Dambruch ereignete sich in Folge der deutschen Einheit. Zunächst führten der Beitritt der DDR zur BRD und die Eingliederung der DDR in das westdeutsche Wirtschafts- und Sozialsystem dazu, dass die blockierten Reformen in Westdeutschland um weitere ca. 7 Jahre verschoben werden konnten. Der Vereinigungsboom und der Institutionentransfer, die mit der deutschen Einheit verbundene Kreditaufnahme und die Probleme im Osten überdeckten den Handlungsbedarf bei der Reorganisation der Sozialsysteme, aber auch auf fast allen anderen Feldern. Zudem entstand der Eindruck, als seien die Probleme des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells vor allem durch die deutsche Einheit bedingt und würden sich mit der „Vollendung“ der Einheit von selbst lösen – was teilweise eine Selbsttäuschung, teilweise eine ideologische Manipulation darstellte.

Bezogen auf unseren zentralen Punkt, die Arbeitsmarktpolitik, ist zunächst zu konstatieren, dass das System der passiven und aktiven Arbeitsmarktpolitik, das in Prosperitätsphasen im Wesentlichen angemessen funktionierte, aber schon in der Rezession der 1980er Jahre wachsende Funktionsprobleme aufwies, komplett nach Ostdeutschland übertragen wurde. Qualitativ wurde nichts wesentlich geändert (dazu war auch keine Zeit), es wurde allerdings quantitativ enorm ausgeweitet, weil man im Osten einen Vereinigungsschock mit schnell steigender und sehr hoher Arbeitslosigkeit erwartete. Statt also Erwerbsarbeit und Arbeitslosigkeit in einer für längere Rezessionszeiten und die hinzukommenden Probleme der deutschen Einheit in angemessener Weise neu zu regulieren, wurde ein für die zu lösenden Probleme weder geschaffenes noch geeignetes System aufgebläht und damit sturmreif gemacht.

Das System der Überbrückung durch Arbeitslosengeld und des Brückenbaus durch Umschulung, ABM und geförderte Beschäftigung, das eigentlich dazu da war, konjunkturelle Schwankungen auszugleichen und Strukturwandel zu verarbeiten, sollte nun die mit der Integration Ostdeutschlands verbundenen Probleme am Arbeitsmarkt bearbeiten und lösen. Dies wäre m.E. in Zeiten lang anhaltender Prosperität und schnell expandierender Märkte (Weltmärkte und Binnenmärkte!) möglich gewesen, wenn auch nicht ohne Komplikationen. Denn dann hätte es die Chance gegeben, die Wirtschaftspotenziale der DDR rasch zu modernisieren, sie in wachsende Märkte einzugliedern, eine flächendeckende Deindustrialisierung zu vermeiden und verloren gegangene Potenziale bald durch neu aufgebaute zu ersetzen. In der Phase einer langen Rezession aber standen die Zeichen anders. Es ging nicht um expandierende Märkte, sondern um Standortwettbewerb, nicht um die Verteilung von Zuwächsen, sondern um die Umverteilung von Verlusten. In vielen Bereichen – und zwar gerade denen, die die Mehrzahl der DDR-Industrie betrafen – standen Schrumpfungsprozesse auf der Tagesordnung. Das zwangsläufige Ergebnis des beschrittenen Wegs war, dass die Schrumpfung so weit als möglich durch den Abbau von Kapazitäten in Ostdeutschland (Deindustrialisierung) erfolgte. Damit etablierte sich eine geteilte Wirtschaftsentwicklung, ein geteilter Arbeitsmarkt und als Kehrseite eine verfestigte Abhängigkeit des Ostens von Transfers und Lieferungen aus dem Westen Deutschlands.

Die im Vereinigungsschock entstandene Arbeitslosigkeit ging kaum zurück, aus dem „Schock“ wurde ein Dauerproblem. Damit aber veränderte sich die Funktionsweise der Bearbeitung von Arbeitslosigkeit, und zwar zunächst unintendiert und ohne eine relevante Veränderung der Institutionen und Regelungen: es entstand eine Funktionsweise, die wir „sekundären Integrationsmodus“ oder auch „sekundäre Arbeitsmarktintegration“ nennen. Der grundlegende Funktionsmodus, Arbeitslosigkeit durch Maßnahmen zur Integration in das Erwerbssystem zu lösen, blieb formell erhalten, aber er wurde faktisch reiner Schein. Da kaum Arbeitsplätze vorhanden und der erste Arbeitsmarkt weitgehend verschlossen waren, führten die „Brücken“ in der großen Mehrzahl der Fälle wieder in die Arbeitslosigkeit. Dann wurde wieder eine Brücke gebaut usw. Es entstanden die für die zweite Hälfte der 1990er Jahre bis 2004 typischen „Maßnahmeschleifen“. Arbeitslosigkeit, Umschulungen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wechselten sich ab. Davon war mehr als ein Drittel der ostdeutschen Erwerbstätigen betroffen, regional bis zu 50 Prozent. Formell funktioniert dieses Verfahren als Integration, faktisch aber handelt es sich um Integration in eine andere Welt außerhalb der Erwerbsarbeit, die wesentliche Teilhabedimensionen – Aufstiegsmöglichkeiten, wachsende Erfahrung, wachsendes Einkommen, Aufbau einer langfristigen Lebensperspektive – gerade ausschließt. Sekundäre Integration ist der spezifische Mechanismus der Ausgrenzung von überflüssigen Bevölkerungsteilen aus den auf Erwerbsarbeit aufbauenden Teilhabedimensionen. Exklusion wird vermittelt und verarbeitet durch Integration in ein sekundäres transferfinanziertes System fiktiver oder auch simulierter Erwerbsarbeit.

Damit war die Umstellung eines nicht mehr funktionierenden Systems der Integration durch Teilhabe auf ein System der Exklusion durch sekundäre Integration zunächst faktisch vollzogen, eine neue und spezifische Gestalt der sozialen Segregation etabliert. Die Arbeitsmarktreformen (Hartz I bis Hartz 4) haben dies formell nachvollzogen und institutionell verfasst. Das Patt der 1980er Jahre war überwunden, die marktliberale Strategie der Krisenbewältigung durch soziale Segregation hatte sich durchgesetzt. In der Folge gelang es, mit dem Druck der Arbeitslosigkeit und dem Schreckgespenst der Globalisierung eine deutlich hinter der Produktivitätsentwicklung zurückbleibende Lohnentwicklung zu erzwingen, die Sozialsysteme damit noch mehr unter Druck zu setzen und eine Umverteilung zu Gunsten der Unternehmens- und Vermögenseinkommen durchzusetzen. Niemals lag die Steigerung der Unternehmenseinkommen so deutlich über der Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität wie seit 2004 – und niemals lag die Steigerung der Arbeitnehmereinkommen so deutlich unter der Produktivitätsentwicklung.

Meines Erachtens ist die soziale Segregation, die Erzeugung überflüssiger Erwerbsbevölkerung, das zentrale Problem dieser „Wende“ in der Entwicklung des deutschen Nachkriegskapitalismus, der einen Rückfall hinter den emanzipatorischen Fortschritt der Nachkriegszeit darstellt. Damit wurde nämlich eine der wichtigsten sozialen Errungenschaften des späten 20. Jahrhunderts, die Durchsetzung eines Systems der halbwegs gleichen Teilhabe der Lohnarbeit an der Entwicklung der Produktivität und des Reichtums, ausgehebelt und soziale Segmentierung als ein *vormodernes* Prinzip wieder etabliert.

Soziale Segregation (im Unterschied zu funktionaler Differenzierung) aber zerstört das Fundament moderner Gesellschaften. Armut in entwickelten kapitalistischen Gesellschaften ist

eine Komponente und Folge sozialer Segregation. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung muss daher die Überwindung dieses Systems sekundärer Integration stehen. Eine Bekämpfung der Armut, die nicht auf die Überwindung des Segregationsmechanismus selbst zielt, könnte den Effekt haben, die Segregation als Prinzip hinzunehmen und nur die Bedingungen für das Leben im modernen Getto erträglicher zu machen. Armutsbekämpfung ist natürlich nicht falsch, aber als strategische Orientierung nicht ausreichend.

2. Perspektiven der Entwicklung der Arbeitsmarktsituation in den kommenden Jahren

Die Frage nach einer strategischen Neuorientierung der Arbeitsmarktpolitik — in deren Zentrum die Überwindung sozialer Segregation des Arbeitsmarkts steht — kann nicht unabhängig von der Frage beantwortet werden, welche Entwicklungstendenzen mittel- und langfristig erwartet werden können. Dabei geht es um zwei Aspekte. Erstens: Wird die seit drei Konjunkturzyklen andauernde rezessive bzw. depressive Wirtschaftsentwicklung weiter andauern oder ist eine Erholung, ggf. sogar der Übergang in eine langfristig wieder dynamische Entwicklung denkbar?

Zweitens: Welche Wirkungen wird die demographische Entwicklung der nächsten Jahre auf den ostdeutschen Arbeitsmarkt haben?

Chancen für eine neue Phase dynamischer Wirtschaftsentwicklung?

Man könnte zunächst sagen, dass lang anhaltende Rezessionslagen in der überschaubaren Geschichte der kapitalistischen Welt- und Nationalökonomie (also etwa seit 200 Jahren) im Prinzip drei Konjunkturzyklen⁶ dauerten (1814-1842, 1870-1893, 1928-1949) und dann von Phasen dynamischer Entwicklung (1843-1869, 1896-1913, 1949-1975) abgelöst wurden, die im Mittel auch drei Konjunktuszyklen umfassten. Rein statistisch wäre es also denkbar, dass der derzeit beobachtbare konjunkturelle Aufschwung nicht nur eine kurze Unterbrechung einer weiterhin depressiven Lage ist, sondern der Beginn der Erholung, dem gegebenenfalls auch eine Phase längerfristiger dynamischer Entwicklung folgen könnte.

Allerdings kann dieser historische Vergleich nur ein Hinweis sein, kein wirkliches Argument. Denn aus dem Ablauf in der Vergangenheit folgt nicht zwangsläufig, dass es wieder genauso kommt. Es könnte ja auch sein, dass die seit den 1980er Jahren andauernde Depression auf der Basis der kapitalistischen Wirtschaftsordnung grundsätzlich nicht überwindbar ist. Man muss daher über konjunkturelle Überlegungen hinaus nach den fundamentalen Bedingungen für eine neue Phase dynamischer Entwicklung fragen.

Aus meiner Sicht liegt die Ursache für lange Rezessionen in der Erschöpfung der spezifischen Entwicklungspotenziale, auf denen eine vorangegangene Dynamik basierte. Für die Nachkriegsökonomie war dies – vereinfacht gesagt – die fordistische Massenproduktion, die über wachsende Lohneinkommen und einen wachsenden Weltmarkt die Produktivitätsressource

⁶ Mit Konjunkturzyklen sind in diesem Text immer so genannte Juglarzyklen, also Zyklen mittlerer Länge gemeint, die etwa 7 bis 11 Jahre dauern.

der *economie of scale* als Basis für Produktivitätssteigerungen und Wirtschaftswachstum etablierte. Steigende Lohneinkommen und wachsende internationale Arbeitsteilung waren ebenso Voraussetzungen für das Funktionieren wie Sozialsysteme, die auf der Erwerbsarbeit der fordistischen Massenproduktion basierten, von wachsenden Lohneinkommen gespeist wurden und mit denen die spezifischen sozialen Probleme und Risiken bearbeitet werden konnten.

Der Übergang aus der 25 Jahre dauernden „immerwährenden“ Prosperität in die Rezession hängt mit Bedingungen zusammen, die die Logik der *economie of scale* begrenzten und als Basis des diesen Typs wirtschaftlichen Wachstums untergraben haben. Das fordistische Modell wirtschaftlicher Entwicklung funktioniert nur stabil, wenn der reale Aufwand der Massenproduktion volkswirtschaftlich langsamer wächst als die Massenproduktion selbst. Bis in die 1960er Jahre galt dies in hohem Maße, dann aber änderten sich die Kosten für Energie, Rohstoffe und schließlich für ökologische Ressourcen. Bezogen auf Energie, Rohstoffe und ökologische Ressourcen hat sich seit den 1970er Jahren weltwirtschaftlich eine umgekehrte „*economy of scale*“ entwickelt und entwickeln müssen: je mehr von diesen Ressourcen verbraucht und beansprucht werden, desto höher werden ihre Preise, die Kosten steigen schneller als die Produktion, weil wir bei vielen dieser Ressourcen an oder häufig sogar über der Tragfähigkeitsgrenze operieren, so bei den CO₂-Emissionen. Eine Steigerung der Produktion senkt also bezogen auf diese Ressourcen nicht mehr die Kosten pro Stück, sondern lässt sie steigen. Je höher der Anteil dieser Komponenten ist, desto weniger wirksam wird der Produktivitätseffekt der *economy of scale* per Saldo. Die sinkende Ressourcenproduktivität untergräbt die Effekte der Arbeitsproduktivität und der fordistische Entwicklungspfad erschöpft sich. Die Produktivitätssteigerung durch Massenproduktion muss, wenn es weiterhin wirtschaftliche Entwicklung geben soll, durch eine Logik der Produktivitätsentwicklung durch Senkung des Verbrauchs dieser Ressourcen abgelöst werden. Der Verbrauch von Energie, Rohstoffen, Umweltbelastungen und ähnlichen ökologischen Ressourcen aller Art müsste schneller sinken als die Produktion steigt – so könnte die Logik eines theoretisch denkbaren neuen Entwicklungspfades lauten. Dies allerdings ist nicht schon durch ein paar Regulierungsinstrumente und Umweltgesetze zu erreichen. Ein ökologischer Pfad wirtschaftlicher Entwicklung erfordert sowohl den Umbau des gesamten Systems der Kapitalverwertung und der Erwerbsarbeit und ihrer regulierenden Institutionen als auch des Kapitalstocks, also der Produktionsmittel, Infrastrukturen, Energienetze usw.

Zunächst dauert es lange, bis die Vielzahl der in einem wirtschaftlichen Entwicklungsmodell operierenden Akteure dies lernen, und dann erfordert der Umbau selbst einen Zeitraum, der mehrere Konjunkturzyklen umfassen dürfte. Jeder historisch konkrete Entwicklungspfad hat besondere natürliche soziale und technische Voraussetzungen und damit auch spezifische Grenzen, die nur durch einen Umbau des gesamten institutionellen, sozialen und technischen Settings überwunden werden können – bis Jahre später wieder andere Grenzen erreicht und ggf. überwunden werden. Dies ist letztlich der Grund, weshalb es „lange Wellen“ wirtschaftlicher Entwicklung und wiederkehrende lange Rezessionen gibt, die nicht durch die Deklaration einer „allgemeine Krise“ der Menschheit, des Kapitalismus oder der westlichen Kultur erklärt werden können, sondern genauer historischer und sozialwissenschaftlicher Analyse bedürfen. Die Grenzen des fordistischen Produktivitäts- und Wachstumsregimes führen m.E. weder zum Untergang des Kapitalismus noch auf einen endgültig nachhaltigen und dann im-

merwährenden Entwicklungspfad, sondern zunächst in eine Krise dieses Entwicklungsmodells, in eine längere Rezessionsphase. Erst in deren Verlauf finden die Akteure (vielleicht!) Wege zu einem anderen Entwicklungsmodus, der Entwicklungsschranken bis auf weiteres überwindet.

Das erste Anzeichen für die Entwicklungsgrenzen des Fordismus war die Veränderung der Terms of Trade zu Ungunsten der Fertigprodukte und zu Gunsten von Energieträgern und Rohstoffen, die in den späten 1960er Jahren begann und in der Ölkrise 1975 ihren dramatischen Ausdruck fand. Damit gerieten aber auch die bis in die 1960er Jahre etablierte internationale Arbeitsteilung und Weltmarktorganisation, speziell die internationalen Finanz- und Währungssysteme in Turbulenzen. Der bisherige Entwicklungspfad schien nicht mehr so sicher, die Investitionen in die fordistische Massenproduktion und in Industrien, die die dafür erforderlichen Produktionsmittel herstellten (dies macht einen großen Teil der deutschen Industrieproduktion aus, vor allem im Maschinebau und der Elektroindustrie), gingen zurück. Rationalisierungsstrategien dominierten Wachstumsstrategien. Das Weltmarktregime stellte sich im Laufe der 1980er und 1990er Jahre um, aber nicht unmittelbar auf einen neuen Entwicklungspfad, sondern auf ein anderes, für Rezessionszeiten typisches Wettbewerbsregime. Während der Wettbewerb zwischen den entwickelten Industrieländern in der Prosperitätsphase auf die Verteilung der Wachstumseffekte einer Produktivität fördernden internationalen Arbeitsteilung zielte (also als Positivsummenspiel funktionierte, bei dem alle mehr oder weniger gewinnen konnten⁷), orientierte sich der internationale Wettbewerb seit den 1980er Jahren auf den „Standortwettbewerb“, also einen Modus, bei dem der Gewinn des einen durch Verdrängung, Verlust des anderen erreicht wird (Weltmarkt als Null- oder Negativsummenspiel). Auch und gerade die deutsche Strategie der Bewältigung der Rezession zielte darauf, durch überproportionale Kostensenkungen (Lohnbegrenzung) den eigenen Weltmarktanteil zu Lasten anderer zu vergrößern, also Exportweltmeister zu bleiben, ohne zugleich Importweltmeister sein zu wollen.

In der seit Mitte der 1970er Jahre anhaltenden langen Rezession (die Gutachten der Wirtschaftsinstitute sprechen von Wachstumsschwäche) führen die zyklischen Wirtschaftskrisen (1982, 1993, 2003) nicht zu einer Wiederherstellung der vorherigen Dynamik, sondern zu einer nur schleppenden Erholung mit niedrigen Produktivitäts- und BIP-Wachstum, denen bald der nächste Abschwung folgte. Die Aufschwünge wurden kürzer und schwächer, die zyklischen Rezessionen länger und tiefer; es besteht in solchen Lagen zusätzlich die Gefahr, dass Rezessionen in eine pathologische Depression⁸ mit deflationären Tendenzen übergehen.

⁷ Entwicklungsländer waren an dem Positivsummenspiel nur eingeschränkt beteiligt, trotzdem waren sie nicht rundweg die Verlierer.

⁸ Man kann gute Argumente anführen, dass die Politik der deutschen Reichsbank und Regierung in der Weltwirtschaftskrise 1929-1933 in Deutschland aus einer Rezession eine Depression gemacht hat. Gleiches lässt sich vermutlich auch für die deutsche Zentralbank- und Regierungspolitik der 1970er und der 1990er Jahre sagen. Natürlich ist der Maßstab des „Fehlerhaften“ auch von den Interessenlagen abhängig, aus denen man sie beurteilt. Aus der Perspektive einer optimalen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, an der alle sozialen Gruppen partizipierten, war eine Politik falsch, die schon zu Beginn der Rezession massiv intervenierte und Bereinigungsprozesse unterband und ein Absinken der Einkommen und ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit durch expansive Haushaltspolitik möglichst ganz ausschließen wollte. Ebenso falsch war es, am Ende der Rezession daraus „die Lehren zu ziehen“, die Einkommen zu drücken und einen investitionsgetriebenen Aufschwung nach der Vereinigung gleich wieder auszubremsen. Beides aber ist in Deutschland passiert. Ende der 1970er Jahre konnte in Deutschland eine Politik der mäßigen Einkommensbeschränkung (zur Bewältigung des mit der Ölkrise eingeleiteten Strukturwandels der Weltwirtschaft) und einer sozial verträglichen und gerechten Umverteilung von Arbeit nicht durchgesetzt werden, der Staat hat in den beginnenden langen Abschwung hinein massiv antizyklisch inter-

Grundsätzlich führt der Weg aus einer Rezessionsphase in eine neue dynamische Phase nicht über die „Reparatur“ der mit dem bisherigen Entwicklungsmodell verbundenen Institutionen, sondern über die „Suche“ nach einem neuen Entwicklungspfad und dem dazu passenden institutionellen Setting. Neu ist ein Entwicklungspfad, der genau die Grenzen überwindet, die den vorherigen Pfad blockieren. Wenn die Hypothese richtig ist, dass der fordistische Entwicklungspfad vor allem an den überproportional steigenden Kosten für Energie, Rohstoffe und ökologische Ressourcen zum Erliegen kam, dann muss ein aus der Krise herausführender neuer Entwicklungspfad genau an diesem Punkt beginnen, also auf einer Entwicklungsdynamik beruhen, bei der das Wachstum der Produktivität mit einem Rückgang des Verbrauchs dieser Ressourcen gekoppelt ist. Diejenigen Elemente des fordistischen Entwicklungsregimes, die in einen solchen Entwicklungspfad passen, können dann selektiv in ein solches neues Regime eingebaut werden, so vielleicht auch wieder wachsende Einkommen und wachsender Konsum, aber eben nur dann, wenn diese mit sinkendem Aufwand an ökologischen Ressourcen gekoppelt sind – wobei es nicht bei vielen Ressourcen, z. B. gerade bei CO₂ und das Klima schädigenden Gasen, nicht nur um relativ pro Einheit BIP sinkende Aufwendungen geht, sondern um eine weit gehende Reduzierung des absoluten Verbrauchs bzw. Emissionen im Weltmaßstab. Der Übergang auf einen neuen Entwicklungspfad setzt an sich einen Funktionswechsel und Umbau des gesamten regulierenden Institutionensystems einschließlich der Weltmärkte, der Finanzsysteme, der Sozialsysteme voraus, auch der Typ der Erwerbsarbeit und die Konsumtionsweise der Bevölkerung müssen sich dabei verändern.

Es hat lange gedauert, bis sich in der öffentlichen Diskussion der Standpunkt verbreitet hat, dass nur der Umbau in einen ökologischen Kapitalismus aus der Krise führen kann. Noch bis heute sind Positionen stark, die den ökologischen Umbau der Produktions- und Konsumtionsweise nicht als technologische, wirtschaftliche und soziale Produktivitätsrevolution hin zu einem neuen Entwicklungsmodell erkennen, sondern als Einschränkung oder Beschränkung wirtschaftlicher Entwicklung und dies je nach Orientierung begrüßen (Abschied vom Wachstum) oder ablehnen (weil angeblich Wohnstand und Arbeitsplätze bedroht sind).

Aber es scheint so, als ob sich das Blatt gerade derzeit wendet, und zwar nicht nur lokal oder national, sondern auch global. Gerade diejenigen, die Ökologie lange als wirtschaftsfeindlich

venierrt, die Einkommenssteigerung über die Produktivitätsentwicklung hinausgetrieben und die Rezession verzögert, bevor sie überhaupt wirksam wurde. Damals wäre es richtig gewesen, das Staatsdefizit in möglichst engen Grenzen zu halten und den Druck auf den Strukturwandel nicht so stark abzufedern. Nur gab es damals kein Bewusstsein einer möglicherweise kommenden langen Rezession: Politik würde aus der Perspektive einer „immerwährenden Prosperität“ gemacht, zu dem man möglichst im Handumdrehen zurück wollte. In den neunziger Jahren, am Tiefpunkt der langen Rezessionsphase, hatte man sich inzwischen an die immerwährende Rezession gewöhnt. Man glaubte zwar, dass man Geld mit Geld verdienen kann und empfahl den Leuten, ihr Geld an die Börse zu bringen. Jeder Ansatz zu einer realen wirtschaftlichen Dynamik aber wurde argwöhnisch mit Angst vor Inflation, Staatsverschuldung und steigenden Löhnen massiv behindert. Zwar wäre es jetzt sinnvoll gewesen, die Prozesse zu stärken, die aus der Rezession heraus in die Erholung führen, also ein Zinsniveau deutlich unter der Wachstumsrate anzupeilen, Inflationsraten deutlich über der Wachstumsrate zuzulassen, ein zeitweiliges Anwachsen der Schuldenstandsquote (Schulden pro BIP) zuzulassen. Man hatte Angst, die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen, also wurde eine Politik praktiziert, die die restriktiven Wirkungen der Rezession zu einer Zeit verstärkte, in der sich weltwirtschaftlich schon Zeichen der Erholung zeigten. Vereinfacht gesagt: die deutschen Regierungen haben zum richtigen Zeitpunkt das jeweils Falsche – oder zum falschen Zeitpunkt das Richtige getan. Die Unfähigkeit, mit sich in langen Zeiträumen verändernden Wirtschaftslagen umzugehen, zeigt sich insbesondere an der deutschen Debatte über Staatsverschuldung. Hier geht es immer um das „absolute Maß“, z.B. die 3 Prozent, niemals um die Frage, in welchen Zeiten die Neuverschuldung deutlich geringer sein kann und soll, also eher unterhalb der Inflationsrate, und in welchen Zeiten sie eben deutlich darüber liegen kann und soll, um Regulierungswirkungen zu erreichen. Deutschland hat in guten Zeiten zu viel und in schlechten Zeiten zu wenig Schulden gemacht.

verdächtigten und nur in kleinster Dosis einführen wollten, sind auf dem Sprung, nun massiv in dieses neue Ross zu investieren, um dabei kräftig Geld zu verdienen.

Nun bedeutet dies noch nicht, dass damit schon ein neuer Entwicklungspfad etabliert wäre, denn eine Vielzahl von institutionellen Voraussetzungen ist ungelöst. Zum Beispiel, wie sind die Weltmärkte in ein neues Entwicklungsregime einzubetten, wie nach wie vor aus dem Ruder laufende Finanzmärkte? Welcher Typ von Erwerbsarbeit könnte dazu passen, wie könnten zu einem solchen Entwicklungspfad passfähige Sozialsysteme aussehen, mit welchen Zielen und Mitteln wird Arbeitslosigkeit verarbeitet? Wie könnte ein Teilhabemodell aufgebaut werden, in dessen Zentrum nicht mehr die Teilhabe über wachsenden Konsum an Massenprodukten steht? Wenn wir überhaupt am Beginn eines neuen Entwicklungspfads stehen, dann an einem Anfang, dessen Voraussetzungen unzulänglich, eigentlich gar nicht gegeben sind. Die Erfahrungen anderer Umbruchsperioden aber zeigen, dass dies immer so war: das zu einem neuen Entwicklungspfad passende System wirtschaftsregulierender, sozialer und kultureller Institutionen entsteht ebenso wie die entsprechenden Technologien, Produktionsverfahren und Konsumtionsweisen erst im Zuge seiner Entfaltung.

Der Einstieg in einen solchen neuen Entwicklungspfad könnte mit Entscheidungen für eine langfristig angelegte Strategie zum Umbau der Energiesysteme beginnen, die zunächst auf die Reduzierung der CO₂-Emissionen zwecks Begrenzung der Klimafolgen einer globalen Erwärmung zielt. Man muss sich dabei vor Augen halten, dass der Energiemarkt der größte Markt der Welt ist und ein Umbau der Energiesysteme sowohl die Energieeffizienz bei der Herstellung und Anwendung von Wärme, Strom und Kraftstoffen als auch die Umstellung der Energieträger (erneuerbare Energien, Geothermie, CO₂-freie Verarbeitung fossiler Energien) umfassen müsste. Die gesamte Produktion, die gesamte Infrastruktur und ein großer Teil der Konsumtion müssten sich nach und nach umstellen. Dies würde eine Vielzahl von umfangreichen Innovations- und Investitionsprozessen über Jahre und Jahrzehnte umfassen, die in der „sekundären Welle“ (Schumpeter) entsprechende Innovationen und Investitionen in andere Branchen nach sich ziehen – vor allem dem Maschinen- und Anlagenbau, der Elektroindustrie, der Chemie, aber auch in der Bauindustrie und der Konsumgüterproduktion. Ein solcher Paradigmenwechsel wirtschaftlicher Entwicklung würde mehrere Konjunkturzyklen umfassen, könnte somit eine geeignete Grundlage für einen lange dynamische Phase der Wirtschaftsentwicklung werden. Voraussetzung aber sind Bedingungen, die es zunächst den Vorreitern, zu denen Deutschland gehören könnte, ermöglichen, die Risiken und Probleme der Startphase durchzustehen.

Man kann noch nicht sagen, ob die derzeit erkennbare Bewegung auf diesem Feld schon zu einem Durchbruch führt. Davon wird abhängen, ob die Belebung wirtschaftlicher Entwicklung seit 2006 nur ein Zwischenhoch in einer noch weiter anhaltenden Depression darstellt oder ob sie in eine grundlegende Erholung einleitet und eine neue längere Phase wirtschaftlicher Prosperität münden könnte. Für die Entwicklung politischer Strategien scheint es aber wichtig, mit einer solchen Möglichkeit zu rechnen und sich nicht allein auf die Milderung der sozialen Folgen von anhaltenden oder gar immerwährenden Krisen einzustellen. So falsch die Ideologie einer immerwährenden Prosperität in den 1960er und noch den 1970er Jahren war, so falsch wäre es, politische Strategien für eine Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu entwickeln, die von immerwährenden Rezessionen ausgeht.

Zudem lösen sich die sozialen Krisen mit einer beginnenden Dynamik nicht automatisch und nicht in jedem Fall in positiver Weise auf. Die Frage, welche sozioökonomischen Teilhabevorstellungen und welche sozialen Chancen möglicherweise in Zuge eines neuen Entwicklungspfads institutionell verankert werden, wird sich in den kommenden Jahren entscheiden.

Gerade für Ostdeutschland könnte dies eine Frage existenzieller Bedeutung werden. Denn gerade wenn sich ein neuer Entwicklungspfad etabliert, entscheidet sich, wer an dessen Gestaltung aktiv mitwirkt, wer passiv mitgezogen wird und wer möglicherweise zu den Verlierern gehört. Man wird realistischerweise nicht davon ausgehen können, dass Ostdeutschland einer der zentralen Akteure eines globalen Umbaus der Energiesysteme wird. Aber in einigen Bereichen — z.B. bei der Biomasse, bei der Verankerung neuer regionaler Kreisläufe, neuer Kombinationen von Land- und Energiewirtschaft, neuen Lösungen für die Probleme vergleichsweise dünn besiedelter Regionen in Europa — könnte Ostdeutschland eine Vorreiterrolle gewinnen. Insbesondere die Probleme fragmentierter Wirtschaftsentwicklung und regionaler Disparitäten könnten in diesem Zusammenhang neu gestellt und anders als bisher beantwortet werden – dann nämlich, wenn es gelingt, im Zuge einer Energiewende den Zusammenhang von wirtschaftlichen Ballungsgebieten und ländlichen Regionen neu und anders zu gestalten. Dies wird von der Art und Weise des Umbaus der Energiewirtschaft, von dem konkreten Arrangement regionaler und überregionaler Kreisläufe, zentraler und dezentraler Komponenten eines neuen Energiesystems abhängen. Schon jetzt ist umkämpft, ob neue Entwicklungen strukturell als Kopien der bisherigen zentralen Energiesysteme mit Großkraftwerken, Großraffinerien und Energienetzen entwickelt werden oder in welchem Maße regionale Akteure und Kreisläufe sich dabei durchsetzen.

Auch wenn sich also ein neuer Entwicklungspfad etabliert, könnte dies bedeuten, dass ganz Ostdeutschland bis auf wenige Exklaven oder auch nur seine peripheren Teile (Nordostvorpommern, Ueckermark, Lausitz) bestenfalls zu Rohstofflieferanten (Biomasse und Standort von Windrädern) werden, ohne an den Entwicklungen wirtschaftlich und sozial wirklich zu partizipieren. Ebenso gestaltungsoffen ist, in welcher Weise sich das Verhältnis von entwickelten Industrieländern, Schwellenländern und unterentwickelten Ländern im Zuge eines solchen Entwicklungspfads umgestaltet und ob damit Chancen zur Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme in anderen Teilen der Welt verbunden sein werden.

Die allgemeinen arbeitsmarktpolitischen Wirkungen einer solchen Entwicklung würden auch unabhängig von der unten noch zu erörternden demographischen Entwicklung in jedem Fall zu einem wachsenden Bedarf an Erwerbsarbeit führen. Aber dies könnte in einer regional fragmentierten oder einer zwischen verschiedenen Regionen tendenziell ausgeglichenen Weise erfolgen. Vor allem aber muss eine möglicherweise wieder steigende Nachfrage nach Erwerbsarbeit nicht bedeuten, dass dies die Lage für alle Einkommensschichten gleichermaßen verbessert. Es ist durchaus offen, ob die im Zuge der 1990er Jahre entstandene Segregation des Arbeitsmarkts und der Einkommensniveaus aufgebrochen wird. Es könnte ja durchaus sein, dass ein hinsichtlich Qualifikation, Bezahlung, sozialer Absicherung und Einflussmöglichkeiten gespaltenes Erwerbssystem auch in einer Prosperitätsphase erhalten bleibt und in Verliererregionen weiterhin hohe Arbeitslosigkeit und Arbeit in schlecht bezahlten Billigjobs dominieren.

Zudem würde auch eine neue Phase dynamischer Entwicklung hohe Raten der Produktivitätsentwicklung, auch der Arbeitsproduktivität, einschließen, die „disponible Zeit“ erzeugt. Die Frage, ob diese „disponible Zeit“ sozial ausgrenzend als Arbeitslosigkeit eines Teils der Erwerbsbevölkerung verschwendet wird (während der andere Teil in Zeitnotstand lebt) oder ob es zu einer sinnvollen Verteilung der disponiblen Zeit kommt, hat sich nicht erledigt.

Folgen der zu erwartenden demographischen Entwicklung

In der öffentlichen Debatte wird vor allem der Geburtenrückgang und die damit verbundene Zunahme des Durchschnittsalters der Bevölkerung sowie die damit verbundene Veränderung des Verhältnisses von Erwerbstätigen und Altersrentnern in alarmierter Tonlage debattiert. Dabei wird oft behauptet, dass die Veränderung des Altersquotienten dazu führen wird, dass die Sozialsysteme nicht länger finanzierbar seien und daher ein Umstieg auf die private Rente und Krankenversicherung und eine dramatische Reduzierung der Sozialausgaben geboten seien. Diese Frage gehört nur mittelbar in den hier zu behandelnden Themenkreis, nämlich insoweit es um die Frage nach der zu erwartenden Entwicklung der Erwerbstätigkeit geht. Zunächst muss festgestellt werden, dass der Altersquotient allein nicht besonders viel sagt. Entscheidend ist das Verhältnis von Erwerbstätigen zu Nicht-Erwerbstätigen, also derjenigen, die Transfereinkommen beziehen, zu denen, die Transfers zahlen. Dies hängt nicht nur vom Altersquotienten sondern ebenso von der Erwerbsquote und der Arbeitslosenquote ab. Wenn der Anteil der Rentner steigt, gleichzeitig aber auch die Erwerbsquote steigt und die Arbeitslosigkeit sinkt, entschärft sich das Problem. Auf Grund der hohen Arbeitslosigkeit und der vergleichsweise immer noch niedrigen Erwerbsquote der Frauen ist das Verhältnis von Erwerbstätigen zu Nicht-Erwerbstätigen schon heute so ungünstig, wie es auf Grund der demographischen Entwicklung im Jahr 2050 werden könnte.

Ein großer Teil der demographischen Panikmache der letzten Jahre und Monate hält so gesehen einer nüchternen Bestandsaufnahme nicht stand. Dazu soll hier nicht weiter argumentiert werden (vgl. Busch, Land: Bericht zur Lage in Ostdeutschland, Teil 5; vgl. die Beiträge in Berliner Debatte Initial 2006 Heft 3 „Politik mit Demographie, Kahlert 2006). Tatsächlich wird es nur dann zu gravierenden Problemen in den Sozialsystemen kommen, wenn die rezessive Wirtschaftslage immer weiter andauert und die Arbeitslosigkeit in den derzeitigen Größenordnungen bestehen bleibt. Gelingt es aber, dynamische Entwicklungen in Gang zu setzen und die Arbeitslosigkeit wenigstens in dem Maße zu reduzieren, in dem die Zahl der Erwerbstätigen relativ zur Gesamtbevölkerung aus demographischen Gründen zurückgeht, können die demographischen Probleme im Allgemeinen, speziell aber die Finanzierungsprobleme des Gesundheitswesens und der Rentenversicherung, durchaus gelöst werden. Sie sind nicht größer als z.B. in den 1960er Jahren, wo sie ohne gravierende Folgen und ohne Mediengeklingel gelöst wurden. Bleibt es hingegen noch lange bei einer anhaltend depressiven Entwicklung, dann kann die Rente mit 67 weder das deutsche Wirtschafts- und Sozialmodell noch den Lebensstandard der Arbeitnehmer und auch nicht das Vermögen der Reichen retten.

Ganz anders aber fällt die Einschätzung aus, wenn man sich die Folgen der demographischen Veränderungen – und vor allem der demographischen Turbulenzen – in speziellen Konstellationen, also bezogen auf bestimmte Regionen (vor allem die benachteiligten ostdeutschen Regionen) oder Alterskohorten ansieht (Lutz; Steiner, Wiener; Wiener). Ostdeutschland hat

tatsächlich existenzielle demographische Probleme, die aber weniger durch die Geburtenraten, sondern vor allem durch Wanderungen verursacht sind. Für diese Wanderungen aber gibt es einen deutlich dominanten Grund: Arbeit – genauer gesagt: Arbeitslosigkeit, zu niedrige Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen.

Demographische Probleme in Ostdeutschland

Nach 1990 sank die Geburtenrate dramatisch ab, sie hat sich nach 1997 leicht erholt, aber auf deutlich niedrigerem Niveau als vorher. Dies bedeutet einerseits, dass es seit einigen Jahren einen dramatischen Rückgang der Schülerzahlen gibt, der durch die Abwanderung noch weiter verstärkt wird. Auch für die absehbare Zukunft werden sich die Schülerzahlen nur auf sehr niedrigem Niveau stabilisieren. Wenn die Abwanderung weiter anhält kann dies für einige Regionen bedeuten, dass die kritische Masse für das heute übliche Schulsystem nicht mehr erreicht wird und man für solche Regionen über andere Formen der Schulen nachdenken muss. (Analoges lässt sich für Infrastruktur und Kultur sagen.) Vor allem aber steht die Schule als eine zentrale kulturelle Instanz im ländlichen Raum zur Disposition, wenn allein unter dem Gesichtspunkt von Klassenstärken entschieden wird, wo es noch Schulen geben soll.

Für unser Thema, den Arbeitsmarkt, haben die demographischen Turbulenzen der 1990er Jahre eine weit reichende Folge. Wir werden in wenigen Jahren – zwischen 2008 und 2013 eine grundsätzliche Umkehr der Situation auf dem Arbeitsmarkt erleben, und zwar vor allem für die jüngeren, nachwachsenden Alterskohorten. Bis 2008 ist die Zahl der nachwachsenden Jugendlichen deutlich höher als die Zahl der aus dem Erwerbsleben in den Ruhestand ausscheidenden Erwerbstätigen. Das hat mit den geburtenstarken Jahrgängen einerseits zu tun, andererseits ist es eine Folge der Vorruhestandsregelungen der 1990er Jahre. Sie haben dazu geführt, dass die Jahrgänge über 55 seit 1996 in den Betrieben und teilweise auch bei den öffentlichen Arbeitgebern sehr schwach sind, also Jahr für Jahr nur wenige Personen das Rentenalter erreichen und ausscheiden. Noch im Jahr 2000 war die Zahl der auf den Arbeitsmarkt nachrückenden jungen Erwachsenen mehr als dreimal so hoch wie die Zahl der durch Rentenabgänge frei werdenden Arbeitsplätze. Über viele Jahre konnte nur ein Drittel der nachrückenden Arbeitskräfte in Beschäftigung integriert werden, ein Drittel wanderte gezwungenermaßen ab, ein weiteres Drittel landete in den Maßnahmeschleifen des sekundären Integrationsmodus und musste auf eine normale arbeitgesellschaftliche Sozialisation, die einer längerfristigen Berufsperspektive bedarf, verzichten.

Seit 2006 steigt die Zahl der Rentenabgänge aber deutlich an, eine Folge des Auslaufens der Vorruhestandsregelungen 1996, während nunmehr nur noch geburtenschwache Jahrgänge nachrücken. Bis 2013 wird sich daher die Situation umkehren: es wird doppelt so viele frei werdende Arbeitsplätze wie nachrückende Jugendliche geben. Die Probleme einer allgemeinen Jugendarbeitslosigkeit werden dann nicht mehr existieren, obwohl es natürlich weiterhin regionale Differenzierungen geben wird. Zudem muss man fragen, welche Schäden die Sozialisation in den Gettos des sekundären Integrationsmodus bis dahin angerichtet haben werden, so dass ein bestimmter Teil dieser dann heiß begehrten jungen Leute möglicherweise wegen schlechter Schulabschlüsse, mangelnder Motivation und sozialen Integrationsdefiziten (der eigenen und der Eltern) Probleme beim Einstieg in das Erwerbsleben bekommen könnte. Man kann wohl davon ausgehen, dass sich die Situation der jüngeren Altersjahrgänge insgesamt

deutlich verbessern wird, auch wenn man weiterhin mit sozialen Problemen bei einem bestimmten Anteil der Jugendlichen rechnen sollte. Wenn die Schulbildung schlechter wird, die Eltern sozial benachteiligt sind und gleichzeitig die Anforderung an die jungen Leute durch steigenden Wissensbedarf der Facharbeit zunimmt, wächst womöglich der Anteil an Jugendlichen, die die Schnittstelle trotz gestiegenen Bedarfs nicht überqueren können, nötig wären für diese Jugendlichen mit schlechteren Voraussetzungen (analog zu denen für Menschen aus der Landwirtschaft in den 50er und 60er Jahren) Einstiegsarbeitsplätze und die Chancen auf betriebsinterne Qualifikationen, zweiter Bildungsweg usw. dazu kommt ab S.22 einiges

Die Kehrseite dieser Entwicklung ist aber, dass wir zumindest in bestimmten Regionen einen gravierenden Nachwuchskrätemangel erwarten müssen. Das zeigt sich heute schon für bestimmte höhere Qualifikationen und einige Berufsgruppen. Eine völlig andere Frage ist, ob sich damit auch die Lage am Arbeitsmarkt insgesamt deutlich verändern wird. Denn der in den vergangenen Jahren angestaute Berg von Arbeitslosen der mittleren und älteren Kohorten wird nicht ohne weiteres abgebaut werden. Er besteht zum großen Teil aus Personen, die seit Jahren in Maßnahmeschleifen hin und her gedreht wurden und von denen ein großer Teil nicht ohne weiteres in betriebliche Arbeitsprozesse integriert werden kann. Man muss dabei sehen, dass es sich zu einem guten Teil um Personen handelt, die zwischen 1995 und 2006 auf den Arbeitsmarkt gekommen sind, die in vielen Fällen noch nie eine geregelte stabile Beschäftigung hatten und deren Ausbildung, wenn sie eine haben, in vielen Fällen nicht geeignet ist, den heutigen Anforderungen an qualifizierte Arbeit zu entsprechen. Diese Jahrgänge verfügen anders als die Arbeitslosen der frühen 1990er Jahre nicht mehr über eine arbeitsgesellschaftliche Sozialisation aus den Zeiten der DDR, an die sie anknüpfen könnten.

Man wird daher für die kommenden 10 bis 15 Jahre unter demographischen Gesichtspunkten damit rechnen müssen, dass es *gleichzeitig* hohe Arbeitslosigkeit in den älteren Jahrgängen und Nachwuchskrätemangel gibt. Für die Betriebe wird die Rekrutierung von Arbeitskräften aus den Altersgruppen über 30 oder 35 Jahren nicht ohne weiteres eine nahe liegende Option sein, insbesondere dann nicht, wenn es sich um Personen handelt, die keine Erfahrungen im Erwerbsleben sammeln konnten und die keine Erwerbsbiographie, sondern nur eine Maßnahmebiographie vorweisen können. Betriebe haben mindestens noch drei andere Optionen: Sie können durch verstärkte Rationalisierung versuchen, ihren Arbeitskräftebedarf zu senken und nicht alle frei werdenden Stellen zu besetzen. Sie können zweitens versuchen, Arbeitskräfte aus anderen Regionen anzuwerben. Bis dahin werden die Einschränkungen des Zugangs zum Arbeitsmarkt für Personen aus den neuen EU-Ländern aufgehoben sein, es wird also viel leichter werden, Arbeitskräfte aus z.B. aus Polen anzuwerben. Und drittens haben die Betriebe teilweise auch die Option einer Standortverlagerung.

Wenn erreicht werden soll, dass sich die Veränderung der demographischen Situation auch für die mittleren und älteren Jahrgänge, insbesondere für die angestauten geburtenstarken Jahrgänge der 1980er Jahre, positiv auswirkt und nicht zu einem weiteren Schub der Flucht wirtschaftlicher Kapazitäten aus Ostdeutschland missrät, dann müsste in den nächsten fünf Jahren systematisch und nachhaltig daran gearbeitet werden, die Arbeitslosen dieser Altersgruppen in das Erwerbsleben zurückzuholen. Das kann man weder den Unternehmen überlassen – für sie sind andere Optionen billiger – noch kann es über perspektivlose Maßnahmeschleifen des sekundären Integrationsmodus erreicht werden. Nötig sind hochwertige Qualifikationen kombiniert mit betrieblichen Praktika, die in reguläre Erwerbsarbeit münden müs-

sen. Das könnte erreicht werden, wenn über Nachwuchskräftepools und Qualifikationspools eine Rotation zwischen Personen in Betrieben und Personen in Qualifikation in Gang kommt. Personen in solchen Pools, die Qualifikation und betriebliche Arbeit miteinander kombinieren, muss eine langfristige Erwerbsperspektive eröffnet werden, genau dies können Maßnahmeschleifen nicht.

Wichtig ist, die Unternehmen, die Industrie- und Handelskammern und die Arbeitgeberverbände ebenso wie mögliche Qualifizierungsträger in ein solches Konzept zu einzubinden. Ziel muss sein, einen möglichst hohen Anteil von Arbeitslosen in beruflich orientierte Qualifizierungspools aufzunehmen und ihnen über Rotationsverfahren heute schon Zugang zu betrieblicher Arbeit zu verschaffen und eine sinnvolle Erwerbsperspektive zu eröffnen. Die Erfahrungen bei der Rekrutierung von Arbeitskräften für die Solarfabrik in Frankfurt/Oder haben gezeigt, wie groß die Motivation und Bereitschaft bei den Arbeitslosen ist, wenn eine echte Erwerbsperspektive in Aussicht steht.

M.E. ist hier dringend ein politischer Neuanfang erforderlich, der auf diese für Ostdeutschland spezifische „demographische Falle“ (Burkatz Lutz) angemessen reagiert und aus den fatalen Fehlentwicklungen der Maßnahmeschleifen und des ALG II herausführt. Dies ist unerlässlich, wenn man verhindern will, dass das ostdeutsche Arbeits- und Qualifikationspotenzial, das mal gut war, inzwischen aber erheblich geschädigt ist durch Abwanderung, Demotivation und Gettoisierung der Arbeitslosen, weiter zerstört wird. Dann nämlich käme auch ein wirtschaftlicher Aufschwung für Ostdeutschland zu spät.

Grundsätzlich muss man sagen, dass die Veränderung der demographischen Situation, die wir in den kommenden Jahren erwarten, für sich nicht notwendig zu einer Wende am Arbeitsmarkt führt. Nur dann, wenn es insgesamt zu einer dynamischen Entwicklung kommt, kann man damit rechnen, dass die Arbeitslosigkeit deutlich sinkt.

Regionale Disparitäten: Metropolen und ländliche Räume

Das eigentliche Problem demographischer Disparitäten zwischen Regionen entsteht weniger durch die geringen Geburtenraten, sondern vor allem durch die selektive Abwanderung. In Wechselwirkung mit der Deindustrialisierung und der schwachen Wirtschaftsentwicklung seit Mitte der 1990er Jahre sind in den meisten ostdeutschen Regionen wirtschaftliche und soziale Abwärtsspiralen in Gang gekommen. Bei der Beurteilung der Entwicklungsperspektiven und der geeigneten Arbeitsmarktstrategien muss daher m.E. differenziert werden.

Auch bei einer möglichen dynamischen Entwicklung in der Zukunft wird es in einigen Regionen nicht mehr möglich sein, den Verlust von Potenzialen rückgängig zu machen, und zwar insbesondere dann nicht, wenn die Abwanderung eines hohen Anteils der jungen Erwachsenen die Qualität und Quantität des Arbeitskräftepotenzials erheblich reduziert hat, wenn es sich um Regionen handelt, die von Metropolen oder Ballungsräumen relativ weit entfernt liegen und die weder exklusive Tourismusstandorte noch größere überregional relevante Gewerbebetriebe besitzen. Dies gilt beispielsweise für Teile von Ostvorpommern, Teile der Ueckermark, Teile der Lausitz und in modifizierter Weise auch für Teile der Altmark. In diesen Regionen kann wegen der Verlusts an Erwerbsbevölkerung auch in einem längeren Aufschwung kaum mit Neuansiedlung von Betrieben gerechnet werden. Entwicklungen, die mit größeren und beschäftigungsintensiven Investitionen verbunden wären, sind eher unwahr-

scheinlich oder ganz ausgeschlossen. Unabhängig davon, wie sich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland gestaltet, sind hier die grundlegenden Voraussetzungen für einen breiten wirtschaftlichen Aufschwung entfallen. Dies muss aber nicht bedeuten, dass sie überhaupt keine wirtschaftlichen Entwicklungs- und Teilhabemöglichkeiten aufweisen. Entscheidend kann hier sein, die jeweils spezifischen lokalen Ressourcen neu zu organisieren und intelligent mit überregionalen Wirtschaftsbeziehungen zu verbinden.

Solche lokalen Ressourcen sind in vielen Fällen mit der Landwirtschaft oder auch der Forstwirtschaft verbunden. Eine Beschränkung der Funktionen solcher Regionen auf reine Rohstofflieferanten – seien es landwirtschaftliche Rohstoffe für die entfernt liegende Nahrungsgüterwirtschaft oder sei es Biomasse für entfernt liegende Hersteller regenerativer Energien – stärkt die wirtschaftliche Existenzgrundlage dieser Regionen nicht oder nur sehr begrenzt. Chancen gibt es aber, wenn es gelingt, lokale Potenziale in möglichst vielschichtigen regionalen Kreisläufen zu möglichst langen Wertschöpfungsketten bzw. Wertschöpfungsnetzen zu verbinden.

Das Varchentiner Modell (Thie 2007) zeigt, dass dieser Weg drei Vorteile hat: Erstens kann ein erheblicher Teil der teuren regionalen Importe – vor allem Energie für Wärme, Strom und Kraftstoffe, aber auch Lebensmittel und Dienstleistungen – substituiert werden. Dies schafft zusätzliche Arbeitsplätze und Einkommen vor Ort, ist gerade bei größeren Entfernungen wirtschaftlich und verbessert die Lebensqualität erheblich. Dabei lohnt es sich auch, bestimmte Infrastruktur lokal zu organisieren (z.B. dezentrale Abwasserentsorgung, Verkehr, Kinderbetreuung, kulturelle Angebote). Auf der Basis funktionierender regionaler Kreisläufe können dann werthaltige Endprodukte in überregionale Netzwerke eingebracht bzw. überregional abgesetzt werden, so dass die regionale Export-Import-Bilanz auch solcher Regionen günstiger wird und sie weniger von Transfers abhängen.

Aus unseren bisherigen Erfahrungen zeigen sich vor allem drei wichtige Voraussetzungen: Erstens hängt der Start solcher Entwicklungen davon ab, ob sich aktive Akteure selbst organisieren und in der Lage sind, eine Akteurskonstellation aufzubauen, die lokale Ressourcen und Kompetenzen mit anderen überregionalen Akteuren, Potenzialen bzw. Know how verbindet. Zweitens: regionale Kreisläufe benötigen ein eigenes wirtschaftliches Fundament und müssen mittelfristig darauf ausgerichtet werden, auch ökonomisch effizient zu arbeiten. Erst dann haben Fördermittel eine nachhaltige, langfristige Wirkung. Drittens scheinen nur Modelle tragfähig, die lokale Ressourcen und Kreisläufe intelligent mit überregionalen verknüpfen, also keine Autarkie anstreben, sondern versuchen, sich so in überregionale Kreisläufe einzubringen, das eine für die lokale Wertschöpfungs- und Arbeitsplatzbilanz positive Entwicklung in Gang kommt. Für dünn besiedelte Regionen müssen auch neue Vorstellungen der dezentralen Sicherung der Infrastruktur, der Bildung (besonders des Schulwesens) und der politischen Partizipation entwickelt werden, wenn sie sozial nicht abgehängt werden sollen. Das Varchentiner Modell hat gezeigt, dass es möglich ist, auch in entfernt gelegenen und dünn besiedelten Regionen Arbeitsplätze für die verbliebene Bevölkerung zu schaffen, die Lebensqualität zu verbessern und eine sinnvolle Perspektive für die Dörfer und die dort lebenden Menschen zu öffnen. Wo dies nicht gelingt, wird die Abwanderung bis zum Endpunkt einer so genannten „Restbevölkerung“ weitergehen, die fast nur noch aus Transferabhängigen, meist Altersrentnern besteht, die nicht abwandern können oder wollen.

Eine zweite Gruppe ländlicher Regionen fernab der Metropolen verfügt hingegen über spezifische touristische Potenziale, die überregional verwertet werden können und die lokal Arbeitsplätze und Einkommen sicherstellen. Dazu gehören u.a. Tourismusstandorte an der Ostseeküste, in Mecklenburg-Vorpommern aber auch in Brandenburg, im Erzgebirge, in Thüringen und im Harz. Seit vielen Jahren wird durch Förderpolitik versucht, diese Potenziale weiter auszubauen. Dabei orientieren sich viele dieser Regionen auf den Gesundheitstourismus (Wellness, Kuren usw.) und das Nachfragepotenzial einer alternden Gesellschaft. Aber hier ist es wichtig, Grenzen zu berücksichtigen und Entwicklungsstrategien überregional klug abzustimmen, weil z.B. in Brandenburg und vielleicht auch in Mecklenburg-Vorpommern langsam Grenzen erreicht sind. Es wäre fatal, wenn der weitere quantitative Ausbau von Kapazitäten im Tourismus und der touristisch orientierten Gesundheitswirtschaft dazu führt, dass die Auslastung an schon erschlossenen Standorten unter die Wirtschaftlichkeitsgrenze fällt und bereits aufgebaute Kapazitäten pleite gehen. So richtig es ist, Tourismus und Gesundheitswirtschaft auf die Bedingungen einer alternden Gesellschaft einzustellen – mir scheinen manche Erwartungen hier übertrieben. Zu den Grenzen gehört: Erstens, das Wachstum der älteren Bevölkerung erfolgt nicht sprunghaft in wenigen Jahren, sondern sehr langsam. Die derzeitige Anzahl an älteren Menschen sollte daher der Planungshorizont sein, nicht die Mediendebatte über die Bevölkerungsprognose für 2050. Zweitens: Fast immer wird von einer wachsenden Nachfrage nach altersspezifischen Tourismus- und Gesundheitsangeboten ausgegangen. Aber diese Nachfrage ist nicht nur von der Anzahl alter Menschen, sondern zuerst von deren Einkommen und den Zahlungen der Krankenkassen für solche Leistungen abhängig. Die Zeit der überproportional wachsenden Renten aber geht zu Ende. Die Renten der in den nächsten fünfzehn Jahren in den Ruhestand gehenden Alterskohorten werden relativ gesehen nicht mehr so hoch sein wie bisher, weil der Anteil der Personen mit unterbrochenen Erwerbsverläufen und entsprechend gesunkenen Rentenansprüchen zunehmen wird. Auch die Krankenkassen werden restriktiver mit ihren Mitteln umgehen. Von hohen Wachstumsraten in diesem Bereich sollte man besser nicht ausgehen, wenn man Fehlplanungen und Pleiten vermeiden will. Eine sinnvolle Strategie wäre aber der qualitative Ausbau der Potenziale – wobei der Fokus hier nicht nur auf der Qualitätssteigerung des touristischen Angebots für sich liegen sollte, die sich ja nur lohnt, wenn dabei höhere Preise erzielt und mehr einkommensstarke Touristen angezogen werden können. Wichtiger wäre, Synergieeffekte mit anderen regionalen Ressourcen auszubauen. Dies kann z.B. im Bereich der Energieproduktion geschehen (Tourismusstandorte sind hervorragende Abnehmer von Wärme in Kraft-Wärme-Kopplungen, gerade die Abnahme der Wärme ist für die Energieproduzenten im ländlichen Raum ein Engpass), aber auch die Lebensmittelproduktion, der Naturschutz und das lokale Dienstleistungsangebot sind ausbaufähige Felder. Am Standort Teschow, einem Dorf, das faktisch keine Arbeitslosen hat, kann man studieren, wie vielschichtig solche Synergieeffekte sein können.

Eine dritte Gruppe von Regionen mit stark reduzierten, aber noch vorhandenen oder neu entstandenen industriellen Potenzialen befindet sich definitiv „auf der Kippe“. Dazu gehören u.a. altindustrielle Regionen wie etwa die Region um Bitterfeld, Teile der Lausitz, Teile von Sachsen-Anhalt aber auch Regionen in Sachsen und Thüringen. Hier sind noch gewerbliche und industrielle Potenziale und qualifizierte oder qualifikationsfähige Arbeitskräfte im Erwerbsalter vorhanden. Diese Anknüpfungspunkte könnten für eine industrielle Entwicklung auf einem neuen Entwicklungspfad genutzt werden, aber die Möglichkeit schwindet in dem Maße,

in dem die nachwachsende Generation die Regionen verlässt. Daher könnte es passieren, dass Betriebe gerade bei einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung abwandern, weil keine Nachwuchskräfte für die Erweiterung vorhanden sind. In solchen Regionen ist die Pflege des so genannten Humankapitals und der Infrastruktur, insbesondere auch der kulturellen und sozialen Infrastruktur und der Bildungsmöglichkeiten von entscheidender Bedeutung. Hier wäre es wichtig, in relativ kurzer Zeit die Infrastrukturausstattung — vor allem Schulen, Berufsbildung, Kultureinrichtungen — zu stabilisieren, keinen weiteren Abbau hinzunehmen. Vor allem aber müsste es auf dem Arbeitsmarkt, bei den Einkommen und den sozialen Bedingungen zu einer positiven Entwicklungstendenz kommen. Investitionen in den bestehenden Betrieben und Förderung einer langfristig orientierten Personalpolitik der Unternehmen wären wichtig, um möglichst viele junge Erwachsene am Standort zu halten oder sogar zurückzugewinnen. Gerade Nachwuchskräftepools, auf berufliche Qualifikation orientierte Bildung (statt Trainingsmaßnahmen im Leerlauf) und Rotation von Beschäftigung, Bildung und Qualifikation wären geeignete Instrumente, um möglichst schnell den Arbeitsmarkt zu öffnen. Hier geht es um das Erhalten eines Reservoirs, das für eine mögliche dynamische Entwicklung wichtig werden könnte. Wenn es gesamtwirtschaftlich zu neuen dynamischen Entwicklungen kommt, wird für Ostdeutschland viel davon abhängen, wie groß und gewichtig die noch entwicklungs-fähigen Regionen und Standorte sind, über welche Humanressourcen sie noch verfügen. Eine wichtige Strategie für diese Regionen muss also Pflege und Ausbau des Bestands an Potenzialen sein, vor allem auch die Erhaltung des Bestands an qualifizierten Arbeitskräften der jungen und mittleren Generation. Solche Strategien machen sich wahrscheinlich erst in einigen Jahren bezahlt. Aber wenn die Regionen dieser Gruppe „auf der Kippe“ in den kommenden Jahren vor allem auf Grund weiter anhaltender Abwanderung und weiteren Abbaus von Schulen, Kultureinrichtungen, Jugendeinrichtungen usw. die noch vorhandenen Ansatzpunkte verlieren und weiter in einer wirtschaftlichen und demographischen Abwärtsspirale bleiben, dann könnte es sein, dass die kritische Masse Ostdeutschlands insgesamt für eine Teilnahme an einem neuen Aufschwung fehlt, sich eine positive Entwicklung also auf die wenigen und vergleichsweise kleinen Regionen der nun folgenden vierten Gruppe beschränkt.

Die vierte Gruppe betrifft Regionen, die heute schon eine dynamische Entwicklung aufweisen oder zumindest kurz davor sind: Jena, Dresden, Leipzig, Teile des Ballungsgebiets um und in Berlin. Aber auch einzelne Standorte im ländlichen Raum können dazu zählen, wenn sich dort punktuell bestimmte industrielle Entwicklungen stabilisiert haben (z.B. Stavenhagen). Bislang ist der wichtigste Grund für die mehr oder weniger positive Entwicklung, dass es Betriebe gibt, die erfolgreich auf überregionalen Märkten absetzen und damit mehr oder weniger auch Produktions- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Betriebe im lokalen Markt schaffen. (Nur auf lokale Märkte orientierte Betriebe reichen nicht für eine positive wirtschaftliche Dynamik und eine wachsende Beschäftigung aus.) Fast immer sind solche in überregionalen Märkten erfolgreich operierende Betriebe in Ostdeutschland deshalb erfolgreich, weil sie über besondere Potenziale, Know-how oder Standortvorteile verfügen, die komplementär in die westdeutsche bzw. westeuropäische Wirtschaftsstruktur passten oder sich gut in die Strukturen von Konzernen einbauen ließen. (vgl. Behr, Buss, SOFI 2005). Vor allem Nischenproduzenten mit sehr speziellen Kompetenzen konnten die Deindustrialisierung besser überstehen, als Produzenten, die Standardprodukte für sowieso schon überfüllte Märkte herstellten. Das Problem dieser Erfolgsunternehmen mit sehr speziellen Kompetenzen ist, dass ihre speziellen

Funktion meist nur geringe Erweiterungsmöglichkeiten erlauben. Allerdings gäbe es Chancen, vorhandene Kompetenzen weiter auszubauen, wenn im Zuge der Energiewende innovative Investitionsstrategien im Bereich der Energieeffizienz und der regenerativen Energien neue Felder gerade im Maschinen- und Ablagenbau öffnen. Auch in den so genannten Leuchtturm-Regionen liegen gegensätzliche Entwicklungen hier dicht nebeneinander, Deindustrialisierung und Reindustrialisierung, Schrumpfung und Wachstum prägen die Muster z.B. im Raum Leipzig und Halle, aber auch in Berlin oder Dresden und Umgebung.

Bislang sind die lokalen und regionalen Synergieeffekte (noch?) zu schwach und ziehen zu wenige andere Betriebe mit. In den Regionen um Zwickau, Chemnitz, Jena und Eisenach kann man zwar Synergieeffekte beobachten; die großen Betriebe ziehen eine Reihe von Zulieferunternehmen und wirtschaftsnahen Dienstleistungen mit, die Nachfrage der Arbeitnehmer schafft für haushaltsorientierte Konsumgüterproduzenten und Dienstleister einen bestimmten Entwicklungsspielraum. Aber abgesehen davon, dass die entstandenen lokalen Synergien teilweise auf durchaus prekären Kooperationsstrukturen beruhen (differente Lohnentwicklung, Niedriglöhne, Abwälzung von Risiken auf die Zulieferfirmen im Umfeld), sind diese Effekte nach unseren Beobachtungen bislang nicht sehr weit reichend. Zwar steckt hinter dem Konzept der Förderung von Clustern und Schwerpunkten die an sich richtige Idee, die Synergieeffekte zwischen großen und kleinen Betrieben in einem lokalen Zusammenhang zu stärken. Trotzdem sind die Effekte bislang nicht offensichtlich. Genauere Untersuchungen dazu stehen aus, bislang weiß auch die Wissenschaft nur wenig über die ostdeutschen Cluster und die Möglichkeiten und Grenzen des Ausbaus ihrer Synergieeffekte. Ein vergleichende qualitative Studie zu ostdeutschen Clustern steht seit Jahren aus. Es spricht aber einiges dafür, dass die neue Strategie des Aufbau Ost — „Stärken stärken“ – zu undifferenziert und technokratisch gedacht ist.

M.E. ist die Frage nach den Perspektiven dieser Regionen vor allem die Frage danach, ob die dort etablierten Potenziale sich auch in Zukunft eher weiter als Inseln entwickeln werden, die als Teile überregionaler industrieller Netzwerke auf internationalen Märkten mitspielen, aber nur relativ wenig auf ihre räumliche Umgebung ausstrahlen. Es ist vorstellbar, dass eine insgesamt dynamischere Entwicklung regionale Wirkungen stärker zur Geltung kommen lässt. Dies wäre insbesondere dann denkbar, wenn relevante ostdeutsche Unternehmen wenigstens an einigen der Schlüsselpositionen eines neuen Entwicklungspfads beteiligt würden. In Bezug auf Energieeffizienz und regenerative Energien gäbe es solche Ansatzpunkte. Gerade für ihren Ausbau wäre es wichtig, dass Ostdeutschland bei der Umsetzung der Programme zur Reduzierung der CO₂-Emissionen möglichst eine Vorreiterrolle spielt. Dies würde einigen Unternehmen an ostdeutschen Standorten die Möglichkeit geben, ihre gute Positionierung im Wettbewerb um technologische und effiziente Lösungen auszubauen und aus den Nischen herauszukommen. Wenn perspektivisch mit einem Wachstumsmarkt für neue Energietechnologien zu rechnen ist, hätten sie dann die Chance, aus der heute eher begrenzten Position von Nischenproduzenten herauszuwachsen?

Bislang sind die Differenzen zwischen den Regionen mit unterschiedlichen Entwicklungschancen vor allem bezogen auf die wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven und die Effekte auf den ersten Arbeitsmarkt betrachtet worden. Wie ist die Situation hinsichtlich der sozialen Segregation einzuschätzen?

Das m.E. zentrale Problem, die Segregation des Arbeitsmarkts und der Erwerbstätigen in einen primären und einen sekundären Integrationsmodus, betrifft alle Regionen, aber vermutlich in differenzierter Weise. Darüber weiß die sozialwissenschaftliche Forschung bislang nur wenig. Zunächst sprechen alle qualitativen und quantitativen Untersuchungen dafür, dass auch sich günstig entwickelnde Regionen eine selektive Segregation der Erwerbstätigen aufweisen, der im Mittel tendenziell nicht geringer ist als in peripheren Gegenden. Dies hängt damit zusammen, dass sich in den größeren Städten und den Ballungsgebieten auch soziale Problemgruppen konzentrieren, meist in bestimmten Quartieren. Dabei mögen kleine Städte mit sehr dynamischer Entwicklung, wie Jena, eine etwas geringere Konzentration von Problemlagen aufweisen als große Städte wie Leipzig oder Berlin, das zudem auch durch ein sehr widersprüchliches Nebeneinander von dynamischen Entwicklungen (vor allem in engerem Verflechtungsraum) und Abwärtsspiralen gekennzeichnet ist.

In den ländlichen Regionen mit Abwärtsspiralen ist der Anteil von Erwerbstätigen im sekundären Integrationsmodus lokal überdurchschnittlich. Dabei gibt es Anzeichen dafür, dass die Abwanderung der jüngeren Altersgruppen einen starken Selektionseffekt gehabt hat und weiter haben könnte. Es spricht viel dafür, dass gerade diejenigen jungen Erwachsenen abgewandert sind, die vergleichsweise gute Chancen in den größeren Städten, in Westdeutschland oder im Ausland zu haben glaubten und oft auch hatten. Die zurückgebliebenen jungen Erwachsenen könnten dagegen häufiger diejenigen sein, bei denen Qualifikation, Motivation, Kompetenz und soziale Mobilität geringer sind. Wenn dies so wäre, würde das die entwicklungsfähigen Potenziale in noch düsterem Licht erscheinen lassen.

Bislang gibt es keine belastbaren quantitativen Untersuchungen dazu. Aus qualitativen Untersuchungen wissen wir aber, dass es einen Typus Jugendlicher und junger Erwachsener gibt, der Sozialisationsdefizite aufweist. Dabei geht es nicht nur um fehlende oder schlechte Schul- und Ausbildungsabschlüsse, die sich durch Qualifizierung nachholen oder im Erwerbsleben durch praktische Erfahrung kompensieren ließen. Die offene Frage für die Beurteilung von Potenzialen für eine künftige Entwicklung ist, wie hoch in den jüngeren Altersgruppen der Anteil von Personen ist, der auch bei einer Öffnung der Arbeitsmärkte nicht oder nur eingeschränkt oder nur mit besonderer Unterstützung in der Lage ist, erfolgreich einer betrieblichen Erwerbstätigkeit nachzugehen und die dafür erforderlichen Qualifikationen und Fähigkeiten schnell zu erwerben. Qualitative Untersuchungen zeigen, dass es unter der verbliebenen Bevölkerung nicht wenige junge Erwachsene gibt, die multiple soziale Problemlagen aufweisen, die nicht mehr ohne weiteres reparabel sind. Die lange Arbeitslosigkeit der Eltern und die dabei entstandene familiäre Situation, Demotivation, Alkohol und Drogen und Mobilitätseinschränkungen weisen auf solche Probleme hin. Auf Grund der inzwischen viele Jahre anhaltenden sozialen Probleme konnte ein Teil der nachwachsenden Generation nicht lernen, eine eigene sinnvolle Lebensperspektive aufzubauen und mit hinreichender Intensität zu verfolgen. Die Sozialwissenschaft ist derzeit nicht in der Lage, die Größenordnung der davon Betroffenen und das Ausmaß zu bestimmen. Daher ist es auch nicht möglich, Prognosen darüber anzustellen, wie schnell sich diese Probleme bei einer Verbesserung der Arbeitsmarktsituation auflösen und wie groß der verbleibende Rest von Personen ist, die man als „sozial“ nicht ohne weiteres erwerbsfähig anzusehen hätte. Ich würde zwar davon ausgehen, dass solche Defizite überwindbar sind und entstandene Schäden ausheilen könnten, wenn Arbeitsplätze und sinnvolle Tätigkeiten eine Lebensperspektive eröffnen. Aber das ist eine Vermutung.

Die Darstellung der sozialen Situation wäre aber unvollständig, wenn nicht auch berücksichtigt wird, dass es nicht nur in den Städten, sondern auch im ländlichen Raum eine kleine, aber sehr agile Schicht von Personen gibt, die seit Jahren Unternehmen auf- und ausbauen, Projekte organisieren oder in kommunaler Politik versuchen, positive wirtschaftliche Entwicklung in Gang zu bringen, dem Abbau von Schulen und Kultureinrichtungen entgegenzuwirken und etwas gegen soziale Verödung zu unternehmen. Dabei handelt es sich sowohl um Personen aus den Regionen wie auch um Zugewanderte oder Rückwanderer. Zuweilen wird von „Raumpionieren“ gesprochen, weil sie brach liegende Ressourcen erschließen und neuen Verwendungen öffnen. Diese Leute sind wichtig, weil sie Netzwerke eines neu entstehenden bzw. sich reorganisierenden „Sozialkapitals“ bilden, ohne die es keine Besserung der Lage und keine neuen Entwicklungspfade geben kann.

Zusammenfassung: Mittelfristig ist weiterhin mit einer hohen Arbeitslosenquote in Ostdeutschland zu rechnen, die aber möglicherweise wegen der demographischen Entwicklung insgesamt etwas zurückgeht. Für die nachwachsenden Altersjahrgänge wird sich die Situation in den nächsten Jahren Schritt für Schritt verbessern, wobei es notwendig ist, Konzepte zu entwickeln, die verhindern, dass die durch die soziale Segregation der vergangenen 15 Jahre aufgetretenen Schäden wie Sozialisations- und Qualifizierungsdefizite, Motivationsprobleme etc. nicht in die nächsten Erwerbstätigengeneration weitergeschleppt werden.

Auf die Jahrgänge, die derzeit älter als 30/35 Jahre sind, wird sich eine Entspannung am Arbeitsmarkt nicht ohne weiteres positiv auswirken. Man muss daher damit rechnen, dass es gleichzeitig Nachwuchskräftemangel und hohe Arbeitslosigkeit geben könnte. Dies ließe sich wenigstens teilweise vermeiden, wenn systematisch und zielgerichtet daran gearbeitet wird, die Segregation der Arbeitslosen durch den sekundären Integrationsmodus zu beenden und einen möglichst großen Teil der noch motivierten Arbeitslosen in betriebsnah orientierte Qualifikation in Kombination mit betrieblicher Erwerbsarbeit zu integrieren.

Regional ist mit einer weiteren Ausdifferenzierung der Lage auf lokalen Arbeitsmärkten zu rechnen. Regionalentwicklung sollte sich daher differenziert auf wenigstens drei, ggf. auch mehr unterschiedliche Konstellationen einstellen: Metropolen mit dynamischer Entwicklung und sich zumindest perspektivisch wieder öffnenden Arbeitsmärkten. Regionen auf der Kippe, in denen es darum geht, die noch vorhandenen Entwicklungspotenziale (Wirtschaft, Bildung, qualifizierte Arbeitskräfte) zu halten, damit die Chancen für eine künftige Aufwärtsentwicklung nicht verloren gehen. Und drittens ländliche Räume mit dünner Besiedlung, deren Potenziale durch regionale Kreisläufe und Kopplung spezifischer Ressourcen an überregionale Entwicklungen (z.B. regenerative Energien, Biomasse) durchaus geeignet wären, der verbliebenen Restbevölkerung Arbeit, Einkommen und Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum zu ermöglichen. Trotzdem aber handelt es sich um Regionen, in denen der Deindustrialisierungsprozess vor allem wegen des inzwischen erlittenen Exodus der Bevölkerung auch bei einer insgesamt dynamischen Entwicklung nicht mehr kompensiert werden kann. Erforderlich waren also regional differenzierte Entwicklungsstrategien für Wirtschaft und Arbeitsmarkt.

Dysfunktionalitäten und Umbruch in Berufsbildung und Qualifizierung

In der öffentlichen Diskussion wird fast nur der Mangel an Ausbildungsplätzen und die Frage der Finanzierung der Berufsausbildung diskutiert – für die Hochschulen stehen zudem noch die Probleme auf der Tagesordnung, die mit dem zu erwartenden Rückgang der Studentenzahlen in den kommenden Jahren verbunden sind. Die Kompatibilität oder Inkompatibilität des Berufsbildungssystems (einschließlich der Hochschulbildung) mit der Veränderungen der Forschung und Entwicklung, der Produktion und der Erwerbsarbeit wird dagegen meist nur abstrakt angesprochen: „Wissensgesellschaft“ und „lebenslanges Lernen“. Welche Folgerungen daraus für die Gestaltung des Bildungssystems abzuleiten sind, hat der Bericht „Berufsbildung im Umbruch. Signale eines überfälligen Aufbruchs“ (Baethge u.a. 2007) versucht aufzuzeigen.

Es gibt verschiedene Anzeichen für Veränderungen in der Art betrieblicher Arbeit, den erforderlichen Fähigkeiten und Qualifikationen, die Folgen für Beruflichkeit und Berufsverläufe haben könnten. Das Grundmodell der beruflichen Facharbeit war eine Grundausbildung (das duale System kombinierte Ausbildung in den betrieblichen Arbeitsprozessen „von der Pike auf“ mit in Berufsschulen vermitteltem Wissen), der sich ein „lebenslanges Lernen durch Erfahrung“ während des Erwerbslebens anschloss. Arbeitskräfte des mittleren Qualifikationsniveaus „lernten“ ihre Arbeit zu beherrschen und den sich verändernden technischen, technologischen und betriebswirtschaftlichen Anforderungen anzupassen, indem sie Erfahrungen im laufenden Betrieb sammelten, nur wenig ergänzt durch kurze Schulungen und Lehrgänge, z.B. bei Umstellung von Maschinen, Produktionslinien oder Produkten. Die Kumulation von Erfahrungswissen, deren Grundstein durch die duale Ausbildung im Betrieb gelegt wurde, war für die Mehrheit der Berufe der wichtigste Modus „lebenslangen Lernens“. Für diesen Modus der Qualifikation war es wichtig, einen möglichst großen Teil der nachwachsenden Arbeitskräfte im Betrieb selbst auszubilden und langfristig an den Betrieb zu binden, damit das gesammelte und zu großen Teilen betriebs- und prozessspezifische Erfahrungswissen erhalten und ggf. auf nachfolgende Generationen übertragen werden konnte.

Beobachtungen und erste Analysen (systematische und umfassende Untersuchungen stehen noch aus!) des Rekrutierungs- und Ausbildungsverhaltens zeigen nun, dass zumindest für größere Teile der qualifizierten Belegschaften der Modus des „kumulierten Erfahrungswissens“ in der herkömmlichen Weise nicht mehr zentral ist. Betriebe rekrutieren inzwischen zunehmend nicht mehr über eigene Ausbildung und lange betriebliche Erfahrung, sondern sie suchen „spezialisierungsfähige Generalisten“, also Personen, die mittels einer universellen Ausbildung und vielfältiger, nicht an jeweils betriebspezifische Bedingungen gebundener differenzierter Anwendungserfahrungen in der Lage sind, Probleme „projektförmig“ zu lösen. Lange betriebsbezogene Erfahrungen sind hier weniger Wert als die Fähigkeit, Probleme aus unterschiedlichen Perspektiven analysieren zu können und Erfahrungen aus anderen Umständen mitzubringen. Solche Universalisten sind besonders gefragt in forschungsintensiven Tätigkeiten, in der EDV, in der Arbeit mit komplexen computergestützten Maschinen und Anlagen, der Kommunikations- und Medienwirtschaft, der Medizin und Medizintechnik. Hier aber zeigt sich bereits deutlich ein Mangel an solchen Fachkräften.

Es ist leicht zu erkennen, dass das bisherige Berufsbildungssystem kaum in der Lage ist, diesen neuen Typ qualifizierter Facharbeit auszubilden. Die Schwierigkeiten, genügend Ausbil-

dungsplätze im dualen System bereitzustellen, haben also auch damit zu tun, dass das Interesse der Betriebe an dem dort vermittelten Typ von Qualifikation abnimmt. Dafür geeignete Ausbildungsformen aber gibt es kaum. Die Betriebe suchen für neue und wachsende Tätigkeitsfelder auf dem Arbeitsmarkt nach geeigneten Personen, die dann in speziell ausgewählten Qualifikationen weitergebildet werden (nicht selten durch die Arbeitsämter finanziert) und die nicht mit einer „lebenslangen“, sondern einer projektbezogenen Perspektive eingestellt werden. Bei diesen Rekrutierungsprozessen spielt „Auswahl“ eine wichtige Rolle. Beispielsweise werden 10 Praktikanten mit einer geeigneten universellen Qualifikation (z.B. Fachschulabsolventen) probeweise eingestellt, aus denen man dann zwei auswählt: Das zur vorausgesetzten Grundqualifikation ergänzende erforderliche Wissen wird durch Teilnahme an kürzeren Kursen oft außerhalb des Betriebes vermittelt (z.B. bei den Herstellern der einzusetzenden Technik und Elektronik).

Solche über den Arbeitsmarkt vermittelten Rekrutierungsstrategien der Betriebe sind möglich, weil es im Zuge der Deindustrialisierung noch hoch qualifizierte, flexible und lernfähige Personen aus den untergegangenen DDR-Betrieben gab. Dies wird in Zukunft kaum noch der Fall sein. Klar ist aber auch, dass es bislang kein geeignetes Berufsbildungssystem für diesen Qualifikationstyp gibt, aus dem Nachschub kommen könnte.

Das duale System ist wenig geeignet, die Hoch- und Fachschulen bilden zu wenig berufsorientiert aus und die Lücke – der Übergang aus einer universellen, aber anwendungsfernen Ausbildung an einer Hoch- oder Fachschule in die projektbezogene Anwendung – wird bislang nur hilfswiese geschlossen: durch die Institution des Praktikums. Hinter der „Generation Praktikum“ steckt also nicht nur die Einsparung von Lohnkosten, sondern auch der Versuch, die qualitativen Inkompatibilitäten zwischen dualem Berufsbildungssystem, Hoch- und Fachschulausbildung und den neuen beruflichen Anforderungen zu überbrücken.

Man kann aber auch aus ersten Beobachtungen erkennen, in welche Richtungen Lösungen entstehen könnten. Gerade in der dominant kleinbetrieblichen Wirtschaftsstruktur Ostdeutschlands finden sich „Netzwerkösungen“, in denen mehrere Betriebe ihre Berufsbildungspotenziale mit außerbetrieblichen Einrichtungen (Berufsschulen, Hoch- und Fachschulen, Bildungszentren u.ä.) zusammenlegen, um Qualifikationsmodule für die Erstausbildung und die Weiterbildung zu schaffen, die universelle Bildung und anwendungsbezogene Projektarbeit kombinieren.

Betrachtet man die ostdeutsche Qualifikationslandschaft im Überblick, dann zeigt sich folgendes Bild: Es gibt das duale System mit abnehmender Bedeutung, das in Ostdeutschland deutlich schwächer ist als im Westen. Es gibt Hoch- und Fachschulen, denen aber Brücken in die betriebliche Arbeit fehlen. Es gibt betriebseigene oder auch zwischenbetriebliche Qualifikationssysteme, über die wir bislang sehr wenig wissen.

Daneben aber finden wir ein höchst unübersichtliches System von Trainingsmaßnahmen, Umschulung, Projektarbeit, Bildung und Qualifikation für Arbeitslose, das seit den 1990er Jahren entstanden ist. Es besteht in der Mehrzahl aus speziell dafür entstandenen Trägern, wird aus Mitteln der Arbeitsmarktpolitik (über Ausschreibungen der Arbeitsagentur und der Argen) und Fördermitteln finanziert und schrumpft oder expandiert je nach politischer Beschlusslage. Die Qualität der hier vermittelten Bildung ist als äußerst differenziert einzuschätzen, aber man weiß nur wenig darüber. Teilweise ist es schlicht Wiederholung derselben Routinen (z.B.

beim Bewerbungstraining), teilweise wird durchaus interessante und nützliche Projektarbeit zu kulturellen, sozialen und ökologischen Themen durchgeführt. Teilweise wird hochqualifizierte berufsorientierte Bildung vermittelt, z.B. wenn das Arbeitsamt für ausgewählte „Kunden“ teure Kurse für Systemadministratoren von EDV-Systemen vermittelt und bezahlt. In jedem Fall aber ist dieses endogen entstandene System der Bildung und Qualifikation Bestandteil des „sekundären Integrationsmodus“ und hat de facto die Funktion, die Überflüssigen in Bewegung zu halten und ab und zu den einen oder anderen für das Erwerbssystem auszusieben. Der größere – und wohl auch wertlosere – Teil dieser Qualifizierungsanstrengungen ist keine Investition in das Arbeitskräftepotenzial, weil die Betroffenen in den Maßnahmeschleifen bleiben.

Die Segregation der Erwerbstätigen setzt sich in diesem faktisch weitgehend abgeschotteten System der Qualifizierung, Bildung und Projektarbeit fort, das überwiegend selbstreferentiell funktioniert. Die Tendenz zur Entstehung eines solchen abgeschotteten Systems fiktiver Qualifikation zeigt sich auch in der Erstausbildung, nämlich in dem so genannten „Übergangssystem“, also den Angeboten für Schulabgänger, die keinen Ausbildungsplatz in einem Betrieb finden konnten. Berufsvorbereitende Jahre, „Teilfacharbeiter“ und ähnliche Maßnahmen bereiten faktisch kaum auf einen Einstieg in betriebliche Erwerbsarbeit vor (nur ein kleiner Teil schafft den Übergang aus dem Übergangssystem in betriebliche Ausbildung oder Erwerbsarbeit. Das Übergangssystem ist für die Mehrzahl der Einstieg in den sekundären Integrationsmodus der Langzeitarbeitslosen.

In der Trennung der Ausbildungs- und Qualifikationssysteme des primären Integrationsmodus von denen des sekundären Integrationsmodus (die sich wiederholenden Trainings und Qualifikationsmaßnahmen für Arbeitslose) liegt aber das eigentliche Problem. Einerseits darf man annehmen, dass im Qualifikations- und Bildungssystem der Arbeitsmarktpolitik neben einigem Schrott auch innovative Ansätze zu finden sind, die geeignet wären, in ein neu entstehendes Netzwerk beruflicher Qualifikation und lebenslangem Lernen eingebracht zu werden. Andererseits verhindert gerade die soziale und institutionelle Segregation, die Trennung des Qualifikationssystems der Betriebe von dem Qualifikationssystem für die Arbeitslosen, die Prozesse, mit denen passfähige Lösungen selektiert und kombiniert werden könnten und mit denen nach und nach ein erneuertes System der beruflichen Ausbildung und des lebenslangen Lernens entstehen könnte.

Dies kann sich nur ändern, wenn diese weitgehende wechselseitige Abschottung überwunden würde. Prinzipiell sollten die Maßnahmen der Qualifikation von Arbeitslosen zugleich auch Maßnahmen für die Qualifikation von Erwerbstätigen werden und umgekehrt.

Erste Schritte wären:

- Im Entstehen begriffene Qualifikations- und Bildungsnetzwerke von Betrieben und Bildungsträgern sollten systematisch gefördert und gleichzeitig für die Qualifikation von geeigneten Arbeitslosen geöffnet werden. Dies würde zu finanziellen Synergieeffekten der Mittel führen, die Betriebe, Bund und Länder und Arbeitsagenturen derzeit ausgeben, vor allem aber könnten auf diese Weise Kurse und Maßnahmen entstehen, die tatsächlich geeignet sind, die Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu unterstützen. In jedem Fall sollten neben Bildungsträgern und Berufsschulen auch Betriebe in solche Netzwerke einbezogen werden, nach Möglichkeit auch Hoch- und Fachschulen.

- Träger von Bildungsmaßnahmen für Arbeitslose sollten systematisch so weiterentwickelt werden, dass sie ebenfalls in solche Netzwerke passen. Mittelfristig könnte eine Perspektive sein, Bildungsmaßnahmen für Arbeitslose und Fördermittel nur an die Träger zu vergeben, die auch Qualifizierungsmaßnahmen für Erwerbstätige durchführen. Arbeitslose sollten zunehmend in solchen Kursen gemeinsam mit Erwerbstätigen teilnehmen und die in Zusammenarbeit mit Betrieben, Industrie- und Handelskammern, Berufsschulen oder Hochschulen konzipiert sind.
- In solchen Netzwerken könnten Nachwuchskräftepools gebildet werden. Betriebe, die an solchen Netzwerken und ihrer Finanzierung mitwirken, könnte ein verbesserter und verlängerter Zugriff auf Praktika ermöglicht werden, wenn sie im Gegenzug bereit sind, frei werdende oder neu geschaffene Stellen mit Personen aus dem Nachwuchskräftepool zu besetzen. Für Schwankungen im Arbeitskräftebedarf könnte Leiharbeit aus Nachwuchskräftepools als Brücke genutzt werden.

Es ist aus heutiger Perspektive noch nicht erkennbar, wie ein mit den Anforderungen der kommenden zehn bis zwanzig Jahre kompatibles System der Berufsbildung und des lebenslangen Lernens aussehen könnte, welche Elemente aus den derzeitigen Strukturen in welcher Form der Reorganisation darin Eingang finden und welche zum Untergang verurteilt sind. Sicher wird wohl kein einheitliches und zentral strukturiertes System entstehen, es werden netzwerkartige Strukturen sein, in denen Betriebe, Bildungsträger, Hoch- und Fachschulen in jeweils spezifischer Weise kooperieren. Aber gerade in der offenen und unübersichtlichen Situation heute wäre es erforderlich, Prozesse in Gang zu bringen, die nicht den Status quo der Segregation verwalten oder ggf. erträglicher machen, sondern aufbrechen. Es geht um das Experimentieren und Kombinieren, aber unter Bedingungen, unter denen gelernt werden kann, welche Lösungen sich als entwicklungsfähig erweisen.

3. Ansatzpunkte einer strategischen Neuorientierung

Werden wir künftig mit einer Unterbeschäftigung in den Größenordnungen der 1980er oder 1990er Jahre rechnen müssen oder könnte diese deutlich zurückgehen? Eine empirisch gesicherte Antwort gibt es darauf derzeit nicht. Oben wurde dargestellt, dass es durchaus denkbar ist und es auch Anzeichen dafür gibt, dass die langfristige überwiegend depressive Wirtschaftsentwicklung dann zu Ende gehen könnte, wenn die derzeitige Orientierung auf die eine globale Energiewende sich in entsprechenden Investitionsstrategien niederschlägt und insgesamt zu einem neuen Entwicklungspfad, einer ökologischen Produktions- und Konsumtionsweise erweitert. Dies ist eine Perspektive, die sich nicht in einem Jahr, aber doch innerhalb des nächsten Jahrzehnts entscheiden wird. Ich sehe keinen empirisch nachweisbaren Grund dafür, dass es innerhalb einer kapitalistischen Ökonomie nicht mehr zu dynamischen Entwicklungen kommen kann. Allerdings sehe ich auch keinen Grund dafür anzunehmen, dass es in jedem Fall dazu kommen muss.

Aber selbst wenn es die kommenden Jahre aus der Rezession in eine wieder dynamische Entwicklung führen – folgt daraus, dass so viel zusätzliche Erwerbsarbeit benötigt wird, dass alle

nachwachsenden Menschen eine Erwerbsarbeit finden und zusätzlich der über viele Jahre aufgebaute Sockel an Arbeitslosen vollständig abgebaut werden kann?

Grundsätzlich kann man zwei begründete Standpunkte beziehen.

Eine Position lautet, dass langfristig Produktivitäts- und BIP-Wachstum im Gleichgewicht sein müssen, also die Effekte der Freisetzung von Arbeit durch die Effekte des Produktionswachstums auf lange Sicht kompensiert werden (so Flassbeck beispielsweise). Abgesehen von demographischen Schwankungen würde dies bedeuten, dass es langfristig wieder zu Vollbeschäftigung kommen wird. Dann wäre die in den letzten Jahrzehnten beobachtete dramatische Arbeitslosigkeit wie in den 1930er oder 1870er Jahren Folge einer langwelligen Depression (oder noch simpler einer falschen Wirtschaftspolitik). Sie würde wieder in einer mehrere Konjunkturzyklen umfassenden Prosperität wieder verschwinden, könnte allerdings in einer nächsten langen Rezession erneut auftreten, vielleicht in 30 oder 40 Jahren. Für diese Position spricht zumindest die historische Erfahrung – aber Vergangenes lehrt nichts über die Zukunft.

Die Gegenposition wäre, dass die Modernisierung der Produktions- und Kommunikationsmittel zu einem Produktivitätsniveau geführt hat, das auch bei hoher wirtschaftlicher Dynamik nicht mehr alle Arbeitskräftepotenziale absorbiert. Volkswirtschaftlich würde dies bedeuten, dass auch in einer möglichen Phase dynamischer Entwicklung der Zuwachs der Produktivität dauerhaft größer wäre als der Zuwachs des Bruttoinlandprodukts und des privaten Konsums (was im Übrigen auch bedeuten müsste, dass die Arbeitnehmerinkommen nicht mehr im Maße der Produktivität steigen dürften!).

Produktivitätszuwachs ist auch in Zukunft erforderlich, wenn auch in erster Linie als Zuwachs der Produktivität des Ressourceneinsatzes, ohne den der Umbau der Produktions- und Konsumtionsweisen auf Ressourcen sparende, ökologische und nachhaltige Verfahren und Produkte nicht möglich wäre. Dabei wird es aber auch zur Steigerung der Arbeitsproduktivität kommen, man kann im Großen und Ganzen nicht Innovationen zur Steigerung der Ressourcenproduktivität implementieren, die nicht auch die Arbeitsproduktivität erhöhen. Der Umbau der Produktionsweisen verlangt aber auch Investitionen. Die Ersetzung des „fossilen“ Energiesystems durch ein ressourceneffizientes auf der Basis neuer Technologien und Energien ist also auch wirtschaftliches Wachstum, zunächst in der Produktionsmittelproduktion. Bleibt die Frage, ob ein künftiger Entwicklungspfad denkbar ist, der ohne oder mit sehr geringem Wachstum des privaten Konsums und der in den privaten Konsum fließenden Einkommen vorstellbar ist. Solche Vorschläge und Vorstellungen gibt es. Aber zunächst einmal schließt der Umbau der Energiesysteme auch den Umbau der Konsumtionsweise ein. Ein großer Teil der heutigen Konsumtion ist energieabhängig: Wohnen, Mobilität, Ernährung, Freizeit, Kommunikation. Der qualitative Wandel ist ökonomisch gesehen auch Wachstum des Konsums und erfordert wachsende Einkommen, wenn auch nicht in der simplen Weise, dass vom Vorhandenen einfach immer mehr konsumiert wird. Zudem steht für große Teile der Bevölkerung die Option, auf wachsende Einkommen zu verzichten, gar nicht; sie haben schon heute schlicht zu wenig.

Trotzdem ist es nicht auszuschließen, dass auch in einer Phase dynamischer Entwicklung die Produktivitätseffekte über dem Wachstum liegen, die Qualität des Kapitalstocks sich also schneller verändert, als seine Größe zunimmt. Aus meiner Sicht kann man diese Frage nicht empirisch gesichert entscheiden. Aber für eine strategische Debatte über den Umgang mit

Arbeitslosigkeit und sozialer Segregation ist dies auch egal, weil die bisher beobachteten Zeiträume langer Rezessionen umfassen mehr als ein halbes, fast ein ganzes Erwerbsleben umfassen. Aus der Perspektive der Individuen sind sie viel zu lang, um mit einem Verweis auf eine künftige Vollbeschäftigung „überbrückt“ zu werden. Es gilt also, aus der Entwicklung der vergangenen drei Jahrzehnte grundsätzliche Schlussfolgerungen für die Reorganisation moderner Gesellschaften und ihrer Sozialsysteme zu ziehen, die den Umgang mit Zeiten sinkenden Beschäftigungsbedarfs auf eine neue Grundlage stellen. Für die heute lebenden Menschen (und vielleicht auch für die in der nächsten langen Depression irgendwann in der Zukunft) ist es entscheidend, auch für die mehrere Zyklen umfassenden Rezessionslagen eine institutionell neue Antwort auf die soziale Frage zu geben. Die Frage lautet heute: wie kann in Zeiten, in denen die Freisetzung von Arbeit langfristig größer ist als die Bindung, der gesellschaftliche Arbeitszeitpool also sinkt (oder langsamer wächst als die Zahl der Erwerbstätigen), Langzeitarbeitslosigkeit und soziale Segregation verhindert werden? Was ist die Alternative zum sekundären Integrationsmodus? Ostdeutschland ist einer der möglichen Orte, an denen eine Antwort auf diese Frage gefunden werden kann und muss, denn hier hat die Arbeitslosigkeit und der daraus folgende Ausschluss aus zentralen Teilhabedimensionen das Maß möglicher „Überbrückung“ längst überschritten.

Im Grundsatz werden derzeit zwei Antworten darauf gegeben, die an die Debatte um die Arbeitszeitverkürzung der 1980er Jahre anknüpfen, sich aber zugleich davon unterscheiden:

A) Wenn der Arbeitszeitfonds insgesamt sinkt, dann müssen für einen Teil der Bevölkerung im Erwerbsalter Möglichkeiten geschaffen werden, auch ohne Erwerbsarbeit „angemessen“ zu leben. Die marktliberale Variante dieser Idee, die die Unternehmens- und Vermögenseinkommen schonen will, ist die Ausgrenzung der Überflüssigen durch den sekundären Integrationsmodus bei gleichzeitig zurückgehenden und sich differenzierenden Arbeitnehmereinkommen – also der Zustand, den wir faktisch in Ostdeutschland haben, nur institutionell neu verfasst und rechtlich festgeschrieben als kleines Grundeinkommen bei faktischem Verzicht auf Erwerbsarbeit – bis auf gelegentliche Jobs als Dienstboten. Dies wäre offensichtlich ein weiterer Ausbau sozialer Segregation.

Die andere Variante dieses Grundmodells wäre, aus der Not eine Tugend zu machen und in der exklusiven Befreiung von der Erwerbsarbeit den Eintritt in das „Reich der Freiheit“ zu sehen. Bedingungsloses Grundeinkommen ohne Erwerbsarbeit würde eine soziale Schicht von Eigenarbeitern schaffen, die ihr Leben außerhalb der Erwerbsarbeit selbst bestimmen und sich den Dingen widmen, die von bezahlter Arbeit nicht oder nur schlecht erledigt werden können. Auch hier wird ein größerer Teil der Bevölkerung dauerhaft und endgültig aus der Erwerbsarbeit freigesetzt, aber ihre Einkommen wären deutlich besser und das Modell liefere eher zu Lasten der Vermögens- und Unternehmenseinkommen (auch zu Lasten der Investitionen?), vor allem aber zu Lasten der mittleren und höheren Arbeitnehmereinkommen.

Aber selbst wenn dieses Grundeinkommen hoch genug wäre, wenn es auch finanzierbar wäre und selbst wenn es zudem politisch durchsetzbar wäre (denen gegenüber, die es finanzieren müssen) handelt es sich nicht auch um eine Form sozialer Segregation? Im Extremfall um eine umgekehrte? Die gut ausgestatteten Grundeinkommensbezieher widmen sich allem, was schön ist, lebensweltlichen Sinn hat und Freunde macht, und sie halten sich zur Finanzierung ein Heer von Erwerbsarbeitern, die zwar ganz gut verdienen, aber auf disponible Zeit weitge-

hend verzichten? Wenn Erwerbsarbeit und Grundeinkommen so gestaltet sind, dass Bedingungen entstehen, die es faktisch schwer oder gar unmöglich machen, aus dem Stand der Grundeinkommensbezieher wieder in den der Erwerbsarbeiter zu wechseln oder umgekehrt (auch wenn es juristisch ganz „frei“ gewählt werden könnte), weil die eine Gruppe ihre Position monopolisiert. Wenn der Zugang zu Erwerbsarbeit durch verschlossene Arbeitsmärkte und Qualifikationsbarrieren verstellt oder der Zugang zum Grundeinkommen durch Kontingente eingeschränkt ist, haben wir es auch einer selektiven Sozialisation, mit einer qualitativen Segregation zu tun, die zu sozialen Schichten mit divergenten Teilhabeformen führt. Während die eine Gruppe nicht an der Erwerbsarbeit und den Erwerbseinkommen partizipiert (und also auch kaum an den Formen des Kampfs um Mitbestimmung, Mitentscheidung, Mitgestaltung wirtschaftlicher Entwicklung), ist die andere aus der Teilhabe an disponibler Zeit ganz oder weitgehend ausgeschlossen. Das Argument, es könnten ja alle auf Erwerbsarbeit verzichten und sich den schönen Dingen widmen, kann aber niemand ernsthaft vertreten.

Alle diskutierten Modelle eines Grundeinkommens oder einer Grundsicherung, die die Frage nach einem gleichberechtigten Zugang zur Erwerbsarbeit für alle nicht systematisch in ihr Konzept integrieren, haben m.E. den Fehler, soziale Segregation als unvermeidlich oder sogar wünschenswert hinzunehmen, nur eine andere Segregationsvariante vorschlagen als die, die wir derzeit haben. Damit wird aber das zentrale Problem der neu entstehenden qualitativen sozialen Ungleichheit ausgeblendet.

Faktisch muss auch den Anhängern des bedingungslosen Grundeinkommens oder einer bedarfsorientierten Grundsicherung klar sein, dass es ein Nebeneinander von Erwerbsarbeiter/inne/n und Grundeinkommensbezieher/inne/n nur geben kann, wenn die Erwerbsarbeiterinnen deutlich mehr verdienen als die Grundeinkommensbezieher. Dann aber läuft ein solches Modell darauf hinaus, die freie Nutzung der disponiblen Zeit durch Verzicht auf Einkommen zu erkaufen und umgekehrt. Hier liegt der Kern der in solchen Modellen enthaltenen sozialen Segregation, die sich qualitativ nicht unterscheidet von dem Zustand, den wir derzeit im ostdeutschen Erwerbssystem haben. Selbst dann, wenn die Entscheidung „freiwillig“ fällt, sie fällt unter dem „stummen Zwang“ der Verhältnisse. Zwar wäre eine freiwillige Entscheidung für die Teilnahme an einer Maßnahme oder einem Ein-Euro-Job oder auch eine finanziell bessere Ausstattung des Arbeitslosengeld II eine deutliche Verbesserung der heutigen Lage, aber keine Überwindung sozialer Segregation. Dies wäre nur dann der Fall, wenn die Arbeitslosen nach Grundsicherung, Maßnahmen und Qualifizierungen auch praktisch eine gesicherte Perspektive hätten, eine Erwerbstätigkeit zu finden. In einer Situation, in denen der Zugang zum Arbeitsmarkt verschlossen ist, führen auch ein freiwilliger Verzicht auf Erwerbsarbeit und ein gut ausgestattetes Grundeinkommen ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne staatliche Kontrolle und Restriktionen nicht zur Überwindung der sozialen Segregation.

B) Die Alternative dazu wäre, die zeitweilig oder anhaltend zurückgehende Erwerbsarbeit *und* die gleichzeitig wachsende disponible Zeit insgesamt gerecht zu verteilen, also *Teilhabe an Erwerbsarbeit und an freier Zeit für jede und jeden* sicherzustellen, und zwar nicht nur juristisch, sondern praktisch. Arbeitslosigkeit, die durch langfristig steigende Produktivität entsteht, ist ja an sich gewonnene freie Zeit, die den Individuen und der Gesellschaft für Tätigkeiten zur Verfügung stehen könnte, die nicht mittels Erwerbsarbeit verrichtet werden können oder sollen, also insbesondere für individuelle und gemeinschaftliche Eigenarbeit, für Kinder, soziale und ökologische Projekte, für Bildung, Qualifizierung und Kultur, weil diese Bereiche

nicht kommerzialisiert werden können oder sollen. Nur die seit den 1980er Jahren entstandene neue Form sozialer Segregation bewirkt, dass disponible Zeit nicht als Wohlstand erscheint, sondern die Gestalt leerer Zeit sozial Ausgegrenzter annimmt.

Eine gerechte Verteilung der disponiblen Zeit – und damit auch eine Neuverteilung der Erwerbsarbeit – bildet den Hintergrund der Konzepte, die Arbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung bekämpfen bzw. zumindest reduzieren wollen. Dabei hatten in der Vergangenheit zwei Modelle großes Gewicht: die Verkürzung der Wochenarbeitszeit und die Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch Vorverlegung des Rentenalters. Auch Sabbatjahre gehören zu diesen Vorschlägen.

Zweifellos haben beide Entwicklungen in den 1980er und 1990er Jahren eine gewisse Reduzierung der Arbeitslosigkeit bewirkt. Trotzdem hatten sie nicht den erhofften Erfolg. Die Reduzierung der Lebensarbeitszeit kollidierte mit den Finanzierungsproblemen des Rentensystems und der absehbaren demographischen Entwicklung – inzwischen wird das Rentenalter nicht mehr weiter reduziert, sondern wieder heraufgesetzt.

Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit kollidierte vor allem mit der sich durchsetzenden Strategie einer neoliberal begründeten Senkung der Lohn und Lohnnebenkosten. Zudem zeigte sich auch, dass die Arbeitszeitverkürzungen, soweit sie durchgesetzt wurden (von 40 auf 38,5 Stunden) nicht ganz die erhofften Arbeitsmarkteffekte hatten, weil ein großer Teil durch verstärkte Rationalisierung kompensiert wurde und nicht zu Neueinstellungen führte. Beide Modelle haben zudem das Problem, dass sie keinen neuen Zugang, keine neuen kulturellen Formen des Umgangs und der Nutzung disponibler Zeit herausfordern. Es handelt sich einfach um mehr Freizeit, die in Form längerer Wochenenden, längerer Urlaube und längerer Altersruhe durch mehr Konsum verbraucht werden muss – weshalb mehr Freizeit mit sinkenden oder stagnierenden Einkommen auch nicht kompatibel war. Eine über die fordistische Arbeits- und Konsumgesellschaft hinausweisende Verwendung disponibler Zeit ist m.E. nur möglich, wenn daraus neue gesellschaftliche Formen der Kombination von Erwerbs- und Eigenarbeit im Erwerbsverlauf entstehen. Dies bedeutet, gleichzeitig mit der Verkürzung der Lebensarbeitszeit die Infrastruktur und die Kultur zu entwickeln, die gesellschaftlich sinnvolle Nutzung von disponibler Zeit auf neue Weise erst möglich macht. Dringend erforderlich wäre es beispielsweise, disponible Zeit verstärkt für Bildung und Qualifikation nutzbar zu machen. Ebenso wichtig wäre, Kinderbetreuung so zu organisieren, dass disponible Zeit von Männern und Frauen eingesetzt werden kann, ohne die berufliche Karriere aufgeben zu müssen – ein gesicherter Wiedereinstieg in die Erwerbsarbeit ist hier die entscheidende Voraussetzung. Mitarbeit in ökologischen, sozialen und kulturellen Projekten wäre ein weiteres Feld sinnvoller selbst organisierter Eigenarbeit.

Wenn die gerechte Verteilung und sinnvolle Nutzung der gewonnenen Zeit nicht über eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung verwirklicht werden kann oder soll, sondern durch einen Wechsel zwischen Erwerbszeiten und erwerbsfreien Zeiten, dann wäre ein bedingtes und befristetes Grundeinkommen ein sinnvolles Instrument. Eine denkbare und von mir präferierte Lösung wäre ein Anspruch auf Grundeinkommensjahre nach einer bestimmten Zahl von Erwerbsjahren, der im Laufe des Erwerbslebens flexibel eingelöst werden kann, aber auch innerhalb des Erwerbslebens eingelöst werden soll und nicht bis an das Rentenalter verschoben werden soll – was auf eine Vorruhestandsregelung hinausläufe. Niemand würde juristisch ge-

zwungen, seine Grundeinkommensjahre in Anspruch zu nehmen, aber der Anspruch würde nach einer gewissen Zeit verfallen. Die Zahl der Menschen, die in eine Grundeinkommenskasse einzahlen, den Anspruch aber nicht nutzen, würde m. E. nicht sehr groß sein. Der Anspruch auf Grundeinkommensjahre wäre aber nicht auf die abhängige Beschäftigung begrenzt, sondern auf jede Art bezahlter Erwerbstätigkeit zu beziehen sein. Alle Erwerbstätigen können Grundeinkommensjahre in Anspruch nehmen, alle Erwerbseinkommen werden zu ihrer Finanzierung herangezogen.

Zu finanzieren wäre dies Grundeinkommen entweder über einkommensbezogene Umlage auf alle Einkommen oder einen Teil der Einkommenssteuer, die in eine Grundeinkommenskasse fließen. Die Ausgaben hängen von der Relation von Erwerbsjahren und Grundeinkommensjahren ab, die derzeit zum Beispiel bei Fünf zu Eins liegen könnte. Im Gegenzug entfallen Kosten für andere Sozialleistungen, etwa für ALG II, teilweise für ALG I und ein Teil der Folgekosten der Arbeitslosigkeit. Anspruch und Zahlung der Beiträge würde nicht nur Arbeitnehmer betreffen, sondern alle Erwerbstätigen. Der Aufwand würde sich etwa in der Größenordnung der heutigen Kosten der Arbeitslosigkeit bewegen.

Mit einem solchen Grundeinkommen könnten Grundeinkommensjahre finanziert werden, in denen Grundeinkommensbezieher nach eigener Entscheidung sich ihren Kindern widmen (das Elterngeld wäre dann schon eine solche Form von bedingtem Grundeinkommen), sie könnten in einem Projekt eigener Wahl mitarbeiten oder selbst eins ins Leben rufen, sie könnten aber auch an einer längeren Bildungs- oder Qualifikationsmaßnahme eigener Wahl teilnehmen. Solche Qualifizierung soll natürlich nicht die betriebsbezogene und von den Unternehmen zu finanzierende Qualifizierung ersetzen. Aber neben dieser würde eine davon unabhängige, nicht von den Bedürfnissen der Betriebe, sondern von denen der Individuen bestimmte und von ihnen disponierbare Bildungs- und Qualifizierungsmöglichkeit entstehen bzw. ausgeweitet. Einerseits würde dies die Möglichkeit der eigenen beruflichen Entwicklung unabhängiger von der jeweils betrieblichen Erfordernissen machen, also auch Neuorientierungen erleichtern. Zum anderen wird dadurch lebenslange Bildung auch unabhängig vom Erwerbszweck gefördert.

Je nach langfristiger Entwicklungstendenz auf dem Arbeitsmarkt könnte das Verhältnis von Grundeinkommensjahren zu Erwerbsarbeitsjahren so gestaltet werden, dass ein Gleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt gegeben ist. Beispielsweise könnte auf je vier, fünf oder sechs Erwerbsjahre der Anspruch für ein Grundeinkommensjahr entstehen, das innerhalb eines bestimmten Zeitraums auch in Anspruch genommen werden muss. Durch entsprechende Anreize könnte sichergestellt werden, dass in Zeiten eher rezessiver Entwicklung und sinkenden Arbeitsbedarfs die Nutzung der entstandenen Grundeinkommensansprüche steigt, während sie in Zeiten hohen Bedarfs an Erwerbsarbeit zurückgehen könnte. Damit würde zeitweise ein Arbeitspotenzial von bis zu 20 Prozent vom Arbeitsmarkt genommen werden können, und zwar ohne anhaltende Arbeitslosigkeit und soziale Aussonderung, und zur sinnvollen Nutzung *den Individuen* (nicht dem Staat!) zur Verfügung gestellt. Wichtig ist, ein solches Grundeinkommensmodell so auszugestalten, dass eben nicht nur bestimmte soziale Schichten bzw. Einkommensgruppen daran interessiert sind, sondern gerade auch qualifizierte und gut bezahlte. Nur dann würde die Tendenz zu sozialer Segregation vermieden und nur dann würde der Anteil von Personen, die Zugang zu qualifizierter Arbeit bekommen, grundsätzlich erhöht. (Details siehe in den Vorschlägen dazu im Anhang).

Der Vorschlag sieht den Wechsel zwischen Erwerbsarbeit und Grundeinkommensjahren in einer jeweils alternierenden Form vor. Paralleler Bezug von Grundeinkommen und Erwerbstätigkeit soll nicht ganz ausgeschlossen sein, aber eine an bestimmte Voraussetzungen geknüpfte Ausnahme darstellen. Dafür gibt es zwei Gründe. Erstens vermeidet der wechselseitige Ausschluss von Grundeinkommen und Erwerbsarbeit unmittelbare Wirkungen auf das Lohnniveau (mittelbare sind natürlich vorhanden, denn das Grundeinkommen muss durch Umlagen oder Steuern finanziert werden, genau wie die heutigen Sozialeinkommen, die es ablösen soll). Paralleler Bezug von Grundeinkommen und beispielsweise Teilzeiterwerbsarbeit würde – zumindest wenn dies in größerer Zahl praktiziert würde – die Gefahr mit sich bringen, wie ein Kombilohnmodell negativ auf das Lohnniveau zu wirken. Wenn eine größere Zahl der Arbeitskräfte bereit ist, zu einem geringeren Lohn als dem jeweils marktüblichen zu arbeiten, weil sie durch das halbe Grundeinkommen eine zusätzliche Einkommensquelle haben, könnte dies in bestimmten Lohngruppen zu einer Lohndrift nach unten führen. Zweitens müsste in den Fällen der Kombination von Grundeinkommen und Erwerbsarbeit eine Kontrolle installiert werden, die überprüft, ob Bezieher eines halben Grundeinkommens tatsächlich nur die halbe Zeit erwerbstätig sind und das Grundeinkommen nicht als eine versteckte Lohnsubvention zu Gunsten des Arbeitgebers missbraucht wird. Gerade die diskriminierende Praxis der Kontrolle aber soll vermieden werden. Eine alternierende Nutzung (entweder Grundeinkommen oder Erwerbseinkommen, Grundeinkommen kann nur bezogen werden, wenn in dieser Zeit kein Erwerbseinkommen erzielt wird), kommt ohne Kontrolle aus, denn ein paralleles Erwerbseinkommen würde durch die Lohnsteuer- oder Einkommensteuermeldung erkannt werden und das Grundeinkommen beenden. Natürlich ist es nicht ausgeschlossen, dass Einzelne Grundeinkommensbezug mit Schwarzarbeit kombinieren. Aber Schwarzarbeit gibt es auch im heutigen Sozialsystem und sie kann und wird eben als Schwarzarbeit zu bekämpfen sein. Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass das vorgeschlagene Grundeinkommensmodell mehr Schwarzarbeit herausfordert als die heutigen Sozialsysteme oder sie schwerer kontrollierbar würde.

Das wichtigste Ziel ist die Überwindung der sozialen Segregation

Der entscheidende Ansatzpunkt einer neuen Arbeitsmarktstrategie muss sein, Langzeitarbeitslosigkeit und soziale Segregation, bezogen auf den Zugang zur Erwerbsarbeit, grundsätzlich zu überwinden und die Entstehung in der Zukunft auszuschließen. Konzepte, die darauf ausgerichtet sind, den Zustand selbst zu akzeptieren und nur die Einkommenslage der Ausgegrenzten zu verbessern, machen m.E. aus der Not eine Tugend, aber auf falsche Weise. So richtig es ist, Armut zu lindern – eine politische Strategie, die darauf zielt, den Einfluss der Gesellschaft auf die Entwicklungsrichtungen des Wirtschaftsystems zu stärken, kann sich nicht auf Armutsbekämpfung beschränken. Eine Entwicklung, bei der eine Verbesserung der materiellen Lage der Ausgegrenzten durch die Institutionalisierung des Lebens in der Überflüssigkeit erkaufte wird, ist m.E. politisch nicht akzeptabel. Genau dies aber ist das Problem einiger der derzeit diskutierten Grundsicherungs- und Grundeinkommenskonzepte. Auch wenn diese formell nicht die Kombination mit der Erwerbsarbeit und dem Erwerbseinkommen ausschließen, so würden sie unter den derzeitigen Umständen, Eigentums- und Kräfteverhältnissen dazu führen, dass der Teil der Bevölkerung, der derzeit im „sekundären Integrationsmodus“ aus einer gleichberechtigten Teilhabe an der Erwerbsarbeit ausgeschlossen ist,

auch weiter ausgeschlossen bleibt – vielleicht auf finanziell höherem Niveau und mit weniger diskriminierenden Methoden, aber die grundsätzliche Diskriminierung bleibt. Sie würden unter den gegebenen Umständen „freiwillig“ auf Erwerbsarbeit verzichten oder so genannte gering qualifizierte, angeblich weniger produktive Tätigkeiten zu unangemessenen Löhnen verrichten und durch das Grundeinkommen aufstocken. Das bedingungslose Grundeinkommen und auch die bedarfsorientierte Grundsicherung würden faktisch als Prämie für Verzicht auf Erwerbsarbeit oder als Kombilohnmodell fungieren, das im Bereich der niedrigen Lohnneinkommen zu einer weiteren Absenkung des Lohnniveaus und im oberen Bereich zu einer weiteren Monopolisierung gut bezahlter und qualifizierter Arbeit führen. Damit wäre unter institutionell anderer Flagge und Bezeichnung genau die Entwicklung festgeschrieben, die wir seit den 1980er Jahren als Segregation des Erwerbssystems in einen primären und einen sekundären Integrationsmodus beobachten.

M.E. ist ein Grundeinkommensmodell als Neuansatz zur Regulierung der Transfereinkommen durchaus sinnvoll, aber nur wenn gleichzeitig die Voraussetzungen für einen gleichberechtigten Zugang zur Erwerbsarbeit gegeben sind, und zwar nicht nur formell und rechtlich, sondern eben praktisch.

Recht auf Erwerbsarbeit und Recht auf disponible Zeit

Überwindung der sozialen Segregation bedeutet, den „sekundären Integrationsmodus“ selbst aufzulösen und Langzeitarbeitslosigkeit als soziales Problem zu beseitigen. Arbeitsmarktpolitik muss auf dem Grundsatz aufbauen, dass jede und jeder das Recht auf Partizipation an Erwerbsarbeit und Erwerbseinkommen hat. Da die Menge der Erwerbsarbeit begrenzt ist, sich verändert und Schwankungen unterworfen ist, kann dieses Recht durch die einzelnen Menschen nicht unbegrenzt wahrgenommen werden, sondern nur so weit, wie es das gleiche Recht anderer Menschen zulässt. Das bedeutet, das Recht auf Erwerbsarbeit und Erwerbseinkommen des einen Menschen begrenzt zugleich das der anderen.

Eine moderne Form des sozialen Rechts auf Arbeit wäre daher: Jede und jeder hat das Recht auf einen fairen Anteil an bezahlter Erwerbsarbeit, jede und jeder hat das Recht auf einen fairen Anteil an der disponiblen Zeit. Erwerbs- und Transfereinkommen müssen so gestaltet sein, dass sie den Lebensunterhalt sicherstellen, die Teilhabe an der materiellen und kulturellen Entwicklung und politische Partizipation ermöglichen und jedem Menschen den Aufbau einer selbst bestimmten Lebensperspektive ermöglichen. Der Staat hat die Pflicht, dieses Recht auf Arbeit durch die Gestaltung geeigneter Institutionen und Verfahren zu gewährleisten.

M.E. ist es dringend erforderlich, diese prinzipielle Position, die schon in der Weimarer Verfassung stand und in der Revolution des Herbsts 1989 in der DDR Konsens war und in den Verfassungsentwurf des Runden Tisches Eingang gefunden hat, wieder stark zu machen. Eine solche Position scheint auch deshalb für die Zukunft besonders wichtig, weil man in den kommenden Jahren aus demographischen und vielleicht auch wirtschaftlichen Gründen mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit und einer neuen Situation am Arbeitsmarkt rechnen kann. Eine mögliche Dynamisierung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Erwerbsarbeit sollte m.E. unbedingt genutzt werden, die institutionellen Voraussetzungen des derzeitigen Systems sozialer Segregation einzureißen und Vorkehrungen gegen eine Wiederholung eines

Rückfalls hinter den schon erreichten emanzipatorischen Stand der Nachkriegsmoderne zu schaffen.

Was könnten die Instrumente sein, mit denen Langzeitarbeitslosigkeit beseitigt werden kann? Wie könnte die institutionelle Umsetzung eines Rechts auf einen fairen Anteil an der Erwerbsarbeit und an der disponiblen Zeit aussehen – eine Umsetzung, die zugleich mit den Prinzipien eines auf individueller Handlungsfreiheit gegründeten Rechtsstaats und einer kapitalistischen Marktwirtschaft vereinbar wäre? Im Allgemeinen wird behauptet, dass dies grundsätzlich nicht möglich ist, wobei regelmäßig unterstellt wird, ein Recht auf Arbeit impliziere ein staatliches System der Arbeitsverteilung, eine planwirtschaftliche Verwaltung des Arbeitskräftepotentials. Das ist aber falsch. Es sind sehr wohl mit einer Marktwirtschaft kompatible Verfahren zur Umsetzung eines Rechts auf Arbeit denkbar.

Die wichtigste Voraussetzung für die Umsetzung eines Rechts auf Arbeit in einer Marktwirtschaft ist die Sicherstellung eines gleichgewichtigen Arbeitsmarkts, und zwar nicht nur in Zeiten längerer Prosperität, sondern auch in mehrere Konjunkturzyklen umfassenden Rezessionslagen. Nur in einem gleichgewichtigen Arbeitsmarkt kann der oben vorgeschlagene Wechsel zwischen Erwerbsarbeit und Grundeinkommensjahren funktionieren, kann eine negative Lohnentwicklung verhindert oder zumindest begrenzt werden und haben auch Arbeitnehmer die Chance, auf unzumutbare oder sich verschlechternde Arbeits- und Lohnbedingungen mit Kündigung zu reagieren, weil sie keine großen Probleme hätten, einen anderen Arbeitsplatz zu finden.

M.E. sind die folgenden vier Instrumente als Rahmen geeignet, ein solches Recht auf Arbeit sicherzustellen, und als Mittel geeignet, mit denen die Gesellschaft vermittels des Staats einen gleichgewichtigen Arbeitsmarkt gewährleisten kann:

1. Absicherung, Gestaltung und auch Begrenzung von *Sucharbeitslosigkeit* (bis zu 4 Monaten, im Ausnahmefall bis zu 6 Monaten).
2. Einführung eines *bedingten Grundeinkommens zur Finanzierung von Grundeinkommensjahren*, Anpassung des Verhältnisses von Erwerbs- und Grundeinkommensjahren an langfristige Schwankungen, d.h. vor allem Ausweitung der Nutzung disponibler Zeit in anhaltenden Rezessionslagen.
3. Aufbau einer *Infrastruktur zur sinnvollen Nutzung disponibler Zeit* für Bildung, Qualifizierung, Kinderbetreuung und unbezahlte Eigenarbeit in sozialen, ökologischen und kulturellen Projekten.
4. Ausbau eines *Ausgleichssystems öffentlicher sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zu Tarifbedingungen*, das als letzte Sicherung die kurzfristigen Schwankungen ausgleicht, die durch Sucharbeitslosigkeit nicht aufgefangen werden können.

Mit diesen Instrumenten könnten kurzfristige und langfristige Schwankungen des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage nach Arbeitsplätzen ausgeglichen und ein Gleichgewicht erreicht werden. Die kurzfristige Flexibilität des Systems würde im Kern auf einer Sucharbeitslosigkeit beruhen, die in den Größenordnungen von bis zu drei Prozent der Erwerbstätigen liegen kann und die auf eine Dauer von weniger als 4 Monaten, nur in Ausnahmefällen 6 Monaten begrenzt werden könnte. Damit wäre die Mobilität am Arbeitsmarkt sichergestellt, kurzfristige temporäre Schwankungen könnten ausgeglichen werden. In einigen Konjunkturzyklen würde dies schon ausreichen, um eine kurze und nicht tiefe Rezession durchzustehen.

In Rezessionen, die länger als ein Jahr dauern und mehr als drei Prozent der Erwerbstätigen betreffen, müsste zusätzlich die Nutzung von Grundeinkommensjahren erleichtert und ausgeweitet werden.

Für eine lange Rezession, die mehrere Konjunkturzyklen umfasst, wie wir sie seit 1975 beobachten, reichen diese Instrumente noch nicht aus. Hier wäre es erforderlich, das Verhältnis von Grundeinkommens- zu Erwerbsjahren zugunsten von Grundeinkommensjahren durch den Gesetzgeber zu verändern und auf diese Weise einen größeren Teil des Arbeitsangebots befristet vom Markt zu nehmen. Dabei werden Finanzierungsprobleme in der Grundeinkommenskasse zu erwarten sein, die nur dann gelöst werden, wenn in den Jahren anhaltender Konjunktur Reserven angelegt und Rezessionsjahre gegebenenfalls mittelfristig mit Kreditaufnahme überbrückt werden. Eine Grundeinkommenskasse würde also nicht nur einen anti-zyklischen Einfluss auf den Arbeitsmarkt, sondern auch auf die Finanzströme ausüben.

Zudem kann man davon ausgehen, dass die verstärkte Nutzung disponibler Zeit für Bildung und Qualifikation, aber auch für gesellschaftlich nützliche Projekte außerhalb der Erwerbsarbeit einen sachlich positiven Einfluss auf die Milderung und ggf. die Überwindung einer rezessiven Wirtschaftslage haben könnte.

Öffentlich finanzierte Beschäftigung als letztes Instrument sollte in jedem Fall zeitlich befristet werden, möglichst so, dass sie bei entsprechenden Möglichkeiten zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit oder zur Nutzung eines Grundeinkommensjahrs sofort beendet werden kann und muss.

Das vorgesehene Ausgleichssystem öffentlicher Beschäftigung dient weniger der Herstellung des Gleichgewichts am Arbeitsmarkt, es hat drei andere Funktionen. Der erste Grund ist rechtlicher Natur. Wenn jemand arbeitslos ist und die maximale Sucharbeitslosigkeit von 4, in Ausnahmefällen 6 Monaten beendet wird, dann muss der Rechtsanspruch auf Erwerbsarbeit eingelöst werden. Man könnte dies tun, indem Betroffene verpflichtet würden, ein Grundeinkommensjahr zu nehmen. Dies scheint mir aber nicht zweckmäßig, weil es zumindest für einige eine Situation schafft, in der Grundeinkommensjahre zwangsverordnet werden. Es macht zwar Sinn, im Laufe einer anhaltenden Sucharbeitslosigkeit auch die Nutzung von Grundeinkommenszeiten z.B. für Qualifikation nahe zu legen und zu fördern, aber nicht, es zu erzwingen. Also bleibt bei Erschöpfung des Anspruchs auf Sucharbeitslosengeld nur, eine angemessene der Qualifikation und dem Beruf entsprechende Erwerbsarbeit verbindlich zu vermitteln. Dies sollte vorzugsweise eine Arbeit im ersten Arbeitsmarkt sein – und unter den Bedingungen eines ausgeglichenen Arbeitsmarkts wird dies auch in der Mehrzahl der Fälle möglich sein. Die Regelzeit bis zu einer erfolgreichen Vermittlung sollte vier Monate betragen. Nur für den Fall, dass dies bezogen auf Beruf, Qualifikation oder regionaler Disparitäten nicht gelingt, muss ein Ausgleich durch befristete öffentlich geförderte Beschäftigung möglich sein, die gegebenenfalls auch eine betriebliche oder staatliche Aus- und Weiterbildung sein könnte. Öffentlich geförderte Beschäftigung soll also nicht die grundlegende Proportion von Arbeitsplätzen und Arbeitskräften regulieren, sondern lokales und qualitatives Mismatch notfalls überbrücken.

Unter den gegebenen Rahmenbedingungen hätten die Individuen also immer die Möglichkeit, im Laufe der Sucharbeitslosigkeit zwischen einer selbst gesuchten Beschäftigung auf einem offenen Arbeitsmarkt, mehreren von der Arbeitsvermittlung vorgeschlagenen angemessenen

Arbeitsplätzen, darunter notfalls einer öffentlich geförderten Beschäftigung, oder aber der Nutzung von Grundeinkommensjahren zu wählen, sofern Ansprüche noch nicht ausgeschöpft sind. Unter diesen Voraussetzungen halte ich es für möglich, bei Ablehnung aller dieser Möglichkeiten die Zahlung von Arbeitslosengeld nach 6 Monaten einzustellen. Betroffene, die keine der gegebenen Möglichkeiten nutzen wollen, hätten dann noch die Möglichkeit, Erwerbsunfähigkeit nachzuweisen.

Sofern die rechtliche Konstruktion und die praktische Umsetzung Diskriminierung ausschließt, der Rechtsanspruch auf Lohnersatz in der Sucharbeitslosigkeit, auf gerecht verteilte Grundeinkommensjahre und auf einen Arbeitsplatz nach spätestens 6 Monaten Sucharbeitslosigkeit einklagbar ist und gerichtlich kontrolliert werden kann, darf man davon ausgehen, dass nur ein sehr kleiner Teil von Personen übrig bleibt. Dazu werden Menschen gehören, die mit den Bedingungen des Erwerbslebens nicht klarkommen, ohne deshalb erwerbsunfähig zu sein, und die ebenso wie Erwerbsunfähige ohne oder mit nicht ausreichendem Anspruch auf eine Erwerbsunfähigkeitsrente anders abgesichert werden müssen. So etwas wie Sozialhilfe wird es also weiter geben müssen und sie sollte im Unterschied zum jetzigen System auch für die kleine Gruppe von Menschen zugänglich sein, die erwerbsfähig ist, aber keine Erwerbsarbeit aufnehmen, obwohl angemessene Arbeitsplätze nachgewiesen wurden. Allerdings sollte der Sozialhilfeanspruch dann unterhalb der Leistung des Grundeinkommens liegen.

Der zweite Grund für ein kleines Ausgleichssystem öffentlicher Beschäftigung ist politischer Natur und dient der Regulation der Relation von Grundeinkommensjahren und Erwerbseinkommensjahren. Ein über längere Zeit zunehmendes Ungleichgewicht, ein Defizit von Arbeitsplätzen oder Arbeitskräften am Arbeitsmarkt würde am Anwachsen oder Sinken der Sucharbeitslosigkeit und der Änderung des Bestands an öffentlicher Beschäftigung erkennbar werden. Wenn beide Werte eine bestimmte Grenze erreichen, würde der Sozialstaat gesetzlich verpflichtet sein, die Inanspruchnahme von Grundeinkommensjahren zu fördern (im umgekehrten Fall zu bremsen) oder sogar die Relation von Erwerbsjahren und Grundeinkommensjahren in die eine oder andere Richtung zu verschieben.

Der dritte Grund für einen kleinen Bestand öffentlich geförderter Beschäftigung ist die Beschäftigung von Personen mit Behinderungen und Einschränkungen, dazu siehe unten.

Die sehr eingeschränkte Rolle, die der öffentlich finanzierten Beschäftigung in dem hier entwickelten Konzept zugestanden wird, hat aus Sicht des Verfassers gute Gründe, auch wenn hier Widerspruch erwartet werden kann. Erstens ist der Autor der Meinung, dass öffentlich geförderte Beschäftigung als Dauereinrichtung nicht mit einer marktwirtschaftlichen Ordnung kompatibel ist. Wird sie im Bereich der privaten Wirtschaft eingesetzt, verzerrt sie die Wettbewerbsbedingungen und führt zu Fehlallokationen. Wird sie im Bereich der öffentlichen Aufgaben, der Staatsaufgaben (Bund, Länder und Kommunen) eingesetzt, läuft sie auf eine Substitution von Staatsaufgaben hinaus. Denn wenn es sich um wirklich notwendige staatliche Aufgaben handelt, für die Mittel frei gemacht werden müssen, dann müssen sie gleich im Rahmen normaler Beschäftigung im öffentlichen Dienst und mit normaler Erwerbsarbeit erfüllt werden. Handelt es sich dagegen um gesellschaftlich nützliche, aber durch Erwerbsarbeit sich nicht selbst finanzierende Arbeit, so ist es besser, sie in Form von selbst organisierter Eigenarbeit im Rahmen von Grundeinkommensjahren auszuüben, also außerhalb staatlicher Leitung und in Eigenregie der Grundeinkommensbezieher. Drittens aber führt öffentliche Be-

schäftigung, wenn sie zu einer Dauereinrichtung wird, zu der hier immer wieder angesprochenen Segregation, zumindest dann, wenn bestimmte Personen dauerhaft in öffentlich geförderter Beschäftigung „stationiert“ werden. Es ist aus meiner Sicht wichtig sicherzustellen, dass öffentlich geförderte Beschäftigung weder sachlich noch bezogen auf den Personenkreis zu einer Dauereinrichtung wird. Der Normalfall soll die Beschäftigung in Unternehmen oder bei normal finanzierten öffentlichen Arbeitgebern sein – im Wechsel mit Grundeinkommensjahren, mit Qualifizierung, Familienarbeit, Projektarbeit – nicht aber die Aufbewahrung in Systemen, deren Selbstzweck die Beschäftigung um der Beschäftigung willen ist.

Eine bedenkenswerte Ausnahme könnten bestimmte individuelle Problemkonstellationen sein: Behinderungen, zeitweilige soziale Problemlagen, vielleicht auch ältere Arbeitnehmer. Hier ist der Autor unentschieden und sieht Diskussionsbedarf. Man könnte sagen, Menschen mit Behinderungen oder Einschränkungen, die keine grundsätzliche Erwerbsunfähigkeit zur Folge haben, die aber auch auf einem gleichgewichtigen Arbeitsmarkt kaum vermittelt werden können, sollten in öffentlich finanzierte Beschäftigung integriert werden. Die Blinden- und Behindertenwerkstätten könnten dabei als Vorbild fungieren. Grundsätzlich ist dagegen nichts zu sagen, aber es wäre aus Sicht des Autors in jedem Fall besser, wenn in der Wirtschaft und bei öffentlichen Arbeitgebern eine gleichberechtigte Integration ins Erwerbsleben sichergestellt wäre, ebenso bei der Teilnahme an Grundeinkommensjahren. Gerade für Menschen mit Behinderungen und sozialen Problemen kann die Integration in Sondersysteme faktisch auf soziale Ausgrenzung hinauslaufen. Es macht daher Sinn, zunächst über andere Formen der Förderung nachzudenken, insbesondere, wenn es um ältere Arbeitnehmer ohne Behinderung geht, aber auch bei solchen Einschränkungen, die eine normale Erwerbstätigkeit nicht ausschließen, sondern nur entsprechende Voraussetzungen am Arbeitsplatz oder im Umfeld erfordern. Trotzdem kann man sich vorstellen, dass unter bestimmten Voraussetzungen und für bestimmte Problemgruppen öffentliche Beschäftigung auch als Dauereinrichtung denkbar ist – nur sollte dies aus meiner Sicht auf ein Minimum begrenzt werden, nicht um Kosten zu sparen, sondern um diskriminierende Sondersysteme zu vermeiden.

Sicherung eines ausgeglichenen Arbeitsmarkts

Die Sicherung eines ausgeglichenen Arbeitsmarkts ist m.E. die zentrale Voraussetzung für die Umsetzung des Rechts auf Arbeit und für die Begrenzung der Arbeitslosigkeit auf Sucharbeitslosigkeit. Sie muss in Zukunft als Bestandteil der Sicherung eines dynamischen wirtschaftlichen Gleichgewichts behandelt werden, das den gleichen rechtlichen Rang hat, wie die Begrenzung von Inflation und die Förderung wirtschaftlicher Entwicklung.

Ein ausgeglichener Arbeitsmarkt ist die Voraussetzung dafür, dass im Rahmen von Sucharbeitslosigkeit in der großen Mehrheit der Fälle ein neuer Arbeitsplatz gefunden werden kann. Politisch haben alle Parteien dieses Ziel mehr oder weniger aufgegeben oder auf bloße Rhetorik reduziert. Das Wort „Vollbeschäftigung“ taucht ab und zu noch in Sonntagsreden auf, praktisch aber hält man es für unrealistisch. Besonders in Ostdeutschland wird mehr darüber geredet, wie man die Segregation der Arbeitswelt angenehmer gestalten kann als darüber, wie sie zu überwinden ist.

Das bestehende Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt aber ist die Ursache für das Zurückbleiben der Löhne hinter der Produktivitätsentwicklung und die negativen Wirkungen auf die Binnen-

nachfrage. Sie ist die Ursache für die zunehmende Ungleichheit von Löhnen und die Entstehung eines Segments von Niedriglöhnen und die wachsende Ungleichheit zwischen oberen und unteren Lohnniveaus. Und es bedingt auch die Erpressbarkeit der Arbeitnehmer und Betriebsräte. Ohne das dramatische Defizit an Arbeitsplätzen gäbe es keine Segregation des Arbeitsmarkts in einen primären und einen sekundären Integrationsmodus.

Schließlich ist ein ausgeglichener Arbeitsmarkt auch die Voraussetzung dafür, dass Möglichkeiten zur Unterbrechung der Erwerbsarbeit im Laufe des Erwerbslebens tatsächlich von der Mehrheit genutzt werden könnten, zum Beispiel für die Erziehung und Betreuung von Kindern, für Qualifizierung und Bildung, für soziale, ökologische oder kulturelle Projekte. Auch ein Grundeinkommen kann nur dann soziale Segregation vermeiden, wenn der Einstieg in die Erwerbsarbeit nach dem Grundeinkommensjahr wieder möglich ist. Sind Arbeitskräfte knapp und begehrt, dann werden Arbeitgeber in der Mehrheit auch bereit sein, mit Arbeitnehmern, die ihr Grundeinkommensjahr nutzen wollen, eine Vereinbarung über die anschließende Wiederaufnahme der Beschäftigung zu schließen.

In dem hier vorgeschlagenen Konzept wird ein ausgeglichener Arbeitsmarkt fast ausschließlich dadurch gewährleistet, dass überschüssige Arbeitspotenziale temporär vom Markt genommen werden, und zwar dadurch, dass den Individuen disponible Zeit zur Verfügung gestellt wird, die sie innerhalb weiterer Spielregeln selbst bestimmt einsetzen können – und zwar ohne soziale Segregation.

Eine Alternative wäre, nicht die Nachfrage nach Arbeitsplätzen (respektive das Angebot an Arbeit) zu senken, sondern das Angebot an Arbeitsplätzen zu erhöhen (respektive die Nachfrage nach Arbeit). Dies könnte nun durch öffentliche Arbeitsbeschaffung, durch öffentliche Investitionen oder durch Wirtschaftsförderung geschehen. Dieser Weg wird aus der Sicht des Autors nicht vorgeschlagen. Dies soll wenigstens im Ansatz begründet werden.

Zunächst muss man feststellen, dass dies fast immer gescheitert ist oder zumindest nur unter Bedingungen gelungen ist, die heute weder gegeben noch wünschenswert sind (Autobahnbau der 1930er Jahre, Aufbau einer Kriegswirtschaft usw.). Hinzu kommt, dass die damit verbundenen Kosten so hoch sind, dass man bestenfalls eine milde zyklische Krise (wie die von 1967 z.B.) durchstehen kann, aber keine über drei Konjunkturzyklen andauernde lange Rezessionslage. Zudem ist es fraglich, ob solche Programme nicht häufig darauf hinauslaufen, überlebte Strukturen, die in der Rezession eigentlich reorganisiert oder durch neue Entwicklungen ersetzt werden sollten, künstlich am Leben zu erhalten (Beispiel Steinkohlebergbau). Natürlich macht es gerade in Depressionszeiten Sinn, Innovationen, Forschung und Entwicklung, Bildung und Qualifizierung, Kultur und Wissenschaften überproportional zu fördern. Aber hier geht es darum, die Suchprozesse zu unterstützen, die den für die Überwindung einer langen Rezession erforderlichen Struktur- und Institutionenwandel voranbringen und diesem Zweck müssen sie verpflichtet sein. Der zusätzliche Beschäftigungseffekt ist eine wünschenswerte Nebengabe. Wenn man aber Investitions- und Förderprogramme auflegt, deren erster Zweck darin besteht, Beschäftigung um der Beschäftigung willen zu organisieren, werden Strukturen entstehen, die den erforderlichen gesellschaftlichen Wandel eher behindern und Altes konservieren.

Mein wichtigstes Argument aber folgt aus einer anderen Sicht auf disponible Zeit. Die Sicherung des Gleichgewichts auf dem Arbeitsmarkt durch Ausweitung der Arbeitsnachfrage mit

Arbeitsbeschaffungs- und Investitionsprogrammen würde bedeuten, dass die gesellschaftlich produzierte disponible Zeit in zusätzliche Arbeitszeit verwandelt wird, das potentielle Reich der Freiheit zugunsten des Reichs der Notwendigkeit eingeschränkt wird. Der andere, mit der Reduzierung des Arbeitsangebots durch Ausweitung der Nutzung von Grundeinkommensjahren verbundene Weg aber bedeutet, die gewonnene Zeit nicht dem Staat und nicht über Subventionen den Unternehmen, sondern den Individuen in ihre Disposition zu geben. Dies würde die Kraft des lebensweltlichen Eigensinns der Menschen gegenüber der Welt des Wirtschafts- und Politiksystems in der Substanz stärken.

Nun kann es wohl sein, dass es notwendig ist, freigesetzte Zeit in zusätzliche Arbeit zu verwandeln, zum Beispiel um ein dringend gebotenes Programm zum Umbau des Energiesystems und zur Reduzierung der CO₂-Emissionen zu finanzieren. Aber dann geht es nicht um zusätzliche Arbeit um des Arbeitsmarkts oder des Wachstums willen als Selbstzweck, sondern um einen in der Sache liegenden Grund, der dieses zusätzliche Wachstum der Beschäftigung erforderlich macht und daher einen Verzicht auf disponible Zeit durch vermehrte Arbeit nahe legt.

Grundsätzlich empfehle ich also eine Strategie, freigesetzte Zeit als disponible Zeit in die Verfügung der Individuen zu stellen und nicht in die Disposition des Staats oder öffentlich geförderter Unternehmen und die mit Investitionsprogrammen verbundenen negativen Effekte – Fehlallokationen, Konservierung überlebter wirtschaftlicher Strukturen – zu vermeiden. Investitionsprogramme sollen nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden, aber sie müssen in der Sache selbst begründet sein, sie sind m.E. kein unmittelbares Instrument von Arbeitsmarktpolitik.

Anlage: Denkbare Spielregeln für ein bedingtes Grundeinkommen zur Diskussion

1. Jede und jeder Erwerbstätige hat das Recht auf Erwerbsarbeit und auf Grundeinkommensjahre im Laufe seines Erwerbslebens.
2. Grundeinkommensjahre werden aus einer dafür gebildeten Grundeinkommenskasse finanziert. Für jeweils fünf Jahre Erwerbsarbeit entsteht der Anspruch auf ein Grundeinkommensjahr. Durch Bundesgesetz kann der dem Anspruch zugrunde liegende Zeitraum auf vier Jahre verkürzt oder auf fünf Jahre verlängert werden, wenn die demographische oder wirtschaftliche Entwicklung dies mittelfristig zur Stabilisierung des Arbeitsmarkts bzw. der Erwerbstätigenzahl erforderlich ist. Für jedes Kind erhält die Mutter den Anspruch auf ein zusätzliches Grundeinkommensjahr, das sie nach eigener Entscheidung ganz oder Teilweise auf einen Ehe- oder Lebenspartner/in übertragen kann. Ansonsten ist die Übertragung von Grundeinkommensansprüchen auf andere Personen ausgeschlossen.
3. Der Grundeinkommensanspruch entsteht erstmalig nach fünf Jahren Erwerbstätigkeit als Arbeitnehmer oder Selbständiger. Von da ab kann der Anspruch fünf Jahre vorgezogen oder zurückverlegt werden, so dass maximal drei Grundeinkommensjahre hintereinander in Anspruch genommen werden können. Vor Beginn der Altersrente darf maximal ein Grundeinkommensjahr in Anspruch genommen werden. Die Inanspruchnahme des Grundeinkommensjahrs ist freiwillig, auf den Anspruch kann verzichtet werden. Wird der Anspruch auf ein Grundeinkommensjahr nicht spätestens nach fünf Jahren in Anspruch genommen, verfällt er ohne Rückzahlung der Beiträge. Die Frist kann bei Vorliegen von Gründen, die eine Inanspruchnahme ausschließen, auf Antrag verlängert werden (die Hürden sollten aber hoch sein.) Die Pflicht zur Einzahlung in die Grundeinkommenskasse wird durch Verzicht oder Verfall des Grundeinkommensanspruchs nicht berührt.
4. Grundeinkommensjahre sollen im Prinzip im Block für ein ganzes Jahr, maximal bis zu drei Jahren hintereinander in Anspruch genommen werden. Grundeinkommensbezieher können diese Zeit für persönliche Zwecke ohne Einschränkungen nutzen: Die einzige Voraussetzung ist, dass sie in dieser Zeit keiner bezahlten Erwerbsarbeit nachgehen und kein Erwerbseinkommen beziehen. Einkommen aus Geld- und Kapitalanlagen, Ersparnissen und Vermietung und Verpachtung sind davon nicht berührt. Grundeinkommensbezieher erhalten 80 Prozent des Durchschnittsnettoeinkommens, zusätzlich zahlt die Grundeinkommenskasse Krankenversicherungs- und Rentenversicherungsbeiträge.
5. Grundeinkommensbezieher können die in ihre Verfügung gestellte Zeit nutzen, um unbezahlter Eigenarbeit für gesellschaftlich nützliche Zwecke nachzugehen. In diesem Fall erhalten Grundeinkommensbezieher 100 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens. Als gesellschaftlich nützliche Tätigkeit gelten insbesondere die Teilnahme an Qualifizierungen bei anerkannten öffentlichen oder privaten Trägern, Mitarbeit in Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen, private Betreuung von Kindern, Mitarbeit in gemeinnützigen sozialen, ökologischen oder kulturellen Projekten. Dafür genügt der Nachweis einer solchen Tätigkeit mit wenigstens 25 Wochenstunden, für den

entsprechende Regeln aufzustellen sind. Der Staat darf diese Tätigkeiten nur im Hinblick auf die Mindeststundenzahl und insoweit kontrollieren, wie bezahlte Schwarzarbeit oder andere gesetzwidrige Tätigkeit ausgeschlossen werden müssen. Er darf in die Selbstbestimmung der Grundeinkommensbezieher über ihre Tätigkeit nicht eingreifen. Eine behördliche Zuweisung bestimmter Tätigkeiten ist nicht statthaft.

6. Der Staat fördert gesellschaftlich nützliche Eigenarbeit von Grundeinkommensbezieheren über Förderprogramme für Beratungsangebote Infrastrukturausstattungen. Dabei ist auch eine Unterstützung für Grundeinkommensbezieher, die selbst ein neues Projekt aufbauen wollen, vorzusehen. Die Grundeinkommensbezieher entscheiden selbst und freiwillig über die Nutzung solcher Angebote und Förderungen.
7. Die Inanspruchnahme der Grundeinkommensjahre für nicht gesellschaftlich nützliche, sondern ausschließlich persönliche Zwecke wie Tourismus, Urlaub, Bau eines privaten Eigenheims u.ä.), soweit es sich nicht um Erwerbstätigkeit handelt, darf durch die Art und Weise der Organisation gesellschaftlich nützlicher Eigenarbeit nicht diskriminiert und beschränkt werden.
8. Die Höhe des Grundeinkommens orientiert sich für alle gleich am Durchschnittseinkommen, sie ist keine Bezahlung für die geleistete Eigenarbeit. Erwerbstätige, deren Erwerbseinkommen über dem Durchschnittseinkommen liegen, können zum Ausgleich der Einkommensdifferenz eine private Zusatzversorgung in Anspruch nehmen, die ggf. zu fördern ist. (Erläuterung: Wir wollen, dass möglichst viele höher qualifizierte das Grundeinkommensjahr in Anspruch nehmen und somit die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften deutlich ansteigt, um Anreize für den Qualifikationserwerb zu schaffen. Die Teilnahmequote von Personen, deren Einkommen unter dem Durchschnittseinkommen liegt, wird dagegen sowieso sehr hoch sein – sie bekommen mehr Geld als während der Erwerbsarbeit. Dies wird besonders den Arbeitsmarkt für geringer qualifizierte entlasten und ggf. die Lohnhöhe in diesem Bereich stabilisieren oder sogar anheben.)
9. In begründeten Fällen kann das Grundeinkommen auch in Kombination mit einer Teilzeit-Erwerbstätigkeit bezogen werden (z.B. ½ Grundeinkommen für 2 Jahre bei einer Halbtagsbeschäftigung), wenn parallel zur Erwerbstätigkeit mindestens die Hälfte der für die Anerkennung vorgesehenen Zeit eine gesellschaftlich nützliche Tätigkeit im Sinne von §5 ausgeübt wird, insbesondere Kinderbetreuung, Qualifizierung oder Projektarbeit. In diesem Fall hat die Grundeinkommenskasse das Recht, die ausgeübte Erwerbsarbeit und die gesellschaftlich nützliche Eigenarbeit im Hinblick auf das Zeitvolumen zu kontrollieren.
10. Die Unternehmen sollen Instrumente schaffen, die im Rahmen einer flexiblen Personalpolitik den zeitweiligen Ausstieg und den Wiedereinstieg in die Erwerbsarbeit sicherstellen. Die Inanspruchnahme des Grundeinkommensjahrs ist der Umlagekasse und dem Arbeitgeber 6 Monate im Voraus anzukündigen, die Frist kann verkürzt werden, wenn Einvernehmen besteht oder besondere Gründe für eine kurzfristige Entscheidung vorliegen. Unternehmen, die sich zur Wiedereinstellung des Arbeitnehmers nach dem Grundeinkommensjahr verpflichten und einen entsprechenden Vertrag mit dem Arbeitnehmer schließen, erhalten eine Flexibilitätsförderung (z.B. eine Einarbei-

tungsförderung in Höhe von einem oder zwei Monatslöhnen. Arbeitnehmer, die am Ende des Grundeinkommens keine angemessene Erwerbstätigkeit finden, haben Anspruch auf Sucharbeitslosigkeit und in diesem Rahmen auf Vermittlung eines Arbeitsplatzes.

11. Die Grundeinkommenskasse wird durch eine Umlage oder Steuer aus allen Einkommen finanziert. Die Beitragshöhe wird bei etwa 20 Prozent auf alle Einkommen liegen. Ggf. kann die Finanzierung der Sucharbeitslosigkeit in dieses System integriert werden. Dann würden die Beiträge für die derzeitige Arbeitslosenversicherung und die staatliche Finanzierung des ALG II entfallen. Die Grundeinkommenskasse bildet in Jahren hoher Einnahmen und geringerer Ausgaben Reserven, deren Höhe ebenso wie die Höhe der Kreditaufnahme in Rezessionszeiten durch ein Gesetz geregelt wird.

Sucharbeitslosigkeit

12. Kurzfristige Sucharbeitslosigkeit wird bis zu vier Monate durch ein am vorherigen Einkommen orientiertes Lohnersatz Einkommen (z.B. 60 Prozent des Nettoverdienstes) abgesichert. Die Zeit kann auf sechs Monate verlängert werden, wenn auch mit Vermittlungshilfen in 4 Monaten keine neue Erwerbstätigkeit gefunden wurde. Die dreimonatige Ausschlussfrist bei Kündigung durch den Arbeitnehmer wird gestrichen. Arbeitnehmer beziehen bei Entlassung oder eigener Kündigung vom ersten Tag an Arbeitslosengeld.
13. Innerhalb der ersten zwei Monate Sucharbeitslosigkeit werden dem Arbeitssuchenden auf dessen Wunsch Angebote für Erwerbstätigkeiten unterbreitet. Wird innerhalb von zwei Monaten keine Beschäftigung gefunden, sind dem Arbeitssuchenden drei offene Arbeitsstellen zu angemessenen Bedingungen nachzuweisen, die hinsichtlich der Qualifikation, der Berufserfahrung und dem bisherigen Einkommen nicht erheblich von der bisherigen Tätigkeit abweichen dürfen. Gleichzeitig wird die Frist zum Bezug von Arbeitslosengeld um weitere zwei Monate verlängert. Gegebenenfalls sind zusätzlich Mobilitätshilfen für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit in einer anderen Region oder im Ausland anzubieten.
14. Erwerbstätigen, die innerhalb von 24 Monaten bereits mehr als zwei Monate Sucharbeitslosigkeit in Anspruch genommen haben, werden sofort drei Arbeitsplätze angeboten, die Sucharbeitslosigkeit soll dann nach zwei Monaten, maximal vier Monaten beendet werden.
15. Können keine geeigneten Arbeitsplätze angeboten werden, verlängert sich die Sucharbeitslosigkeit auf 6 Monate. Können nach 4 Monaten immer noch keine angemessenen Arbeitsstellen nachgewiesen werden, ist dem Arbeitssuchenden eine angemessene Ausbildung oder Weiterbildung oder eine befristete öffentlich geförderte Beschäftigung anzubieten. Der Arbeitssuchende hat dann die Möglichkeit, eine der angebotenen Beschäftigungen anzunehmen, selbst eine Beschäftigung zu finden oder ggf. einen vorhandenen Anspruch auf ein Grundeinkommensjahr einzulösen. Wird keine der angebotenen Beschäftigungen oder Ausbildungen angenommen und keine Beschäftigung aufgenommen, so wird die Zahlung von Arbeitslosengeld nach Ablauf des sechsten Monats eingestellt.

16. Die Politik hat einen ausgewogenen Arbeitsmarkt sicherzustellen, also dafür zu sorgen, dass die Zahl der offenen Stellen und die der Arbeitssuchenden quantitativ, qualitativ und regional etwa ausgeglichen ist und die Schwankungsbreite von 3 Prozent Sucharbeitslosigkeit nicht überschritten wird. Dafür stehen folgende Instrumente zur Verfügung: Erstens: mittelfristig sind die Möglichkeiten zur Nutzung der Grundeinkommensjahre so zu gestalten, dass sie das absehbare Verhältnis von Angebot und Nachfrage nach Arbeitsplätzen in Richtung eines Gleichgewichts beeinflussen. Dies gilt insbesondere auch für die Förderung bestimmter Qualifikationsangebote und den Ausgleich regionaler Differenzen bei der Nutzung von Grundeinkommensjahren. Zweitens: Langfristig ist das Verhältnis von Erwerbstätigen und Grundeinkommensbeziehern entsprechend der wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung zu gestalten, indem der Grundeinkommensbezug um einen Monat verlängert oder verkürzt wird oder die Erwerbsarbeitsdauer, nach der Anspruch auf ein Grundeinkommensjahr entsteht, von 5 auf 4 Jahre verkürzt oder von 5 auf 6 Jahre verlängert wird. Die Beeinflussung der Zahl von Personen, die Grundeinkommensjahre nutzen, ist also lang- und mittelfristig das wichtigste Regulierungsinstrument. Drittens: Kurzfristig ist das Gleichgewicht am Arbeitsmarkt notfalls durch öffentlich geförderte befristete Beschäftigung zu gewährleisten. In Zeiten mit hoher Nachfrage und geringem Angebot an Arbeitsplätzen können bei Bildungsträgern zusätzliche Qualifizierungskurse gefördert werden oder bei Trägern gesellschaftlich nützlicher Projektarbeit (nach § 5) zusätzlich zu den dort tätigen Grundeinkommensbeziehern öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden, und zwar so weit, dass ein ausgeglichener Arbeitsmarkt erreicht wird. Öffentlich geförderte Beschäftigung darf nicht an staatlichen Behörden, Dienststellen oder in kommerziellen Unternehmen erfolgen.

Literatur

- Beschäftigt, arbeitslos, Arbeit suchend oder erwerbslos? Möglichkeiten und Grenzen der amtlichen Berichterstattung über die Entwicklung des Arbeitsmarktes „nach Hartz“. www.monitor-arbeitsmarktpolitik.de
- Wagner, Alexandra: Hilfebezug im SGB II – Bestand, Veränderungen und Fluktuation im Jahr 2005. www.monitor-arbeitsmarktpolitik.de
- Aust, Judith; Bothfeld, Silke; Müller-Schoell, Till; Schäfer, Claus (2006): Zur Neudefinition des Verhältnisses von Arbeit und sozialer Sicherung. WSI-Thesen zur Workfare-Strategie in der Arbeitsmarktpolitik. www.monitor-arbeitsmarktpolitik.de
- Bartelheimer, Peter; Baethge-Kinsky, Volker; Wagner, Alexandra (2006): Zu den Auswirkungen von Hartz IV auf den Arbeitsmarkt – Fakten und Fragen. www.monitor-arbeitsmarktpolitik.de
- Alda, Holger (2005): Prekäre Erwerbsbeteiligung in Nordrhein-Westfalen. Kombinierte Quer- und Längsschnittanalysen mit integrierten Erwerbsbiographien. (unveröffentlicht)
- Alda, Holger, Friedrich Hauss, Rainer Land, Andreas Willisch (2004): Erwerbsverläufe und sekundärer Integrationsmodus, in: Berliner Debatte Initial 15 (2), S. 70-85
- BA (2004): Mini- und Midijobs in Deutschland. Dezember 2004, Sonderbericht der Bundesagentur für Arbeit, Dezember
- Baethge, Martin; Solga, Heike; Wieck, Markus (2007): Berufsbildung im Umbruch. Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Bahrman, Hannes/Links, Christoph (Hg.) (2005): Am Ziel vorbei. Die deutsche Einheit – eine Zwischenbilanz, Berlin
- Beck, Grit (2004): Wandern gegen den Strom: West-Ost-Migration in Deutschland. In: Grit Beck, Frank Swiaczny und Sonja Haug (Hrsg.): Bevölkerungsgeographische Forschung zur Migration und Integration. Vorträge gehalten auf der 5. Tagung des Arbeitskreises Migration – Integration – Minderheiten der Deutschen. Gesellschaft für Demographie (DGD) in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Bevölkerungsgeographie der Deutschen Gesellschaft für Geographie in Bern am 2. Oktober 2003. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt Wiesbaden, Heft 112
- Beck, Stefan; Bisevic, Andre; Buss, Klaus-Peter; Scherrer, Christoph; Wittke, Volker (2006): Die ostdeutsche Industrie auf eigenen Pfaden? Endbericht zum Projekt „Die ostdeutsche Industrie in der Globalisierung. Wie können dauerhafte Entwicklungspfade unter widrigen Bedingungen aussehen?“, Hans-Böckler-Stiftung, Otto-Brenner-Stiftung, Göttingen, Kassel (unveröffentlicht)
- Behr, Michael (2000): Das Jahr-2006-Problem. Der Fachkräftemangel in Ostdeutschland, Teil 1: Die aktuelle Green-Card-Debatte. In: Arbeitgeber-Info. Das Magazin zur Mitarbeitergewinnung in Gera, Heft 6, S. 30-31
- Behr, Michael (2004): Jugendentwöhnte Unternehmen in Ostdeutschland - eine Spätfolge des personalpolitischen Moratoriums. In: Lutz, Burkart/Grünert, Holle/Steiner, Christine (Hg.): Jugend - Ausbildung - Arbeit. Bildung und Beschäftigung in Ostdeutschland, Bd. 2, Berlin, S. 143-188
- Behr, Michael; Schmidt, Rudi (Hg. 2005): Aufbau Ost – Betriebliche und überbetriebliche Erfolgsfaktoren im verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands. Projektbericht und Workshopdokumentation. In: Jenaer Beiträge zur Soziologie, Heft 16
- Bellmann, Lutz; Dahms, Vera; Wahse, Jürgen (2005): IAB-Betriebspanel Ost – Ergebnisse der neunten Welle 2004 – Teil I. Entwicklung und Struktur der Betriebe und Beschäftigten. Auszubildende. IAB-Forschungsberichte 20/2005, Nürnberg
- Berichterstattung (2005): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Erster Bericht, Wiesbaden
- Birg, Herwig (2005): Auswirkungen der demographischen Alterung und der Bevölkerungsschrumpfung auf Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, Münster u.a.
- Bleicher, A. (o.J.): Unternehmen in Brandenburg: Zwischen anhaltenden Strukturschwächen und Potenzialen regionaler Vernetzung, in: Forum der Forschung – BTU Cottbus Heft 12
- Bluhm, Katarina (1999): Zwischen Markt und Politik. Probleme und Praxis von Unternehmenskooperation in der Transitionsökonomie, Opladen
- Bofinger, Peter (2005): Wir sind besser als wir denken. Wohlstand für alle, München

- Böttcher, Sabine; Meier, Heike; Wiener, Bettina (2001): Alters- und Qualifikationsstruktur in der ostdeutschen Industrie am Beispiel der Chemie. Forschungsberichte aus dem zsh 01-3, Halle
- Bratzsch, Hans-Ulrich (2004): „Arbeitsplatzlücke“ im Osten fast doppelt so hoch wie im Westen. In: IWH (Hg.): Wirtschaft im Wandel 11, S. 295-300
- Brussig, Martin, Erlinghagen, Marcel (2005): Entlassungen und Kündigungen in den neuen Bundesländern, in: Berliner Debatte Initial 16 (2), S. 76-92
- Bundesregierung (1999ff.): Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit, Berlin
- Busch, Ulrich (2002a): Am Tropf – Die ostdeutsche Transfergesellschaft, Berlin
- Busch, Ulrich (2002b): Mezzogiorno Ost! Na und?, in: Berliner Debatte Initial, 13 (5/6), S. 144-156.
- Busch, Ulrich (2004): Abstieg West durch Aufbau Ost?, in: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 135, 34 (2), S. 321-329.
- Busch, Ulrich (2005a): Aufbau Ost – Bilanz und Perspektiven, in: Berliner Debatte INITIAL, 16 (1), S. 79-90
- Busch, Ulrich (2006): Über Wohl und Wehe der Staatsverschuldung. Ostdeutsche Länder und Kommunen vor dem Haushaltsnotstand, in: Berliner Debatte 17 (4), S. 49-69
- Busch, Ulrich; Land, Rainer (Hg, 2006): Zur Lage in Ostdeutschland. Bericht des Netzwerkes und des Innovationsverbundes Ostdeutschlandforschung. In: Berliner Debatte Initial 17 Heft 5/2006.
- Buss, Klaus-Peter; Wittke, Volker (2001): Varieties of German Capitalism, SOFI-Mitteilungen Nr. 33, Göttingen
- Bürgel, Tanja (2006): Prekäre Jugend im Osten Deutschlands. In Berliner Debatte Initial 17 Heft 6/2006.
- Deutsche Bank Research (2004): Perspektiven Ostdeutschlands – 15 Jahre danach, Aktuelle Themen Nr. 306
- Deutsche Bundesbank (1996): Zur Diskussion über die öffentlichen Transfers im Gefolge der Wiedervereinigung, in: Monatsberichte 48 (10), S. 17-32
- Dienel, Christiane, 2005: Vision „Ostdeutschland 2020“. Manuskript der Jahrestagung der Otto-Brenner-Stiftung „Zukunft für Ostdeutschland“, Berlin 23./24. November
- Dienel, Christiane; Gerloff, Antje; Leske, Loreen u.a. (2004): Zukunftschancen junger Frauen in Sachsen-Anhalt. Wie kann durch Umsteuerung von Fördermitteln das Querschnittziel Chancengleichheit besser verwirklicht werden? - Zukunftschancen junger Familien in Sachsen-Anhalt; Abschlussbericht 30.11.2004; <http://www.sgw.hs-magdeburg.de/menschen/berichte2005/abschlussbericht.pdf>
- Dritter Bericht der Managementgruppe zur Sicherung des Fachkräftebedarfs der Thüringer Wirtschaft an den Ministerpräsidenten vom 25. Mai 2004 in Erfurt: <http://www.thueringen.de/de/index.asp?untent=http://www.thueringen.de/de/politisch/managementgruppe/am 28.11.2004>
- Ebenrett, Heinz J.; Hansen, Dieter; Puchiza, Klaus J. (2003): Verlust von Humankapital in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 7, S. 25 - 31
- Engler, Brigitte/Lohr, Karin (2005): Einkommensstruktur und -entwicklung der Bevölkerung in der Region Berlin und Brandenburg. Abschlussbericht. Hans-Böckler-Stiftung, Juli
- Engler, Wolfgang (1999): Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land, Berlin
- Engler, Wolfgang (2002): Die Ostdeutschen als Avantgarde, Berlin
- Ergebnisbericht der Regionalkonferenz der Regierungschefs der ostdeutschen Länder, November 2005, www.brandenburg.de/cms/detail.php?gsid=lbm1.c.351830.de&_siteid=36 vom 26.6.2006
- Fürst, Dietrich (Hg.) (2003): Aktionsraum Region – Regional Governance, Informationen zur Raumentwicklung, H. 8/9
- Flassbeck, Heiner (2005): Nicht-kursive Antworten auf kursive grüne Fragen. Ein Thesenpapier zu ökologischen Fragen bei einer Konferenz der Grünen in Berlin. http://www.flassbeck.de/pdf/2005/ 20.03.2005/ GRNE_WAC.pdf
- Flassbeck, Heiner/Spiecker, Friedrike (2001): Lohnstruktur und Beschäftigung. Arbeitshefte Nr. 23, Otto Brenner Stiftung, Berlin
- Hartmann, Thomas; Wiener, Bettina; Winge, Susanne (2006): KMU und KKV - neue Hoffnungsträger im ländlichen Raum. In: Leaderforum. Magazin der Deutschen Vernetzungsstelle. H. 1; S. 24-25

- Hilpert, Ulrich, Jakszentis, Anja (2005): Regionale Entwicklungsunterschiede in Ostdeutschland im Vergleich, Otto Brenner Stiftung Frankfurt/Main
- Institut der deutschen Wirtschaft (IW) (2006): Neue Dynamik im Osten, in: *iwd* 32 (29), S. 4-5
- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) (2001): Beschäftigungsentwicklung in Ostdeutschland. Ergebnisse aus dem Betriebspanel, www.do-ku.iab.de/betriebspanel/ergebnisse/2002_06_01_02_beschentwost2001.pdf - vom 26. Juni 2006
- Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) (2003b): Zweiter Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Institute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland, Sonderheft 7, Halle
- Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) (2004a): Forschungsprojekt „Innovative Kompetenzfelder, Produktionsnetzwerke und Branchenschwerpunkte der ostdeutschen Wirtschaft“ (Martin Rosenfeld), Endbericht, Halle, http://www.iwh-halle.de/projects/bbr/BBR_endbericht.pdf
- Institut für Wirtschaftsforschung Halle IWH (2005b): Ostdeutsche Industrie zog 2003 bei Rendite an Westdeutschland vorbei, in: *Wirtschaft im Wandel* 8, Halle, S. 251
- Institut für Wirtschaftsforschung Halle IWH (2005c): Ostdeutsche Wirtschaft: Aufholen mit Trippelschritten, in: *Wirtschaft im Wandel* 6, Halle, S. 167-184
- Jakszentis, Anja/Hilpert, Ulrich (2005): Regionale Entwicklungsunterschiede in Ostdeutschland im Vergleich, Arbeitsheft der OBS, Nr. 42, Frankfurt am Main
- Kahlert Heike (Hg 2006): Politik mit Demographie. *Berliner Debatte Initial* H. 3/2007
- Keim, Karl-Dieter (2002): Periphere Gebiete in Brandenburg – abhängig und unabhängig von Berlin. in: Zöpel, Christoph (Hg.): *Brandenburg 2005 in der Mitte Europas*, Potsdam, S. 203-218
- Kettner, Anja; Spitznagel, Eugen (2006): Gesamtwirtschaftliches Stellenangebot. Kräftiger Anstieg nach jahrelangem Rückgang. IAB - Kurzbericht Nr. 6 vom 27.4
- Köhler, Ch.; Struck, O.; Bultemeier, A.; Grotheer, M.; Schröder, T.; Schwiderrek, F. (2004) Beschäftigungsstabilität und betriebliche Beschäftigungssysteme in West- und Ostdeutschland. FSU Jena
- Kolb, Monika (2004): Ausbildungspartner gesucht. In: *Personalwirtschaft*. 8/2004, S. 34-35
- Kollmorgen, Raj (2005): Ostdeutschland, Wiesbaden
- Konietzka, Dirk, Sopp, Peter (2004): Gespaltener Arbeitsmarkt – ausgeschlossene Individuen? In: *Berliner Debatte Initial* 15 (2), S. 34-49
- Kowalski, Reinhold (2004a): Die Industrie in Ostdeutschland – Eigenarten und Innovationsfähigkeit, in: *Beiträge zur Wirtschaftspolitik* 2, Berlin
- Kowalski, Reinhold (2004b): Dauerhafte Industrielücke in Ostdeutschland – Ergebnis neoliberaler Wirtschaftspolitik, in: *Beiträge zur Wirtschaftspolitik* 1, Berlin
- Kowalski, Reinhold (2006): Filialwirtschaft Ostdeutschland, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2, S. 239-241
- Krätke, Stefan (1997): Raumstrukturen und Regionalisierung. In: Krätke, Stefan/Heeg, Susanne/Stein, Rolf (Hg.): *Regionen im Umbruch*. Frankfurt/New York, S. 13-55
- Krätke, Stefan/Borst, R. 2000: Berlin: Metropole zwischen Boom und Krise, S. 83-92
- Kühn, Hagen (2004): Demographischer Wandel und demographischer Schwindel. Zur Debatte um die gesetzliche Krankenversicherung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 6
- Kujath, Hans-Joachim (2003): Zwischen Metropole und Peripherie: Zu den Perspektiven ländlicher Räume Ostdeutschlands, in: *IRS aktuell* Nr. 40, S. 4-6.
- Land, Rainer (1992): Fordismus und Planwirtschaft. In: Brie, Michael; Böhlke, Ewald: *Rußland wieder im Dunkeln*. Aufbau Taschenbuch Verlag Berlin 1992.
- Land, Rainer (1996): Vom Fordismus zum Öko-Kapitalismus? Überlegungen zu Regulationsprinzipien eines neuen Entwicklungspfades. In: *Berliner Debatte INITIAL* (1996)6, S. 18
- Land, Rainer (1999): Reformpolitik in Zeiten der Depression. In *Berliner Debatte INITIAL* 4/5 1999
- Land, Rainer (2003): Ostdeutschland – fragmentierte Entwicklung, in: *Berliner Debatte Initial* 14 (6), S. 76-95

- Land, Rainer (2004): Der sekundäre Integrationsmodus. Vortrag auf dem 32. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. www.thuenen-institut.de
- Land, Rainer (2005b): Paradigmenwechsel in der Ostdeutschlandforschung. Dokumentation des Einleitungsbeitrags auf dem Workshop am 8. April 2005 in Berlin, in Berliner Debatte Initial 16 (2), S. 69-75
- Land, Rainer; Willisch, Andreas (2005a): Ostdeutschland – ein Umbruchszenario. In: Bahrmann, Links (Hg.), S. 11-33
- Landesarbeitsgemeinschaft der Sächsischen Industrie- und Handelskammer, Arbeitsgemeinschaft der Sächsischen Handwerkskammern (Hrsg.) (2003): Fachkräftebedarf der sächsischen Wirtschaft. Monitoring 2003. http://www.dresden.ihk.de/servlet/publikation?publ_id=719&marker=fachkr%C3%A4ftebedarf&knoten_id=objekt&referer=suche
- Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2005. http://www.sozialpolitik-aktuell.de/berichte_einkommen.shtml
- Leßmann, Christian, 2005: Regionale Disparitäten in Deutschland und ausgewählten OECD-Staaten im Vergleich. In: ifo Dresden berichtet, 3/2005
- Lutz, Burkart (1998): Personal und Qualifikation, in: Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Hg.): Produktion 2000 plus. Visionen und Forschungsfelder für die Produktion in Deutschland. Bonn, S. 280 ff.
- Lutz, Burkart (2000): Versuch einer ersten Bilanz: Der Blockierte Generationenaustausch als dominanter Tatbestand, in: ders., Grünert, Holle, Steiner, Christine (Hrsg.): Bildung und Beschäftigung in Ostdeutschland, Band 1, Berlin, S. 199 - 215
- Lutz, Burkart (2001): Im Osten ist die zweite Schwelle hoch. Fehlende Arbeitsplätze und Nachwuchsstau vor den Toren des Arbeitsmarktes. In: Arbeitsgemeinschaft betriebliche Weiterbildungsforschung e. V./ Projekt Qualifikations- und Entwicklungsmanagement (Hg.): Kompetenzentwicklung 2001. Tätigkeit. Lernen. Innovation. Münster, New York, München, Berlin
- Lutz, Burkart; Wiener, Bettina (2000): Entwicklungstendenzen des Angebots an Fachkräften für die deutsche Industrie. In: Lutz, Burkart; Meil, Pamela; Wiener, Bettina (Hg.): Industrielle Fachkräfte für das 21. Jahrhundert. Aufgaben und Perspektiven für die Produktion von morgen. Frankfurt/New York, S. 39-69
- Lutz, Burkart; Grünert, Holle, Steiner, Christine (Hrsg. 2000): Bildung und Beschäftigung in Ostdeutschland. Band 1. Forschungsergebnisse aus dem ZSH, Berlin
- Lutz, Burkart; Grünert, Holle, Steiner, Christine (Hrsg. 2004): Jugend – Ausbildung – Arbeit. Bildung und Beschäftigung in Ostdeutschland. Band 2. Forschungsergebnisse aus dem ZSH, Berlin
- Mai, Ralf (2005): Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland. Vortrag auf dem Workshop "Eine neue Ostdeutschlandforschung" am 8. April 2005 (unveröffentlicht).
- Meier, Heike; Wiener, Bettina (2006): Kleinste und kleine Unternehmen unterstützen - aber wie? In: Leaderforum. Magazin der Deutschen Vernetzungsstelle, H. 1; S. 26-27
- Ministerium für Arbeit und Bau (2002): Perspektiven der Berufslandschaft Mecklenburg-Vorpommern 2010. Forschungsberichte zur Arbeitsmarktpolitik des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Nr. 16, Schwerin, April
- Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Brandenburg (Hrsg.) (2004): Spektrum Arbeit - Die Europäische Beschäftigungsstrategie im Land Brandenburg. Broschüre, August
- Niefert, M.; Sahm, A.; Tillessen, P. (2006): Unternehmensfluktuation – Aktuelle Trends im Gründungsgeschehen. In: KfW, Creditreform, IfM, RWI, ZEW (Hrsg.): Konjunkturaufschwung bei anhaltendem Problemdruck – Mittelstandsmonitor 2006 – Jährlicher Bericht zu Konjunktur- und Strukturfragen kleiner und mittlerer Unternehmen, Frankfurt am Main, S. 39-79
- Offe, Claus/Fuchs, Susanne (2001): Schwund des Soziakapitals? Der Fall Deutschland, in: Putnam, Robert D. (Hrsg.): Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich, Gütersloh, S. 417-511
- Omert, Dieter (2004): Duale Ausbildung flexibel gestalten. In: Personalwirtschaft. Magazin für Human Resources, Heft 4, S. 21-23
- Prein, Gerald (2005): Die Maßnahmen und die Folgen: Über die Konsequenzen der öffentlichen Förderung der Berufsausbildung in Ostdeutschland für die Einmündung in das Erwerbssystem. In: Wiekert, Ingo (Hrsg.): Zehn aus Achtzig. Burkart Lutz zum 80., Berlin, S. 191-208

- Priewe, Jan (2002): Zwischen Abkopplung und Aufholen – das schwache ostdeutsche Wachstumspotenzial, in: WSI Mitteilungen 55 (12), S. 706-712
- Priewe, Jan u.a. (2002): Ostdeutschland 2010 – Perspektiven der Investitionstätigkeit, Düsseldorf
- Ragnitz, Joachim (1999): Warum ist die Produktivität ostdeutscher Unternehmen so gering? In: Konjunkturpolitik 45 (3), S. 165-187
- Ragnitz, Joachim (2005a): Zur Diskussion um den Produktivitätsrückstand Ostdeutschlands. IWH, März, Internetpublikation, www.iwh-halle.de
- Reißig, Rolf (2000): Die gespaltene Vereinigungsgesellschaft, Berlin
- Reißig, Rolf/Thomas, Michael (Hg.) (2005): Neue Chancen für alte Regionen? Fallbeispiele aus Ostdeutschland und Polen, Münster u.a.
- Reinberg, Alexander; Hummel, Markus (2004): Fachkräftemangel bedroht Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 5. Juli, S. 3-10
- Schäfer Claus (2005): Weiter in der Verteilungsfalle – Die Entwicklung der Einkommensverteilung in 2004 und davor. In: WSI-Mitteilungen 58 (11), S. 603-615
- Schank, Thorsten (2003): Die Beschäftigung von Un- und Angelernten - Eine Analyse mit dem Linked Employer-Employee Datensatz des IAB. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 36/3, S. 257-270
- Schneider, Lutz (2005): Ost-West-Binnenwanderung: Gravierender Verlust an Humankapital, in: Wirtschaft im Wandel 19, S. 309-314, Halle
- Schumpeter, Joseph A. (1912): Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Leipzig 1912
- Schumpeter, Joseph A. (1931): Dauerkrise?, in: Der deutsche Volkswirt 25.12.1931. Zitiert nach: Ders.: Aufsätze zur Wirtschaftspolitik, Göttingen 1985, S. 202
- Schumpeter, Joseph A. (1932a): Weltkrise und Finanzpolitik, in: Der deutsche Volkswirt 4.3.1932. Zitiert nach: Ders.: Aufsätze zur Wirtschaftspolitik. Göttingen 1985, S. 143
- Schumpeter, Joseph A. (1932b): Kreditpolitische Krisentherapie in Amerika, in: Der deutsche Volkswirt 22.7.1932. Zitiert nach: Ders.: Aufsätze zur Wirtschaftspolitik, Göttingen 1985, S. 210
- Schumpeter, Joseph A. (1939): Business Cycles (Konjunkturzyklen), Göttingen 1961
- Seifert, Hartmut (2007): Arbeitszeit – Entwicklungen und Konflikte. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 4-5/2007 S. 17ff
- Seitz, Helmut (2001): Demographischer Wandel und Infrastrukturaufbau in Berlin-Brandenburg bis 2010/2015: Herausforderungen, in: Arbeitsbericht 168, Europa-Universität Frankfurt/Oder, März
- SOEB: Sozioökonomische Berichterstattung. www.soeb.de
- SOEB (2005): Berichterstattung zur sozio-ökonomischen Entwicklung in Deutschland. Arbeit und Lebensweisen. Erster Bericht, Wiesbaden.
- SOFI (2005): Geschäftsmodelle und Innovationsstrategien in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie. Präsentation auf dem Workshop „Innovationsstrategien im ostdeutschen Mittelstand“. Zwischenergebnisse aus einem laufenden Forschungsprojekt. Saalfeld, 16.11.
- Steiner, Christine/Böttcher, Sabine/Prein, Gerald/Terpe, Sylvia (2004a): Land unter. Ostdeutsche Jugendliche auf dem Weg ins Beschäftigungssystem, Forschungsberichte aus dem zsh 04-1, Halle
- Steiner, Christine, Prein, Gerald (2004b): Im Osten was Neues? WSI-Mitteilungen 57 (10), S. 527 - 532
- Steiner, Christine (2006): Von Problemfällen und Hoffnungsträgern. Integrationsprobleme ostdeutscher Jugendlicher an der 2. Schwelle, in: Berger, Klaus; Grünert, Holle: Zwischen Markt und Förderung. Wirksamkeit und Zukunft von Ausbildungsplatzstrukturen in Ostdeutschland
- Steiner, Christine; Wiener, Bettina (2006): Ausgegrenzt, abgewandert, weggeblieben. Unsichere Perspektiven für Jugendliche trotz zukünftiger Fachkräftelücke. In: Busch, Ulrich; Land, Rainer (Hg, 2006): Zur Lage in Ostdeutschland. Bericht des Netzwerkes und des Innovationsverbundes Ostdeutschlandforschung. In: Berliner Debatte Initial 17 Heft 5/2006.
- Strubelt, Wendelin (1997): Regionale Disparitäten. In: BISS public, Wissenschaftliche Mitteilungen aus dem Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien, Heft 23/24: 141-153.

- Thie, Hans (2007): Erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe als Entwicklungschance für strukturschwache ländliche Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern. Kurzfassung. www.Thuenen-Institut.de
- Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur (Hrsg.) (2002): Entwicklung des Fachkräftebedarfs in Thüringen. Eine Auswertung vorhandener Untersuchungen und neuerer Daten, Erfurt, Juli
- Ulrich, Ralf (2003): Deutschland: 10. koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung. In: Migration und Bevölkerung, Ausgabe 06
- Werz, Nikolaus (2001): Abwanderung aus den neuen Bundesländern von 1989 bis 2000. Aus Politik und Zeitgeschichte, B39+40, S. 23 – 31
- Weiss, Wolfgang/Knabe, Maria (2006): Deutscher Demographischer Transfer – und daraus resultierende Verarmung, Greifswald (unveröff.)
- Wiener, Bettina; Meier, Heike (2006): Vergessene Jugend? Der Umgang mit einer arbeitslosen Generation. Beobachtungen und Schlüsse, Münster u.a.
- Wiener, Bettina (2003): Entwicklung des Fachkräftebedarfs in KMU – Perspektiven für Jugendliche. In: LASA Arbeit für die Jugend. Ansätze zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern. Fachtagung am 8. und 9. Juli, Potsdam, S. 47-58
- Wiener, Bettina; unter Mitarbeit von Richter, Thomas; Teichert, Holger (2004): Abschätzung des Bedarfs landwirtschaftlicher Fachkräfte unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung (Schwerpunkt neue Bundesländer). Forschungsberichte aus dem zsh 04-2, Halle
- Wilkens, Uta; Pawlowsky, Peter (2001): Der lange Schatten der Vergangenheit in der ostdeutschen Personalarbeit. In: Pawlowsky, P. / Wilkens, U. (Hrsg.): Zehn Jahre Personalarbeit in den neuen Bundesländern. Transformation und Demographie. München und Mering: Hampp, Schriftenreihe: Arbeit, Organisation und Personal im Transformationsprozess, Band 16, S. 5-16
- Willisch, Andreas (2004): Defizitträger und Paradoxiegefangene. Lebenskonstruktionen von Überflüssigen in deindustrialisierten ländlichen Krisenregionen. Ad-hoc-Gruppe: „Prekäre Inklusion und Normalitätsfiktionen in peripheren Regionen“ auf dem Kongress für Soziologie 2004 in München. www.thuenen-institut.de
- Winge, Susanne (Hg.) (2005): Kompetenzentwicklung in Unternehmen. Ergebnisse einer Betriebsbefragung. Forschungsberichte aus dem zsh 05-1
- Wittke, Volker (1995): Wandel des deutschen Produktionsmodells: Beschleunigen oder Umsteuern?, in: SOFI (1995): Im Zeichen des Umbruchs. Beiträge zu einer anderen Standortdebatte, Opladen
- Woderich, Rudolf (2001): Akteure in Konstruktionsprozessen regionaler Identität (1). Dargestellt und untersucht an Diskursen um Projekte und Leitbilder in der brandenburgischen Lausitz, in: BISS Papers 1, Berlin
- Woderich, Rudolf, 2005: Globale Planspiele. Oder: Wo eigentlich liegt die Niederlausitz? - Chancen und Szenarios regionaler Entwicklung in raumbezogenen Diskursen, in: Neue Chancen für alte Regionen? Fallbeispiele aus Ostdeutschland und Polen, Münster u.a.